

Ha

**Staatsanwaltschaft**  
bei dem ~~Landgericht~~ Berlin  
**Kammergericht**

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 4144



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

35X

1 Js 1/64 (RSHA)

A b s c h l u ß v e r m e r k e  
=====

in dem Ermittlungsverfahren gegen

Franz K ö n i g s h a u s

wegen Beihilfe zum Mord

Teil A: Einzeltötungen polnischer Kriegsgefangener

Stand: 15. September 1970

Teil B: Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener

Stand: 1. November 1970

T e i l    A



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

I 2a I\64 (RSHA)

A b s c h l u ß v e r m e r k e

in dem Ermittlungsverfahren gegen

Franz K ö n i g s h a u s

wegen Beihilfe zum Mord

Teil A: Einzeltötungen polnischer Kriegsgefangener

Stand: 15. September 1970

Teil B: Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener

Stand: 1. November 1970

T e i l A







lich sogar der den Staatsapparat finanzierende Steuerzahler teilgenommen haben, sicherlich nicht gedacht hat. Man müßte dann Registratoren, Schreibkräfte, Boten, Vorzimmerangestellte usw. den Tatwerkzeugen des Täters, den der Gesetzgeber im Auge hatte, gleichsetzen.

Diese Auffassung widerspräche jedoch der einhelligen Definition der Beihilfe durch Rechtsprechung und Schrifttum (Beihilfe ist gegeben, wenn der Tatbeitrag des Gehilfen für die Begehung der Haupttat ursächlich war oder deren Durchführung tatsächlich fördert oder erleichtert; statt vieler: Schönke-Schröder, 14. Auflage 1969, § 49 Randbemerkung 4) und hätte überdies als unbefriedigendes Ergebnis zur Folge, daß derjenige, "technische" Hilfsdienste leistende Behördenbedienstete, der im Einzelfall die Taten der Sachbearbeiter unterstützt und dadurch den Erfolg mit herbeiführen will, nicht wegen Beihilfe bestraft werden könnte.

Es besteht <sup>auch</sup> kein Bedürfnis, für den Bereich von "Schreibtischtätern" von der insoweit einhelligen Beihilfedefinition der Rechtsprechung und des Schrifttums abzugehen; denn bei einer der besonderen Sachlage im Bereich der "Schreibtischtäter" Rechnung tragenden Beurteilung des subjektiven Tatbestandes lassen sich für den Bereich dieser "Schreibtischtäter" zutreffende und befriedigende Ergebnisse erzielen.

- g) Aus den vorstehenden Erörterungen folgt, daß an die subjektive Tatseite bei Beihilfehandlungen "technischer" Natur im Behördenbereich sehr strenge Maßstäbe anzulegen sind. Bei der Beurteilung der Frage, ob der subjektive Tatbestand gegeben ist, ist vor allem die besondere Situation zu berücksichtigen, in der sich ein Behördenbediensteter befindet, der ausschließlich untergeordnete "technische" Hilfsdienste leistet, ohne jemals an Sachentscheidungen mitzuwirken und der in dem Bewußtsein seiner jederzeitigen Ersetzbarkeit handelt. Ein solcher Behördenbediensteter geht regelmäßig davon aus, daß seine eigene Tätigkeit mit den Sachentscheidungen der dafür zuständigen Behördenbediensteten nichts zu tun hat. Er weiß, daß die Behörde allein durch diese Sachentscheidungen nach außen hin wirksam handelt, während seine eigene Tätigkeit im wesentlichen lediglich den internen Behördenbereich berührt. Er wird deshalb auch in aller Regel nicht in dem Bewußtsein handeln, durch



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin 21, den 15. September 1970  
Turm

1 Js 1.64 (RSHA)

T e i l   A

Einzel­tötungen polnischer Kriegsgefangener

(Sonderbehandlungen polnischer Kriegsgefangener  
wegen verbotenen Umgangs mit  
deutschen Frauen)

*(Sonderbehandlungen polnischer Kriegsgefangener  
wegen verbotenen Umgangs mit  
deutschen Frauen)*



Berlin 21. den 12. September 1970

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Ja 1.64 (RSNA)

T e i l   A

Einzelstörungen polnischer Kriegsgefangener

(Sonderbehandlungen polnischer Kriegsgefangener  
wegen verbotenen Umgangs mit  
deutschen Frauen)



1 Js 1.64 (RSHA)

T e i l   A

Einzelstütungen polnischer Kriegsgefangener

(Sonderbehandlungen polnischer Kriegsgefangener  
wegen verbotenen Umgangs mit  
deutschen Frauen)



I. Vorbemerkungen zu <sup>Teil A und B</sup> Teil A und B

1. Gegenstand des Verfahrens

Die Ermittlungen betreffen nur noch

- a) die Einzeltötungen polnischer Kriegsgefangener (vgl. Teil A) und
- b) die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener (vgl. Teil B),

soweit sie nachweislich vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) angeordnet und von dem Beschuldigten

XVI, 382

Franz K ö n i g s h a u s ,  
geboren am 10. April 1906

veranlaßt und innerhalb der Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches und des früheren Generalgouvernements ausgeführt worden sind.

2. Ausgeschiedene Teilkomplexe

Nicht mehr Gegenstand des Verfahrens sind folgende Teilkomplexe:

- a) Massen- und Einzeltötungen sowjetischer und polnischer Kriegsgefangener außerhalb des ehemaligen Reichsgebietes und Generalgouvernements, insbesondere in dem Bereich der besetzten Ostgebiete (UdSSR und Anliegerstaaten),
- b) Einzeltötungen sowjetischer Kriegsgefangener innerhalb des ehemaligen Reichsgebietes und Generalgouvernements.



# I. Vorbemerkungen zu Teil A und B

## 1. Gegenstand des Verfahrens

Die Ermittlungen betreffen nur noch

a) die Einzelstörungen polnischer Kriegsgefangener (vgl. Teil A) und

b) die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener (vgl. Teil B),

soweit sie nachweislich vom Reichsausschuss für  
Hauptamt (RSHA) angeordnet und von dem Beschul-  
digten

Franz K ö n i g s h a u s ,  
geboren am 10. April 1906

XII, 32

veranlaßt und innerhalb der Gebiete des ehemali-  
gen Deutschen Reiches und des früheren General-  
gouvernements ausgeführt worden sind.

## 2. Ausgeschiedene Teilkomplexe

Nicht mehr Gegenstand des Verfahrens sind folgen-  
de Teilkomplexe:

a) Massen- und Einzelstörungen sowjetischer und  
polnischer Kriegsgefangener außerhalb des  
ehemaligen Reichsgebietes und Generalgouver-  
nements, insbesondere in dem Bereich der be-  
setzten Ostgebiete (UdSSR und Anliegerstaaten)

b) Einzelstörungen sowjetischer Kriegsgefangener  
innerhalb des ehemaligen Reichsgebietes und  
Generalgouvernements.







- c) Sämtliche Tötungen sowjetischer und polnischer Kriegsgefangener, die sich nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft bereits als Zivilarbeiter (Fremdarbeiter) im Arbeitseinsatz befanden und deren ~~Führer in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft~~ stand (vgl. hierzu Einstellungsverfügung vom 15. September 1970).

früher stehen als polnischer  
Kriegsgefangener in  
keinem unmittelbaren  
Zusammenhang mit  
ihrer Tötung

### 3. Zeitliche Grenzen der Ermittlungen

- a) In zeitlicher Hinsicht bleiben jene Tötungen außer Betracht, die vor dem 1. April 1942 - Datum des Dienstantrittes des Beschuldigten K ö n i g s h a u s im zuständigen Sachgebiet IV A 1 c - später IV D 5 d und IV B 2 a - des RSHA - angeordnet und ausgeführt worden sind.
- b) Ein Endzeitpunkt für die dem Beschuldigten anzulastenden Handlungen vor Kriegsschluß kann gegenwärtig noch nicht bestimmt werden. Insoweit ist die gerichtliche Voruntersuchung nach Abschluß noch laufender Ermittlungen zu ergänzen. Selbst wenn es zutreffen sollte, daß der Beschuldigte - frühestens - bereits Ende 1943 aus IV D 5 d ausgeschieden ist, hat er die Auswirkungen mehrerer Erlasse zu vertreten, die er ausgearbeitet hat und die auch noch nach seinem Ausscheiden aus dem Sachgebiet IV A 1 c - später IV D 5 d ~~und IV B 2 a -~~



c) Sämtliche Tötungen sowjetischer und polnischer Kriegsgefangener, die sich nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft bereits als Zivilarbeiter (Fremdarbeiter) im Arbeitsdienst befanden und deren früherer Status als Kriegsgefangener in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Tötung stand (vgl. hierzu Einstellungsverfügung vom 12. September 1970).

### 3. Zeitliche Grenzen der Ermittlungen

a) In zeitlicher Hinsicht bleiben jene Tötungen außer Betracht, die vor dem 1. April 1942 - Datum des Diensttrittes des Beschuldigten K 8 n i g a h a u s im zuständigen Sachgebiet IV A 1 c - später IV D 5 d und IV B 2 a - des RSHA - angeordnet und ausgeführt worden sind.

b) Ein Endzeitpunkt für die dem Beschuldigten anzulassenden Handlungen vor Kriegsschluss kann gegenwärtig noch nicht bestimmt werden. Insoweit ist die gerichtliche Voruntersuchung nach Abschluss noch laufender Ermittlungen zu ergänzen. Selbst wenn es zutreffen sollte, daß der Beschuldigte - frühestens - bereits Ende 1943 aus IV D 5 d ausgeschieden ist, hat er die Auswirkungen mehrerer Erlasse zu vertreten, die er ausgeübt hat und die auch noch nach seinem Ausscheiden aus dem Sachgebiet IV A 1 c - später IV D 5 d

XIV, 62







und IV B 2 a zu Tötungen (1) oder Todesfolgen geführt haben (2).

#### 4. Rechtlicher Umfang

Im Rahmen zu I) 1) und 3) sind alle Tötungen einzubeziehen, auch soweit es sich um solche handelt, bei denen mordbegründende Tatumstände im Sinne der §§ 211, 50 Abs. 2, 49 StGB in der Person des Beschuldigten als Gehilfen nicht mehr erwiesen werden können und es sich deshalb lediglich um einfache Beihilfehandlung zum Mord gemäß §§ 211, 49 StGB mit einer Höchststrafe von 15 Jahren Freiheitsstrafe oder um andere, rechtlich selbständige Taten handelt, die nur als **Beihilfe** zum Totschlag zu werten sind, §§ 212, 49 StGB, da die Strafverfolgungsverjährung in allen Fällen rechtzeitig unterbrochen ist.

#### 5. Verjährungsbestimmungen

Eine Verjährung der dem Beschuldigten vorzuwerfenden Beihilfehandlungen ist bisher auch nach der Neufassung des § 50 Abs. 2 StGB durch das Gesetz vom 1. Oktober 1968 (BGBl. I, 503) in Verbindung mit den §§ 2 Abs. 2, 18 Abs. 2, 44 Abs. 2, 49 Abs. 2 StGB und § 67 StGB a.F. nicht eingetreten. Die 15-jährige Verjährungsfrist ist gemäß § 68 StGB erstmalig durch die richterliche Verfügung vom 24. April 1950 in dem Verfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main

BA Lindow  
I, 55R

- 
- (1) Erlasse des CdS vom 2. Juni 1942 - IV A 1 c -  
- B.Nr. 2468 B/42 g -, 3. September 1942 - IV A 1 c -  
- B.Nr. 2468.42 -, 30. März 1943 - IV A 1 c - Nr. 2920/42 g -  
und Anweisungen für weitere Aussonderungen laut Protokoll  
der Arbeitstagung in Lublin vom 27./28. Januar 1943
- (2) Sog. Aufpöppelungserlaß vom 3. Dezember 1942 - IV A 1 c -  
- B.Nr. 430/42 g Rs. -



und IV B 2 a zu Tötungen (1) oder Todesfolgen  
geführt haben (2).

4. Rechtlicher Umfang

Im Rahmen zu I (1) und 3) sind alle Tötungen  
einzubeziehen, auch soweit es sich um solche  
handelt, bei denen mordbegleitende Tatumsstände  
im Sinne der §§ 211, 20 Abs. 2, 49 StGB in der  
Person des Beschuldigten als Gehilfen nicht mehr  
erwiesen werden können und es sich deshalb  
lediglich um einfache Beihilfehandlung zum Mord  
gemäß §§ 211, 49 StGB mit einer Höchststrafe von  
15 Jahren Freiheitsstrafe oder um andere, recht-  
lich selbständige Taten handelt, die nur als  
Beihilfe zum Totschlag zu werten sind, §§ 212,  
49 StGB, da die Strafverfolgungsverjährung in  
allen Fällen rechtzeitig unterbrochen ist.

5. Verjährungsbestimmungen

Eine Verjährung der dem Beschuldigten vorzuwer-  
fenden Beihilfehandlungen ist bisher auch nach  
der Neuassung des § 20 Abs. 2 StGB durch das  
Gesetz vom 1. Oktober 1968 (BGBl. I, 203) in  
Verbindung mit den §§ 2 Abs. 2, 18 Abs. 2, 44  
Abs. 2, 49 Abs. 2 StGB und § 67 StGB a.F. nicht  
eingetreten. Die 15-jährige Verjährungsfrist  
ist gemäß § 68 StGB erstmalig durch die richter-  
liche Verfügung vom 24. April 1950 in dem Ver-  
fahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main

BA Lindow  
I, 52R

- (1) Erlasse des Cb2 vom 2. Juni 1942 - IV A 1 c -  
- B.Nr. 2468 B/42 g - , 3. September 1942 - IV A 1 c -  
- B.Nr. 2468.42 - , 30. März 1943 - IV A 1 c - Nr. 2520/42 g  
und Anweisungen für weitere Aussonderungen laut Protokoll  
der Arbeitssitzung in Lublin vom 27./28. Januar 1943  
(2) 20g. Aufgäbelungserlass vom 3. Dezember 1942 - IV A 1 c -  
- B.Nr. 430/42 g Ra. -







II, 62

XIII, 91-92

BA Lindow  
I, 106, 122,  
134, 167  
BA Lindow I, 125  
BA Lindow I, 161

- 17/54 Ks 4/50 - und in dieser Sache durch Verfügung des Vernehmungsrichters vom 19. Januar 1965 rechtzeitig unterbrochen worden (vgl. Beschluß des Landgerichts Berlin vom 16. Dezember 1969 - 508 Qs 81.69-). Weitere Unterbrechungshandlungen enthalten die richterlichen Vernehmungen vom 3. Juni, 14. Juni, 11. Juli und 20. September 1950 sowie die richterlichen Verfügungen vom 17. Juni und 12. September 1950.

## II. Zuständigkeiten im RSHA

### 1. Entwicklung des RSHA

~~Himm~~ m l e r verfolgte nach 1933 konsequent das Ziel, sämtliche Polizeigewalt in seiner Hand zu vereinigen. Nachdem der Aufbau der Geheimen Staatspolizei - Gestapo -, begonnen mit der Schaffung des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa) durch Gesetz vom 26. April 1933 (Preuß Gesetzessammlung 1933, S. 122) und beendet mit dem sogenannten Gestapogesetz vom 10. Februar 1936 (PrGS S. 21), abgeschlossen war, unterstanden sämtliche Staatspolizeistellen der Länder der einheitlichen Führung des Geheimen Staatspolizeiamtes. Das Gestapa war für das gesamte Reichsgebiet nunmehr die Spitze der "politischen Polizei". Danach begann H i m m l e r , die Verbände der SS mit der Polizei zu verschmelzen. Er übertrug nach und nach die Befehlsgewalt über die einzelnen Pol~~z~~zeiorganisationen den Führungsspitzen der SS.



- 17\54 Ka 4\50 - und in dieser Sache durch  
Verfügung des Vernehmungsrichters vom  
19. Januar 1965 rechtzeitig unterbrochen  
worden (vgl. Beschluss des Landgerichts  
Berlin vom 16. Dezember 1969 - 508 Oa 81.69-).  
Weitere Unterbrechungshandlungen enthalten  
die richterlichen Vernehmungen vom 3. Juni,  
14. Juni, 11. Juli und 20. September 1950  
sowie die richterlichen Verfügungen vom  
17. Juni und 12. September 1950.

II, 62

XIII, 91-92

BA Lindow I, 161  
BA Lindow I, 125  
I, 106, 122,  
134, 167  
BA Lindow

## II. Zuständigkeiten im RSHA

### 1. Entwicklung des RSHA

Himmler verfolgte nach 1933 Konse-  
quent das Ziel, sämtliche Polizeigewalt in  
seiner Hand zu vereinigen. Nachdem der Auf-  
bau der Geheimen Staatspolizei - Gestapo -  
begonnen mit der Schaffung des Geheimen  
Staatspolizeiamtes (Gestapa) durch Gesetz  
vom 26. April 1933 (Preuß. Gesetzesammlung  
1933, 2. 122) und beendet mit dem sogenann-  
ten Gestapogesetz vom 10. Februar 1936  
(PrGS 2. 21), abgeschlossen war, unterstan-  
den sämtliche Staatspolizeistellen der Län-  
der der einheitlichen Führung des Geheimen  
Staatspolizeiamtes. Das Gestapa war für das  
gesamte Reichsgebiet nunmehr die Spitze der  
"politischen Polizei". Danach begann  
Himmler, die Verbände der SS mit der  
Polizei zu verschmelzen. Er übertrug nach  
und nach die Befehlsgewalt über die einzel-  
nen Polizeiorganisationen den Führungsspi-  
zen der SS.







Geschäftsnummer:

405\_StrEs\_55.69

B e s c h l u s s  
-----

In der Strafsache gegen

1. Werner C z e c k,  
geboren am 4.6.1943 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 19, Friedbergstr. 14,
2. Volker Knut J o h n,  
geboren am 27.5.1949 in Pfüllendorf,  
wohnhaft in Berlin 12, Droysenstr. 3,  
- ges. Vertr.: Werner John, wohnhaft wie vor -
3. Rainer Horst J o h n,  
geboren am 15.1.1945 in Pfüllendorf,  
wohnhaft Berlin 12, Droysenstr. 3,

wegen groben Unfugs

wird das Verfahren gem. §§ 413, 153 Abs. III StPO eingestellt,  
weil die Schuld gering ist und kein öffentliches Interesse an  
der Verfolgung besteht.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Kasse des Landes Berlin  
zur Last, doch werden dieser nicht die notwendigen Auslagen  
der Beschuldigten auferlegt, weil dies nicht angemessen er-  
schien (§ 467 Abs. 4 StPO).

Die Entscheidung über die notwendigen Auslagen kann von den  
Beschuldigten mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden,  
die binnen einer Frist von ~~ex~~ einer Woche seit dem Tage der Zu-  
stellung schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei  
dem Amtsgericht Tiergarten oder bei dem Beschwerdegericht - Land-  
gericht Berlin, Berlin 21, Turmstr. 91 - einzulegen ist.

Eine schriftliche Beschwerde muß innerhalb der genannten Frist  
bei Gericht eingegangen sein.

L e s c h o n s k i  
Amtsgerichtsrat



So wurde mit Erlaß des "Führers und Reichskanzlers" vom 17. Juni 1936 das Amt des Reichsführers SS mit dem neu geschaffenen Amt eines Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern institutionell verbunden - RFSS und Ch.d.Dt.Pol. (RGBl. I S. 487) -. Ein Erlaß vom 26. Juni 1936 (RMBL. I.V. S. 947) gliederte die Polizei in die Ordnungspolizei, bestehend aus Schutzpolizei und Gendarmerie (uniformierte Polizei) und Sicherheitspolizei, zu der die Geheime Staatspolizei mit dem ihr angegliederten Sicherheitsdienst - SD - und die Kriminalpolizei gehörten.

Mit Erlaß vom 27. September 1939 ließ H i m m l e r die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im Bereich der innerbetrieblichen Organisation zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammenfassen. Das Geheime Staatspolizeiamt nannte sich nunmehr "RSHA/Amt IV".

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten zur Entwicklung des RSHA darf auf frühere Ermittlungsvermerke in den RSHA-Komplexverfahren

- a) Schutzhaft - 1 Js 7.65 (RSHA)  
vom 17. März 1967
- b) Fremdarbeiter - 1 Js 4.64 (RSHA)  
vom 19. März 1968
- c) Endlösung - 1 Js 1.65 (RSHA)  
vom 30. April 1970
- d) Vernichtung der polnischen Intelligenz  
- 1 Js 12.65 (RSHA) <sup>68</sup>  
vom 10. Dezember 1970

verwiesen werden.



So wurde mit Erlass des "Führers und Reichskanzlers" vom 17. Juni 1936 das Amt des Reichsführers SS mit dem neu geschaffenen Amt eines Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern institutionell verbunden - RFSS und Ch.d.Pol. (RGBL. I S. 487) -. Ein Erlass vom 26. Juni 1936 (RMBL. I.V. S. 947) gliederte die Polizei in die Ordnungspolizei, bestehend aus Schutzpolizei und Gendarmerie (uniformierte Polizei) und Sicherheitspolizei, zu der die Geheime Staatspolizei mit dem ihr angegliederten Sicherheitsdienst - SD - und die Kriminalpolizei gehörten.

Mit Erlass vom 27. September 1939 ließ Himmler die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes im Bereich der innerbetrieblichen Organisation zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zusammenfassen. Das Geheime Staatspolizeiamt nannte sich nunmehr "RSHA\Amt IV".

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten zur Entwicklung des RSHA darf auf frühere Ermittlungsverfahren in den RSHA-Komplexverfahren

a) Schutzhaft - 1 Ja 7.65 (RSHA)  
vom 17. März 1967

b) Fremdarbeiter - 1 Ja 4.64 (RSHA)  
vom 19. März 1968

c) Endlösung - 1 Ja 1.65 (RSHA)  
vom 30. April 1970

d) Vernichtung der polnischen Intelligenz  
- 1 Ja 12.65 (RSHA)  
vom 10. Dezember 1968

verwiesen werden.







Geschäftsnummer:

405\_StrEs\_55.69

B e s c h l u s s  
-----

In der Strafsache gegen

1. Werner C z e c h,  
geboren am 4.6.1943 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 19, Friedbergstr. 14,
2. Volker Knut J o h n,  
geboren am 27.5.1949 in Pfüllendorf,  
wohnhaft in Berlin 12, Droysenstr. 3,  
- ges. Vertr.: Werner John, wohnhaft wie vor -
3. Rainer Horst J o h n,  
geboren am 15.1.1945 in Pfüllendorf,  
wohnhaft Berlin 12, Droysenstr. 3,

wegen groben Unfugs

wird das Verfahren gem. §§ 413, 153 Abs. III StPO eingestellt,  
weil die Schuld gering ist und kein öffentliches Interesse an  
der Verfolgung besteht.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Kasse des Landes Berlin  
zur Last, doch werden dieser nicht die notwendigen Auslagen  
der Beschuldigten auferlegt, weil dies nicht angemessen er-  
schien (§ 467 Abs. 4 StPO).

Die Entscheidung über die notwendigen Auslagen kann von den  
Beschuldigten mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden,  
die binnen einer Frist von einer Woche seit dem Tage der Zu-  
stellung schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei  
dem Amtsgericht Tiergarten oder bei dem Beschwerdegericht - Land-  
gericht Berlin, Berlin 21, Turmstr. 91 - einzulegen ist.

Eine schriftliche Beschwerde muß innerhalb der genannten Frist  
bei Gericht eingegangen sein.

L e s c h o n s k i  
Amtsgerichtsrat



## 2. Aufbau des Amtes IV

Innerhalb des RSHA war im Amt IV mit dem Aufgabenbereich "Gegnerforschung und -bekämpfung" die zentrale Leitung der Gestapo zusammengefaßt, der als Amtschef IV der SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinrich Müller vorstand.

Beistücke 1 - 5

Das Amt IV gliederte sich in fünf Gruppen (A - E) (vgl. die Geschäftsverteilungspläne, insbesondere vom 1. Januar 1942 und 1. Oktober 1943). Der Gruppe IV A oblag unter ihrem Gruppenleiter

Pers.H. Pp 76

SS-Oberführer und Regierungsdirektor  
Friedrich Panzinger,  
verstorben am 8. August 1959,

die Bekämpfung der politischen Gegner (Kommunismus, Marxismus, Reaktion, Opposition, Sabotage). Entsprechend waren diese Gebiete auf vier Referate aufgeteilt.

Zum Referat IV A 1 gehörten die Sachgebiete

- |   |          |
|---|----------|
| a) Kommunismus  | IV A 1 a |
| b) Marxismus  | IV A 1 b |
| c) Kriegsdelikte sowie Illegale-<br>und Feind-Propaganda                      | IV A 1 c |
| d) Gnadensachen und - zeitweilig -<br>Angelegenheiten der Einsatz-<br>gruppen | IV A 1 d |

Die übrigen Referate umfaßten die Bereiche

- IV A 2 Sabotageabwehr  
IV A 3 Reaktion und Opposition  
(soweit nicht in IV A 1)  
IV A 4 Schutzdienst



## 2. Aufbau des Amtes IV

Innerhalb des RSHA war im Amt IV mit dem Aufgabenbereich "Gegnerforschung und -bekämpfung" die zentrale Leitung der Gestapo zusammengefaßt, der als Amtschef IV der 22-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Heinrich Müller vorstand.

Das Amt IV gliederte sich in fünf Gruppen (A - E) (vgl. die Geschäftsverteilungspläne, insbesondere vom 1. Januar 1942 und 1. Oktober 1943). Der Gruppe IV A oblag unter ihrem Gruppenleiter

22-Oberführer und Regierungsdirektor  
Friedrich Panzinger,  
verstorben am 8. August 1959,

die Bekämpfung der politischen Gegner (Kommunismus, Marxismus, Reaktion, Opposition, Sabotage). Entsprechend waren diese Gebiete auf vier Referate aufgeteilt.

Zum Referat IV A 1 gehörten die Sachgebiete

- a) Kommunismus IV A 1 a
- b) Marxismus IV A 1 b
- c) Kriegsdelikte sowie Illegalität und Feind-Propaganda IV A 1 c
- d) Gnadensachen und -zeitweilig Angelegenheiten der Einsatzgruppen IV A 1 d

Die übrigen Referate umfaßten die Bereiche

- IV A 2 Sabotageabwehr
- IV A 3 Reaktion und Opposition (soweit nicht in IV A 1)
- IV A 4 Schutzdienst

Beilücke 1 - 2

Pers.H. Pp 76







B e s c h l u s s

In der Strafsache gegen

1. Bernhard Helmut S c h m i d t,  
geboren am 25.4.1949 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 37, Windsteiner Weg 52a,  
- ges. Vertr.: Wolfgang Schmidt, wohnhaft wie vor -
2. Ralf Dieter W e b e r,  
geboren am 6.7.1952 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 37, Lupsteiner Weg 25,  
- ges. Vertr.: Rudolf Weber, wohnhaft wie vor -
3. Rainer Bresin,  
geboren am 27.12.1952 in Berlin,  
wohnhaft Berlin 37, Breitensteinweg 21,  
- ges. Vertr.: Berta Bresin, wohnhaft wie vor -
4. Roswita B o s e n i u k,  
geboren am 6.7.1955 in Berlin,  
wohnhaft Berlin 20, Maulbeerallee 8,  
- Heinz Boseniuk, wohnhaft wie vor -

wegen groben Unfugs

wird das Verfahren gem. §§ 153, Abs. I, 413 V StPOeingestellt,  
weil die Schuld gering ist und kein öffentliches Interesse an  
der Verfolgung besteht.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Kasse des Landes Berlin zur  
Last, doch werden dieser nicht die notwendigen Auslagen der Be-  
schuldigten auferlegt, weil dies nicht angemessen erschiene (§ 467  
Abs. 4 StPO).

Die Entscheidung über die notwendigen Auslagen kann von den Be-  
schuldigten mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden,  
die binnen einer Frist von einer Woche seit dem Tage der Zustellung  
schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Amts-  
gericht Tiergarten oder bei dem Beschwerdegericht - Landgericht  
Berlin, Berlin 21, Turmstr. 91 - einzulegen ist.

Eine schriftliche Beschwerde muß innerhalb der genannten Frist  
bei Gericht eingegangen sein.

H e n z e  
Gerichtsassessorin



Sie können in der weiteren Darstellung, ebenso wie die übrigen Ämter des RSHA, deren Gruppen und Referate, außer Betracht bleiben, weil die Behandlung der Kriegsgefangenen in Staatspolizeilicher Hinsicht ausschließlich in die Zuständigkeit des Amtes IV sowie des Sachgebietes "C" A 1 mit seinem Referat IV A A 1 b und dessen Nachfolgedienststellen IV D 5 d und IV B 2 a fiel.

### 3. Kriegsgefangenenwesen allgemein

Das Kriegsgefangenenwesen war dem Machtbereich der Gestapo während des Krieges bis zum 1. Oktober 1944 weitgehend entzogen. Es gehörte entsprechend der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 (RGBl. 1934, Teil II, 207 ff) ausschließlich in die Zuständigkeit der Wehrmacht, auch soweit es sich um politische Entscheidungen handelte. Dem Wesen des diktatorischen Machtapparates des NS-Regimes hätte es jedoch widersprochen, wenn bei den politischen Entscheidungen auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens die Gestapo Initiative und Kontrolle nicht übernommen und die Wehrmacht insoweit nicht auf die Funktion einer politischen Weisungen unterworfenen Befehlsempfängerstelle abgewertet hätte. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch den Umstand, daß die UdSSR der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 nicht beigetreten war.

<sup>Das</sup> ~~Das~~ Angebot <sup>der UdSSR</sup> vom 17. Juli 1941, wenigstens der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 beizutreten, blieb seitens der Reichsregierung unbeantwortet, die dadurch den Zweck zu erreichen suchte, Übergriffe gegen sowjetische Kriegsgefangene nicht als Verstöße gegen internationale Verträge und Verletzungen des Völkerrechts gelten lassen zu müssen.

Dok.O. III 14 ff

Dok.O. III 14 ff

Dok.O. III 69 ff



Sie können in der weiteren Darstellung, ebenso wie die übrigen Ämter des RSHA, deren Gruppen und Referate, außer Betracht bleiben, weil die Behandlung der Kriegesangelegenheiten in Staatspolizeilicher Hinsicht ausschließlich in die Zuständigkeit des Amtes IV sowie seines Referates IV A 1 mit dem Sachgebiet IV A 1 c und dessen Nachfolge- dienststellen IV D 2 d und IV B 2 a fiel.

### 3. Kriegesangelegenheiten allgemein

Das Kriegesangelegenheiten war dem Machtbereich der Gestapo während des Krieges bis zum 1. Oktober 1944 weitgehend entzogen. Es gehörte entsprechend der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 (RGBl. 1934, Teil II, 207 ff) ausschließlich in die Zuständigkeit der Wehrmacht, auch soweit es sich um politische Entscheidungen handelte. Dem Wesen des diktatorischen Machtapparates des NS-Regimes hätte es jedoch widersprochen, wenn bei den politischen Entscheidungen auf dem Gebiet des Kriegesangelegenheiten die Gestapo Initiative und Kontrolle nicht übernommen und die Wehrmacht insoweit nicht auf die Funktion einer politischen Weisungen unterworfenen Befehlsmittelstelle abgewertet hätte. Be- günstigt wurde diese Entwicklung durch den Um- stand, daß die UdSSR der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 nicht beigetreten war.

Dok.0.II 1 ff

Dok.0.II 1 ff

Das Angebot vom 17. Juli 1941, wenigstens der UdSSR Hager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 beizutreten, blieb seitens der Reichsregierung unbeantwortet, die dadurch den Zweck zu errei- chen suchte, Übergriffe gegen sowjetische Kriegs- gefangene nicht als Verstöße gegen internationale Verträge und Verletzungen des Völkerrechts gel- ten lassen zu müssen.

Dok.0.II 69 ff







Beschluss

In der Strafsache gegen

1. Bernhard Helmut Schmidt,  
geboren am 25.4.1949 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 37, Windsteiner Weg 52a,  
- Ges. Vertr.: Wolfgang Schmidt, wohnhaft wie vor -
2. Ralf Dieter Weber,  
geboren am 6.7.1952 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 37, Lupsteiner Weg 25,  
- Ges. Vertr.: Rudolf Weber, wohnhaft wie vor -
3. Rainer Briesin,  
geboren am 27.12.1952 in Berlin,  
wohnhaft Berlin 37, Breitensteiner Weg 21,  
- Ges. Vertr.: Berta Briesin, wohnhaft wie vor -
4. Roswitha Bosenitz,  
geboren am 6.7.1955 in Berlin,  
wohnhaft Berlin 20, Maulbeerallee 8,  
- Heinz Bosenitz, wohnhaft wie vor -

wegen groben Unfugs

wird das Verfahren gem. §§ 153, Abs. I, 413 V StPO eingestellt,  
weil die Schuld gering ist und kein öffentliches Interesse an  
der Verfolgung besteht.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Kasse des Landes Berlin zur  
Last, doch werden dieser nicht die notwendigen Auslagen der Be-  
schuldigten auferlegt, weil dies nicht angemessen erschiene (§ 467  
Abs. 4 StPO).

Die Entscheidung über die notwendigen Auslagen kann von den Be-  
schuldigten mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden,  
die binnen einer Frist von einer Woche seit dem Tage der Zustellung  
schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Amts-  
gericht Tiergarten oder bei dem Beschwerdegericht - Landgericht  
Berlin, Berlin 21, Turmstr. 91 - einzuulegen ist.  
Eine schriftliche Beschwerde muß innerhalb der genannten Frist  
bei Gericht eingegangen sein.

H e n z e  
Gerichtsassessorin



4. Kriegsgefangenenwesen innerhalb des RSHA

Soweit politische Entscheidungen im NS-Sinne auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens zu "staatspolizeilichen Aufgaben" wurden und sich gegen polnische und später sowjetische Kriegsgefangene richteten, die als kommunistische bzw. bolschewistische Gegner angesehen wurden, kam zwangsläufig das sogenannte Kommunistenreferat IV A 1 als zuständige Dienststelle des RSHA in Betracht.

Dessen Sachgebiete IV A 1 a (Kommunismus) und IV A 1 b (Marxismus) waren allerdings überwiegend mit Vollzugsbeamten besetzt, die nur kriminalpolizeilich ausgebildet und für Exekutivaufgaben geschult und einzusetzen waren. Neben dem Referat IV C 4 (Angelegenheiten der Partei und ihrer Gliederungen, Sonderfälle) waren deshalb die Sachgebiete IV A 1 a und b besondere kriminalpolizeiliche Dienststellen der Gestapo innerhalb des RSHA. Sie können in ihrem organisatorischen, personellen und funktionellen Aufbau nicht mit den übrigen Referaten verglichen oder gleichgestellt werden, die als Ministerialinstanzen reichszentrale Aufgaben zu erfüllen hatten.

Letzteres trifft auf das Sachgebiet IV A 1 c in besonderem Maße zu, das ursprünglich für "Kriegsdelikte und illegale sowie Feind-Propaganda" zuständig war. Dem Sachgebiet IV A 1 c wurden spätestens ab Mitte 1940 ausschließlich das Kriegsgefangenenwesen für die auf ministerieller Ebene ~~scheidungen und Maßnahmen in "staatspolizeilicher" Hinsicht übertragen.~~



4. Kriegsgefangenenwesen innerhalb des RSHA

Soweit politische Entscheidungen im NS-Sinne auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens zu "staatspolizeilichen Aufgaben" wurden und sich gegen polnische und später sowjetische Kriegsgefangene richteten, die als kommunistische bzw. bolschewistische Gegner angesehen wurden, kam zwangsläufig das sogenannte Komminstatreferat IV A 1 als zuständige Dienststelle des RSHA in Betracht.

Dessen Sachgebiete IV A 1 a (Kommunismus) und IV A 1 b (Marxismus) waren allerdings überwiegend mit Vollzugsbeamten besetzt, die nur kriminalpolizeilich ausgebildet und für Exekutivaufgaben geschult und eingesetzt waren. Neben dem Referat IV C 4 (Anglegenheiten der Partei und ihrer Gliederungen, Sonderfälle) waren deshalb die Sachgebiete IV A 1 a und b besondere Kriminalpolizeiliche Dienststellen der Gestapo innerhalb des RSHA. Sie können in ihrem organisatorischen, personellen und funktionalen Aufbau nicht mit den übrigen Referaten verglichen oder gleichgestellt werden, die als Ministerialinstanzen reichszentrale Aufgaben zu erfüllen hatten.

Letzteres trifft auf das Sachgebiet IV A 1 c in besonderem Maße zu, das ursprünglich für "Kriegsdelikte und illegale sowie Feind-Propaganda" zuständig war. Dem Sachgebiet IV A 1 c wurden spätestens ab Mitte 1940 ausschließlich das Kriegsgefangenenwesen für die auf ministerieller Ebene

Beilücke 2 - 4



Geschäftsnummer:

400 StrEs 37.69

4. Kriegsgefangenenwesen innerhalb des RSHA

Soweit politische Entscheidungen im NS-Sinne  
B e s c h l u s s  
auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens zu

In der Strafsache gegen "Staatspolizeilichen Aufgaben" wurden und

1. Bernhard Helmut Schmidt,  
geboren am 25.4.1949 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 37, Windsteiner Weg 52a,  
- ges. Vertr.: Wolfgang Schmidt, wohnhaft wie vor -
2. Ralf Dieter Wesber,  
geboren am 6.7.1952 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 37, Lupsteiner Weg 25,  
- ges. Vertr.: Rudolf Weber, wohnhaft wie vor -
3. Rainer Bresin,  
geboren am 27.12.1952 in Berlin,  
wohnhaft Berlin 37, Breitensteinweg 21,  
- ges. Vertr.: Berta Bresin, wohnhaft wie vor -
4. Roswita Boseniuk,  
geboren am 6.7.1955 in Berlin,  
wohnhaft Berlin 20, Maulbeerallee 8,  
- Heinz Boseniuk, wohnhaft wie vor -

wegen groben Unfugs  
wird das Verfahren gem. §§ 153, Abs. 1, 413 V StPO eingestellt,  
weil die Schuld gering ist und kein öffentliches Interesse an  
der Verfolgung besteht.

Die Kosten des Verfahrens fallen der Kasse des Landes Berlin zur  
Last, doch werden dieser nicht die notwendigen Auslagen der Be-  
schuldigten auferlegt, weil dies nicht angemessen erschiene (§ 467  
Abs. 4 StPO).

Die Entscheidung über die notwendigen Auslagen kann von den Be-  
schuldigten mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden,  
die binnen einer Frist von einer Woche seit dem Tage der Zustellung  
schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle bei dem Amts-  
gericht Tiergarten oder bei dem Beschwerdegericht - Landgericht  
Berlin, Berlin 21, Turmstr. 91 - einzulegen ist.  
Eine schriftliche Beschwerde muß innerhalb der genannten Frist  
bei Gericht eingegangen sein.

Mitte 1940 ausschließlich das Kriegsgefan-  
genenwesen für die  
H e n z e  
Gerichtsassessorin



zu treffenden allgemeinen politischen Entscheidungen und Maßnahmen in "staatspolizeilicher" Hinsicht übertragen.

Bevor in der weiteren Darstellung die allgemeinen Erlassgrundlagen der Tötungsmaßnahmen und ihre schreibtmäßige Bearbeitung durch den Beschuldigten behandelt werden, soll die personelle Besetzung der hiermit befaßt gewesenen Dienststellen des RSHA aufgezeigt werden.

Außer den nationalsozialistischen Machthabern Hitler, Keitel und Himmler sowie den Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Heydrich, später KKaalltteenb-brunner, waren folgende Personen im Amt IV des RSHA mit dem Kriegsgefangenenwesen befaßt:

### III. Besetzung des RSHA auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens

#### 1. Amtschef IV - (Heinrich Müller-erschölen)

Das Aufgabengebiet der Gruppe IV A

"Bekämpfung der politischen Gegner,  
insbesondere Kommunismus und Marxismus"

hatte Amtschef IV, Heinrich Müller, stets als sein besonderes Fachgebiet betrachtet. Schon bei der bayerischen politischen Polizei hatte Müller vor 1933 eine leitende Stellung auf dem Gebiet der Bekämpfung und Überwachung der linken Parteien inne. Sowohl im Geheimen Preußischen Staatspolizeiamt als auch in dem daraus hervorgegangenen späteren RSHA widmete sich Müller mit fanatisch-politischem



zu treffenden allgemeinen politischen Entscheidungen und Maßnahmen in "staatspolizeilicher" Hinsicht übertragen.

Bevor in der weiteren Darstellung die allgemeinen Erlasgrundlagen der Tötungsmaßnahmen und ihre schriftsachmässige Bearbeitung durch den Beschuldigten behandelt werden, soll die personelle Besetzung der hiermit befaßt gewesenen Dienststellen des RSHA aufgezeigt werden.

Außer den nationalsozialistischen Machthabern Hitler, Keitel und Himmler sowie den Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Heydrich, später Kaltenbrunn, waren folgende Personen im Amt: IV des RSHA mit dem kriegsgefangenenwesen befaßt:

### III. Besetzung des RSHA auf dem Gebiet des kriegsgefangenenwesens

#### 1. Amtschef IV - (Heinrich Müller (erschossen))

Das Aufgabengebiet der Gruppe IV A

"Bekämpfung der politischen Gegner, insbesondere Kommunismus und Marxismus"

hatte Amtschef IV, Heinrich Müller, stets als sein besonderes Fachgebiet betrachtet. Schon bei der bayerischen politischen Polizei hatte Müller vor 1933 eine leitende Stellung auf dem Gebiet der Bekämpfung und Überwachung der linken Parteien inne. Sowohl im Geheimen Preussischen Staatspolizeiamt als auch in dem daraus hervorgegangenen späteren RSHA widmete sich Müller mit fanatisch-politischem







Gemäß § 140 Abs. 1 Nr. 2 StPO wird

dem Angeklagten Nawitzke

die Rechtsanwältin Helene B o d e ,  
in 1 Berlin 12, Wielandstr. 18,  
Telefon 31 59 94,

dem Angeklagten Weiß

der Rechtsanwalt Ulrich R a c h h o l z ,  
in Berlin 30, Potsdamer Str. 145,  
Telefon 26 26 56 (216 26 56),

als Officialverteidiger beigeordnet.

Dem Rechtsanwalt Buske wird für den Angeklagten Rhoden,  
dem Rechtsanwalt Rachholz wird für den Angeklagten Weiß  
Dauersprecherlaubnis erteilt.

W o l f

Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

(Kossmann)Justizangestellte als  
Urkundebeamter der Geschäftsstelle



Beistück 1

Beistück 2

Dok.O. DI 633

Eifer diesem Gebiet. Seine besondere Einflußnahme auf die Gruppe IV A wird aus dem Umstand deutlich, daß bis zum 1. Oktober 1941 die Stellung des Gruppenleiters IV A unbesetzt blieb. Im Geschäftsverteilungsplan vom 1. Februar 1940 heißt es unter Gruppenleiter IV A: "z.Zt. Umbesetzung". In jenem vom 1. März 1941 wird zwar SS-Ostuf. und ORR P a n z i n g e r bereits als Gruppenleiter aufgeführt. Er trat diese Stellung jedoch erst am 1. Oktober 1941 an und behielt sie mit kurzen Unterbrechungen bis zum 15. August 1944 inne, als P a n z i n g e r zum Nachfolger des führend am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 beteiligt gewesenen Amtschefs V (Chef des Reichskriminalpolizeiamtes - RKPA -), SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei Arthur N e b e (hingerichtet am 2. März 1945 in Plötzensee) bestellt wurde.

## 2. Gruppenleiter IV A

(Friedrich P a n z i n g e r,  
verstorben am 8. August 1959)

Dok.O. DI 60 ff

Friedrich P a n z i n g e r, geboren am 1. Februar 1903 in München, war vom 21. Juli 1919 bis 1927 Angehöriger des Polizeipräsidiums in München, u.a. auch der politischen Abteilung, bei der er den späteren Amtschef IV, M ü l l e r, anlässlich ihrer gemeinsamen Arbeit auf dem Gebiete der Bekämpfung des Kommunismus kennen lernte. Von 1927 bis 1931 studierte er Rechtswissenschaft, legte 1931 die Referendarprüfung und 1934 die große juristische Staatsprüfung



wurde.  
am 2. März 1945 in Plötzensee) bestellt  
Polizei Arthur Nebe (hingerichtet  
SS-Gruppenführer und Generalleutnant der  
Reichskriminalpolizei - RKPA -),  
beteiligt gewesen Amtschef V (Chef des  
tend am Umsturzversuch des 20. Juli 1944  
Panzer zum Nachfolger des füh-  
bis zum 15. August 1944 inne, als  
und befehlt sie mit kurzen Unterbrechungen  
Stellung jedoch erst am 1. Oktober 1941 an  
Gruppenleiter aufgeführt. Er trat diese  
und ORR Panzer bereits als  
Jenem vom 1. März 1941 wird zwar SS-Ostbaf.  
Gruppenleiter IV A: "z.zt. Umbesetzung". In  
plan vom 1. Februar 1940 heißt es unter  
unbesetzt blieb. Im Geschäftsverteilungs-  
1941 die Stellung des Gruppenleiters IV A  
Umstand deutlich, daß bis zum 1. Oktober  
flusnahme auf die Gruppe IV A wird aus dem  
Eifer diesem Gebiet. Seine besondere Ein-

Beitrag 1

Beitrag 2

Dok.O.D.I 63

2. Gruppenleiter IV A  
(Friedrich Panzer,  
verstorben am 8. August 1959)

und 1934 die große juristische Staatsprüfung  
schaft, legte 1931 die Referendarprüfung  
1927 bis 1931 studierte er Rechtswissen-  
Gemeinsamen Arbeit auf dem Gebiete der Be-  
Amtschef IV, Müller, anlässlich ihrer  
litischen Abteilung, bei der er den späteren  
zeipräsidiums in München, u.a. auch der po-  
21. Juli 1919 bis 1927 Angehöriger des Poli-  
1. Februar 1903 in München, war vom  
Friedrich Panzer, geboren am

Dok.O.D.I 60 ff







Gemäß § 140 Abs. 1 Nr. 2 StPO wird

dem Angeklagten Nawitzke

die Rechtsanwältin Helene B o d e ,

in 1 Berlin 12, Wielandstr. 18,

Telefon 31 59 94,

dem Angeklagten Weiß

der Rechtsanwalt Ulrich R a c h h o l z ,

in Berlin 30, Potsdamer Str. 145,

Telefon 26 26 56 (216 26 56),

als Officialverteidiger beigeordnet.

Dem Rechtsanwalt Buskis wird für den Angeklagten Rhoden,

dem Rechtsanwalt Rachholz wird für den Angeklagten Weiß

Dauersprecherlaubnis erteilt.

W o l f

Amtsgerichtsrat

Ausgefertigt:

(Kossmann) Justizangestellte als  
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



(den sog. Bayer. Staatskonkurs für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst) ab.

Nach verschiedenen Durchgangsstationen im Bayer. Staatsministerium des Innern war P a n z i n g e r von 1937 bis Sommer 1940 als Regierungsrat im Hauptamt Sicherheitspolizei dem Personalreferenten als Gehilfe zugeteilt. Von August 1940 bis Ende September 1941 bekleidete er die Stellung eines Verbindungsführers des RSHA zum Chef der bulgarischen Polizei in Sofia. Am 1. Oktober 1941 übernahm er die Gruppe IV A des RSHA mit Dienstsitz im Hauptgebäude in der Prinz-Albrecht-Str. 8 als Gruppenleiter. Inzwischen war er zum Regierungsdirektor befördert worden. Als Gruppenleiter IV A kehrte er damit wieder zu seiner Haupttätigkeit "Bekämpfung des Kommunismus und Abwehr der Sowjetspionage mit Hilfe der illegalen KPD" zurück.

Von August 1943 bis Ende Mai 1944 war er nach Riga als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für die baltischen Staaten und Nordrußland abkommandiert. Danach leitete er die Gruppe IV A noch bis zum 15. August 1944.

Nach Kriegsende geriet er am 3. Oktober 1946 in sowjetische Gefangenschaft. Am 22. März 1952 wurde er vom Militärtribunal des Militärbezirks Moskau wegen Kriegsverbrechen nach dem Gesetz Nr. 10 des Internationalen Kontrollrates und weiterer sowjetischer Bestimmungen zu dreimal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Dem sowjetischen Militärgericht standen "Berge von Material des RSHA" für das Militärgerichtsverfahren gegen P a n z i n g e r zur Verfügung. In einem Rechtshilfeersuchen vom 23. Oktober/6. November 1969 ist der Generalstaatsanwalt der UdSSR in

Dok.O. DI 64



(den sog. Bayer. Staatskonkurs für den höheren  
Justiz- und Verwaltungsdienst) ab.

Nach verschiedenen Durchgangsstationen im Bayer.  
Staatsministerium des Innern war P a n z i n g e r  
von 1937 bis Sommer 1940 als Regierungsrat im  
Hauptamt Sicherheitspolizei dem Personalreferen-  
ten als Gehilfe zugeteilt. Von August 1940 bis  
Ende September 1941 bekleidete er die Stellung  
eines Verbindungsführers des RSHA zum Chef der  
bulgarischen Polizei in Sofia. Am 1. Oktober  
1941 übernahm er die Gruppe IV A des RSHA mit  
Dienststelle im Hauptgebäude in der Prinz-Albrecht-  
Str. 8 als Gruppenleiter. Inzwischen war er zum  
Regierungsdirektor befördert worden. Als Gruppen-  
leiter IV A kehrte er damit wieder zu seiner  
Haupttätigkeit "Bekämpfung des Kommunismus und  
Abwehr der Sowjetionage mit Hilfe der illega-  
len KPD" zurück.

Von August 1943 bis Ende Mai 1944 war er nach  
Riga als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und  
des SD für die baltischen Staaten und Nordruß-  
land abkommandiert. Danach leitete er die Gruppe  
IV A noch bis zum 15. August 1944.

Nach Kriegsende geriet er am 3. Oktober 1946 in  
sowjetische Gefangenschaft. Am 22. März 1952  
wurde er vom Militärtribunal des Militärbezirks  
Moskau wegen Kriegsverbrechen nach dem Gesetz  
Nr. 10 des Internationalen Kontrollrates und  
weiterer sowjetischer Bestimmungen zu dreimal  
25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Dem sowjeti-  
schen Militärgericht standen "Berge von Material  
des RSHA" für das Militärgerichtsverfahren gegen  
P a n z i n g e r zur Verfügung. In einem  
Rechtshilfeersuchen vom 23. Oktober/6. November  
1969 ist der Generalstaatsanwalt der UdSSR in

Dok.O. D I 64







XXII,

Moskau gebeten worden, dieses Urkundenmaterial, soweit es die Tätigkeit des P a n z i n g e r als Gruppenleiter IV A betrifft, der hiesigen Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht zu überlassen. Eine - offenbar ausweichende - Antwort vom 20. April 1970 ging am 14. Juli 1970 mit der Mitteilung ein, daß "in der UdSSR keine die verbrecherische Tätigkeit des Beschuldigten K ö n i g s h a u s betreffenden Dokumente vorhanden sind".

BA Panzinger

Im September 1955 kehrte P a n z i n g e r im Zuge der Moskauer Abmachungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR als "Amnestierter" nach Deutschland zurück. Kurz danach lief gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft München I - 1 c Js 1218/56 - und beim Untersuchungsrichter des Landgerichts München I - ebenfalls 1 c Js 1218/56 - ein Ermittlungsverfahren, in dem er umfassend seine Mitwirkung in IV A bei den Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener und der Tötung des französischen Generals M e s n y darlegte. Der Fall M e s n y führte am 5. August 1959 zum Erlaß eines Haftbefehls - 1 c Js 1218/56 / IV 65.59 - des Landgerichts München I. Bei seiner Verhaftung am 8. August 1959 beging P a n z i n g e r Selbstmord.

Dok.O. DI 87

Dok.O. DI 89

P a n z i n g e r war seit 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP, ~~mit~~ seit dem 20. April 1939 Mitglied der SS und vom 10. Juli 1933 bis Oktober 1938 Mitglied der SA. Außerdem gehörte er seit dem 20. April 1939 dem SD an.



Moskau gebeten worden, dieses Urkundenmater-  
rial, soweit es die Tätigkeit des  
P a n z i n g e r als Gruppenleiter IV A  
betrifft, der hiesigen Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht zu überlassen. Eine  
- offenbar ausweisende - Antwort vom  
20. April 1970 ging am 14. Juli 1970 mit  
der Mitteilung ein, daß "in der UdSSR keine  
die verprecherische Tätigkeit des Beschul-  
digten K ö n i g s a u s a betreffenden  
Dokumente vorhanden sind".

XXII,

Im September 1955 kehrte P a n z i n g e r  
im Zuge der Moskauer Abmachungen über die  
Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen  
der BRD und der UdSSR als "Amnestierter"  
nach Deutschland zurück. Kurz danach lief  
gegen ihn bei der Staatsanwaltschaft  
München I - 1 c 1218/56 - und beim Unter-  
suchungsrichter des Landgerichts München I  
- ebenfalls 1 c 1218/56 - ein Ermittlungs-  
verfahren, in dem er umfassend seine Mitwir-  
kung in IV A bei den Massentötungen sowie  
französischen Generalen und der Tötung des  
letzte. Der Fall M e s a n y führte am  
5. August 1959 zum Erlass eines Haftbefehls  
- 1 c 1218/56 \ IV 65.59 - des Landge-  
richts München I. Bei seiner Verhaftung am  
8. August 1959 beging P a n z i n g e r  
Selbstmord.

BA Panzinger

Dok.O. D I 87

Dok.O. D I 89

P a n z i n g e r war seit 1. Mai 1937  
Mitglied der NSDAP, seit dem 20. April 1939  
Mitglied der SS und vom 10. Juli 1933 bis  
Oktober 1938 Mitglied der SA. Außerdem ge-  
hörte er seit dem 20. April 1939 dem SD an.







Sein letzter Dienstgrad war Polizeidirektor und SS-Oberführer.

3. Referatsleiter IV A 1

Pers.H. Pv 4

a) Josef V o g t (verstorben Juli 1947)

Geboren am 30. Juli 1897 in Mettmann bei Düsseldorf, studierte er sieben Semester Volkswirtschaft, war nach 1919 - 1925 Bankangestellter und ab 1. Oktober 1925 Polizeibeamter in Düsseldorf. Vom 1. Februar 1929 bis 1933 gehörte er als Kriminalkommissar der Mordkommission Ruhrgebiet, ab 15. Juli 1933 der Geheimen Staatspolizei an, bei der er das Fachgebiet "Illegaler Kommunismus" bearbeitete. Als Fachkraft auf diesem Gebiet war er ab 1940 bis 1. Juli 1942 Leiter des Referats IV A 1 des RSHA. Danach kam er als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD nach Marburg/Jugoslawien, wo er bis Kriegsende verblieb. Wegen seiner dortigen Tätigkeit wurde er an Jugoslawien ausgeliefert, in Marburg zum Tode verurteilt und im Juli 1947 in Laibach/Jugoslawien hingerichtet.

V o g t war seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP, seit dem 1. August 1939 Mitglied der SS und gleichzeitig Angehöriger des SD. Sein letzter Dienstgrad war Kriminalrat und SS-Sturmbannführer.

Pers.H. Pl 56

b) Kurt L i n d o w

stammte aus Berlin, wo er am 16. Februar 1903 geboren wurde. Nach verschiedenen kaufmännischen Berufen ging L i n d o w ab 1. April 1928 in den kriminalpolizeilichen Dienst. Er



Sein letzter Dienstgrad war Polizeidirektor und  
SS-Oberführer.

3. Referatsleiter IV A 1

Pers.H. P. 4

a) Josef V o g t (verstorben Juli 1947)

Geboren am 30. Juli 1897 in Mettmann bei  
Düsseldorf, studierte er sieben Semester  
Volkswirtschaft, war nach 1919 - 1925 Bank-  
angestellter und ab 1. Oktober 1925 Polizei-  
beamter in Düsseldorf. Vom 1. Februar 1929  
bis 1933 gehörte er als Kriminalkommissar der  
Mordkommission Ruhrgebiet, ab 15. Juli 1933  
der Geheimen Staatspolizei an, bei der er das  
Fachgebiet "Illegaler Kommunismus" bearbei-  
te. Als Fachkraft auf diesem Gebiet war er  
ab 1940 bis 1. Juli 1942 Leiter des Referats  
IV A 1 des RSHA. Danach kam er als Kommandeur  
der Sicherheitspolizei und des SD nach Mar-  
burg/Jugoslawien, wo er die Kriegsende ver-  
blieb. Wegen seiner dortigen Tätigkeit wurde  
er an Jugoslawien ausgeliefert, in Marburg  
zum Tode verurteilt und im Juli 1947 in  
Lalbach/Jugoslawien hingerichtet.

V o g t war seit dem 1. Mai 1933 Mitglied  
der NSDAP, seit dem 1. August 1939 Mitglied  
der SS und gleichzeitig Angehöriger des SD.  
Sein letzter Dienstgrad war Kriminalrat und  
SS-Sturmabführer.

b) Kurt L i n d o w

Pers.H. P. 56

stammte aus Berlin, wo er am 16. Februar 1903  
geboren wurde. Nach verschiedenen Kaufmänni-  
schen Berufen ging L i n d o w ab 1. April  
1928 in den kriminalpolizeilichen Dienst. Er







Pers.H. Lindow Bl. 40

bestand am 17. Dezember 1929 die Prüfung als Kriminalkommissar und wurde am 15. August 1930 zu diesem Dienstgrad befördert mit Dienstleistungen beim Polizeipräsidenten in Berlin und der politischen Polizei in Altona (1930 bis 1932), Elbing (1932 bis 1933) und der Stapoleitstelle Hannover (1933 bis 1938).

Von 1938 bis Anfang 1940 gehörte er dem Schutzhaftreferat IV C 2 des RSHA an, danach bis Ende September 1941 dem Referat IV E 1 (Spionageabwehr, allgemeine Abwehrfragen).

IX, 143-145

Ab 1. Oktober 1941 war er dem Referat IV A 1 zur Einarbeitung zugeteilt mit dem Ziel, später dieses Referat zu übernehmen. Während der Einarbeitungszeit beschäftigte er sich mit dem gesamten Aktenumlauf in IV A 1 bei den verschiedenen Sachgebieten. Außerdem sichtete er die Ein- und Ausgänge des Referatsleiters. Bei dieser Tätigkeit stieß er auf zahlreiche Tötungsvorgänge gegen polnische und sowjetische Kriegsgefangene, die vom Sachgebietsleiter IV A 1 c bearbeitet, abgezeichnet und dem Referatsleiter V o g t zur Abzeichnung und Weiterleitung an den Gruppenleiter IV A vorgelegt worden waren oder von auswärtigen Dienststellen (Wehrmacht und Stapostellen) eingingen, vom Referatsleiter abgezeichnet und an den Sachgebietsleiter IV A 1 c weitergegeben wurden. Auf seine Fragen weihten V o g t , eventuell auch der damalige Sachgebietsleiter IV A 1 c , T h i e d e k e , ihn mündlich in die



bestand am 17. Dezember 1929 die Prüfung  
als Kriminalkommissar und wurde am  
12. August 1930 zu diesem Dienstrang be-  
fördert mit Dienstleistungen beim Poli-  
zeipräsidenten in Berlin und der politi-  
schen Polizei in Altona (1930 bis 1932),  
Elbing (1932 bis 1933) und der Stapo-  
leit-stelle Hannover (1933 bis 1938).

Pers. H. Lindow Bl. 40

Von 1938 bis Anfang 1940 gehörte er dem  
Schutzhaftrichter IV C 2 des RSHA an, da-  
nach bis Ende September 1941 dem Richter  
IV E 1 (Spionageabwehr, allgemeine Ab-  
wehrfragen).

Ab 1. Oktober 1941 war er dem Richter  
IV A 1 zur Einarbeitung zugeteilt mit  
dem Ziel, später dieses Richter zu über-  
nehmen. Während der Einarbeitungszeit  
beschäftigte er sich mit dem gesamten  
Aktenumlauf in IV A 1 bei den verschie-  
denen Sachgebietsen. Außerdem sichtigte er  
die Ein- und Ausgänge des Referatsleiters.  
Bei dieser Tätigkeit stieß er auf zahl-  
reiche Tötungsvorgänge gegen polnische  
und sowjetische Kriegsgefangene, die vom  
Sachgebietsleiter IV A 1 c bearbeitet,  
abgezeichnet und dem Referatsleiter  
V o g t zur Abzeichnung und Weiterlei-  
tung an den Gruppenleiter IV A vorgelegt  
worden waren oder von auswärtigen Dienst-  
stellen (Wehrmacht und Stapostellen) ein-  
gingen, vom Referatsleiter abgezeichnet  
und an den Sachgebietsleiter IV A 1 c  
weitergegeben wurden. Auf seine Fragen  
weilten V o g t, eventuell auch der  
damalige Sachgebietsleiter IV A 1 c,  
T h i e d e, ihn mündlich in die

IX, 143-145







IX, 144  
IX, 144

die Tötungen polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener allgemein behandelnden Erlasse des RSHA ein, die er jedoch - wie L i n d o w angibt - persönlich nicht habe einsehen können, da es sich vorwiegend um "Geheime Reichssachen - GRS -" gehandelt habe.

Am 1. Juli 1942 übernahm L i n d o w die Leitung des Referates IV A 1. Hinsichtlich Zuständigkeit und Unterstellung des Sachgebietes IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen - unter L i n d o w als Referatsleiter IV A 1 ab 1. Juli 1942 muß auf die gesonderte Darstellung unter IX 44) verwiesen werden.

Von Mitte bis Ende 1944 war L i n d o w als Lehrer an der Führerschule der Sipo in Rapka bei Krakau, von Januar 1945 bis Kriegsende Vertreter des Leiters des Referates IV B I a (Widerstandsgruppen Frankreich - Belgien). Ab 7. Juli 1945 befand er sich bis Juni 1949 in US-Internierungshaft.

Pers.H. Lindow Bl.67ff In dem Schwurgerichtsverfahren 54 Ks 4.50 des  
BA Lindow 2 Bde. Landgerichts Frankfurt/Main wurde L i n d o w durch rechtskräftiges Urteil vom 22. Dezember 1950 von der Anklage, bei der Befehlsgebung des RSHA zu Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener im ehemaligen Reichsgebiet mitgewirkt zu haben, mangels Beweises freigesprochen. L i n d o w befand sich in  
BA Lindow I,19a,253 Frankfurt/Main vom 20. März bis 22. Dezember 1950 in Untersuchungshaft.

Pers.H. Lindow Bl. 7 Er war Mitglied der NSDAP seit dem 1. Mai 1937, der SS seit dem 1. Juni 1933 und des SD seit dem 9. November 1939. Sein letzter Dienstgrad war Kriminaldirektor und SS-Sturm-  
bannführer.



IX, 144

die Tötungen polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener allgemein behandelnden Erlasse des RSHA ein, die er jedoch - wie I i n d o w angibt - persönlich nicht habe einsehen können, da es sich vorwiegend um "Geheime Reichssachen - Gra -" gehandelt habe.

Am 1. Juli 1942 übernahm I i n d o w die Leitung des Referates IV A 1. Hinsichtlich Zuständigkeit und Unterstellung des Sachgebietes IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen - unter I i n d o w als Referatsleiter IV A 1 ab 1. Juli 1942 muß auf die gesonderte Darstellung unter X, 4) verwiesen werden.

Von Mitte bis Ende 1944 war I i n d o w als Lehrer an der Führerschule der SS in Raksa bei Krakau, von Januar 1945 bis Kriegsende Vertreter des Leiters des Referates IV B 1 a (Widerstandgruppen Frankreich - Belgien). Ab 7. Juli 1945 befand er sich bis Juni 1949 in US-Internierungshaft.

Pers.H. Lindow Bl. 67f In dem Schwurgerichtsverfahren 54 Ka 4.50 des Landgerichts Frankfurt/Main wurde I i n d o w BA Lindow 2 Bde.

1950 von der Anklage, bei der Befehlsgabe des RSHA zu Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener im ehemaligen Reichsgebiet mitgewirkt zu haben, mangels Beweises freigesprochen. I i n d o w befand sich in Frankfurt/Main vom 20. März bis 22. Dezember 1950 in Untersuchungshaft.

BA Lindow I, 19a, 253

Pers.H. Lindow Bl. 7 Er war Mitglied der NSDAP seit dem 1. Mai 1937, der SS seit dem 1. Juni 1933 und des SD seit dem 9. November 1939. Sein letzter Dienstgrad war Kriminaldirektor und SS-Sturm-  
führer.







4. Sachgebietsleiter IV A 1 c

Pers.H. Pt 18

a) Franz Thiedeke (verschollen)

Geboren am 26. Juni 1893 in Milonka (Polen), war Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges, letzter Dienstgrad Leutnant. Vom 19. Juli 1920 bis zum 23. Dezember 1926 gehörte er der Berliner Schutzpolizei an. Ab 1. Juli 1930 nahm er an einem dreijährigen Vorbereitungsdienst für den Polizeiverwaltungsdienst teil, den er 1933 mit bestandener Polizeiinspektorenprüfung abschloß. 1933 zur Staatspolizeistelle Berlin einberufen, gehörte er ab April 1934 dem Geheimen Staatspolizeiamt und ~~dessen Nachfolgeämtern~~ <sup>RSHM</sup> zuletzt dem RSHA, ununterbrochen an.

IX, 115-116

Innerhalb des RSHA <sup>war</sup> gehörte Thiedeke seit Kriegsbeginn <sup>beim</sup> dem Referat IV A 1 an und bearbeitete als Leiter des Sachgebietes IV A 1 c hauptsächlich die auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens anfallenden Erlasse und Einzelanordnungen, für die er als Sachbearbeiter ausschließlich zuständig war.

Über Inhalt und Umfang seiner Tätigkeit wird im Zusammenhang mit der Darstellung der sachlichen Tätigkeit des Sachgebietes IV A 1 c eingehend berichtet (vgl. unten VI, 141-149).

Thiedeke gehörte seit dem 1. Mai 1932 der NSDAP, seit dem 1. Juli 1935 der SS und seit dem 9. November 1939



4. Sachgebietleiter IV A 1 c

a) Franz Thiedeke (verschollen)

Pers.H. Pt 18

geboren am 26. Juni 1893 in Milonka (Polen), war Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges, letzter Dienstgrad Leutnant. Vom 19. Juli 1920 bis zum 23. Dezember 1926 gehörte er der Berliner Schutzpolizei an. Ab 1. Juli 1930 nahm er an einem dreijährigen Vorbereitungsdienst für den Polizeiverwaltungsdienst teil, den er 1933 mit bestandener Polizeiaufsichtsprüfung abschloß. 1933 zur Staatspolizei stelle Berlin einberufen, gehörte er ab April 1934 dem Geheimen Staatspolizeiamt und dem RSHA an. ununterbrochen an.

Innerhalb des RSHA warnte Thiedeke seit Kriegsbeginn beim Referat IV A 1 an und bearbeitete als Leiter des Sachgebietes IV A 1 c hauptsächlich die auf dem Gebiet des Kriegesangenenwesens anfallenden Erlasse und Einzelanordnungen, für die er als Sachbearbeiter ausschließlich zuständig war.

IX, 115-116

Über Inhalt und Umfang seiner Tätigkeit wird im Zusammenhang mit der Darstellung der sachlichen Tätigkeit des Sachgebietes IV A 1 c eingehend berichtet (vgl. unten VI, 1-19).

Thiedeke gehörte seit dem 1. Mai 1932 der NSDAP, seit dem 1. Juli 1935 der SS und seit dem 9. November 1939



4. Sachgebietsleiter IV A 1 c

Pers.H. Pt. 18

a) Franz Thiedeke (verschollen)

geboren am 26. Juni 1893 in Milonka (Polen), war Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkrieges, letzter Dienstgrad Leutnant. Vom 19. Juli 1920 bis zum 23. Dezember 1926 gehörte er der Berliner Schutzpolizei an. Ab 1. Juli 1930 nahm er an einem dreijährigen Vorbereitungsdienst für den Polizeiverwaltungsdienst teil, den er 1933 mit bestandener Polizeiinspektorenprüfung abschloß. 1933 zur Staatspolizeistelle Berlin einberufen, gehörte er ab April 1934 dem Geheimen Staatspolizeiamt und dem RSHA ununterbrochen an.

IX, 113-116

Innerhalb des RSHA war Thiedeke seit Kriegsbeginn beim Referat IV A 1 an und bearbeitete als Leiter des Sachgebietes IV A 1 c hauptsächlich die auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens anfallenden Erlasse und Einzelanordnungen, für die er als Sachbearbeiter ausschließlich zuständig war.

Über Inhalt und Umfang seiner Tätigkeit wird im Zusammenhang mit der Darstellung der sachlichen Tätigkeit des Sachgebietes IV A 1 c eingehend berichtet (vgl. unten VI, 1-19).

Thiedeke gehörte seit dem 1. Mai 1932 der NSDAP, seit dem 1. Juli 1935 der SS und seit dem 9. November 1939



IX, 122

als Führer dem SD an. Sein letzter Dienstgrad war Regierungsamtsrat und SS-Sturmbannführer. Die Zeugin W o l f e r t schildert ihn als "fanatischen Nazi und Arbeitstier mit enormem Pensum". Er soll außerdem NS-Ortsgruppenleiter gewesen sein.

T h i e d e k e ist durch Beschluß des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg vom 12. Mai 1959 - 70 d II 33.59 - für tot erklärt worden. Als Todeszeitpunkt wurde der 31. Dezember 1945 angenommen.

b) Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht des Beschuldigten K ö n i g s h a u s

XIV, 110, 127

Der Beschuldigte Franz K ö n i g s h a u s war ab 1. April 1942 Nachfolger des T h i e d e k e als Sachgebietsleiter IV A 1 c . Seine vollständigen Personalien lauten:

Franz K ö n i g s h a u s ,  
geboren am 10. April 1906 in Wegeleben,  
wohnhaft in Düsseldorf,  
Gerhart-Hauptmann-Str. 29.

XIV, 6 ff

Er stammte aus einem streng katholischen schlesischen Elternhaus. Sein Vater war Eisenbahnbeamter (Obersekretär) und in Ponientzütz bei Ratibor gebürtig, seine Mutter kam aus Ottengehaus/Neisse. Sie war eine sehr gläubige Katholikin und erzog ihre Kinder nach dem christlichen Grundsatz, "Gott und der Obrigkeit untertan zu sein". Durch den väterlichen Beruf zog die Familie oft um, u.a. nach Weferlingen, Königsutter, Schöninggen und Gerwisch bei Magdeburg.



IX, 122

als Führer dem SD an. Sein letzter Dienstad  
war Regierungsmannschaft und SS-Sturmabteilungsleiter.  
Die Zeugin W o l f e r t schildert ihn  
als "fanatischen Nazi und Arbeiter mit  
enormem Pessimismus". Er soll außerdem NS-Orts-  
gruppenleiter gewesen sein.

Th i e d e k e ist durch Beschluss des  
Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg vom  
12. Mai 1959 - 70 d II 33.59 - für tot er-  
klärt worden. Als Todeszeitpunkt wurde der  
31. Dezember 1945 angenommen.

Beschuldigten K ö n i g s h a u s d) Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht des

Der Beschuldigte Franz K ö n i g s h a u s  
war ab 1. April 1942 Nachfolger des  
Th i e d e k e als Sachgebietsleiter  
IV A 1 c. Seine vollständigen Personalien  
lauten:

XIV, 110, 127

Franz K ö n i g s h a u s,  
geboren am 10. April 1906 in Wegleben,  
wohnhaft in Düsseldorf,  
Gerhart-Hauptmann-Str. 29.

XIV, 6 ff

Er stammte aus einem streng katholischen  
schlesischen Elternhaus. Sein Vater war  
Eisenbahnbeamter (Obersekretär) und in  
Ponitz bei Ratibor gebürtig, seine Mutter  
kam aus Otterngau/Neisse. Sie war eine sehr  
gläubige Katholikin und erzog ihre Kinder  
nach dem christlichen Grundsatz, "Gott und  
der Obrigkeit untertan zu sein". Durch den  
väterlichen Beruf zog die Familie oft um,  
u.a. nach Weferlingen, Königsauter, Schönn-  
gen und Gerwisch bei Magdeburg.



IX, 122

als Führer dem SD an. Sein letzter Dienstgrad war Regierungsamtsrat und SS-Sturmabannführer. Die Zeugin W o l f e r t schildert ihn als "fanatischen Nazi und Arbeitstier mit enormem Pensum". Er soll außerdem NS-Ortsgruppenleiter gewesen sein.

T h i e d e k e ist durch Beschluß des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg vom 12. Mai 1959 - 70 d II 33.59 - für tot erklärt worden. Als Todeszeitpunkt wurde der 31. Dezember 1945 angenommen.

b) Lebenslauf und Tätigkeitsübersicht des Beschuldigten K ö n i g s h a u s

XIV, 110, 127

Der Beschuldigte Franz K ö n i g s h a u s war ab 1. April 1942 Nachfolger des T h i e d e k e als Sachgebietsleiter IV A 1 c. Seine vollständigen Personalien lauten:

Franz K ö n i g s h a u s ,  
geboren am 10. April 1906 in Wegeleben,  
wohnhaft in Düsseldorf,  
Gerhart-Hauptmann-Str. 29.

XIV, 6 ff

Er stammte aus einem streng katholischen schlesischen Elternhaus. Sein Vater war Eisenbahnbeamter (Obersekretär) und in Ponientsüts bei Ratibor gebürtig, seine Mutter kam aus Ottengenhau/Weisse. Sie war eine sehr gläubige Katholikin und ersog ihre Kinder nach dem christlichen Grundsatz, "Gott und der Obrigkeit untertan zu sein". Durch den väterlichen Beruf zog die Familie oft um, u.a. nach Weferlingen, Königslutter, Schöninggen und Gerwisch bei Magdeburg.



Nach Besuch der Bürgerschule in Königs-  
lutter und dem Gymnasium in Helmstedt  
besuchte er bis zum Abitur im Jahre 1926  
das Dom-Gymnasium in Magdeburg. Neben der  
Schule widmete er sich vorwiegend dem  
Sport, besonders dem Handballsport. Danebe-  
ben gehörte er einem katholischen Pfad-  
finderbund der höheren Schüler Deutsch-  
lands an. Politische Interessen schieden  
völlig aus.

Bei der Berufswahl schwankte er zwischen  
dem Pharmaziestudium und dem Sport.  
Schließlich entschied er sich für eine  
Ausbildung als gehobener Polizeibeamter,  
zumal man ihm als bekanntem Handball-  
spieler bei der Polizei jede Förderung  
zusagte.

Nach einem Jahr Grundausbildung in der  
Polizeischule Burg und weiterer Verwen-  
dung bei der Schutzpolizei wechselte er  
1931 als Polizeioberwachtmeister zur Ver-  
waltungspolizei über. 1934 bestand er  
die Prüfung für die mittlere gehobene  
Laufbahn und wurde kurz danach als Poli-  
zeiinspektor im Polizeipräsidium Magde-  
burg in die Personalstelle eingestellt.

XIV, 8

Im Jahre 1935 wurde er "plötzlich und  
ungefragt" zur Staatspolizeileitstelle  
Magdeburg in das Kirchenreferat versetzt.  
Angeblich sollen für diese Versetzung  
keine politischen Gründe entscheidend  
gewesen sein, denn er gehörte noch keiner  
politischen Formation des NS-Staates an.



Nach Besuch der Bürgerschule in Königs-  
lutter und dem Gymnasium in Helmstedt  
besuchte er bis zum Abitur im Jahre 1926  
das Dom-Gymnasium in Magdeburg. Neben der  
Schule widmete er sich vorwiegend dem  
Sport, besonders dem Handballsport. Dane-  
ben gehörte er einem katholischen Pfad-  
finderbund der höheren Schüler Deutsch-  
lands an. Politische Interessen schieden  
völlig aus.

Bei der Berufswahl schwankte er zwischen  
dem Pharmaziestudium und dem Sport.  
Schließlich entschied er sich für eine  
Ausbildung als gehobener Polizeibeamter,  
zumal man ihm als bekanntem Handball-  
spieler bei der Polizei jede Förderung  
zusagte.

Nach einem Jahr Grundausbildung in der  
Polizeischule Burg und weiterer Verwen-  
dung bei der Schutzpolizei wechselte er  
1931 als Polizeioberwachtmaster zur Ver-  
waltungspolizei über. 1934 bestand er  
die Prüfung für die mittlere gehobene  
Leitbahn und wurde kurz danach als Poli-  
zeinspektor im Polizeipräsidium Magde-  
burg in die Personaleinheit eingestellt.

Im Jahre 1935 wurde er "plötzlich und  
ungefragt" zur Staatspolizeileitung  
Magdeburg in das Kirchenreferat versetzt.  
Angeblich sollen für diese Versetzung  
keine politischen Gründe entscheidend  
gewesen sein, denn er gehörte noch keiner  
politischen Formation des NS-Staates an.

XIV, 8







XIV, 10

Am 24. August 1935 heiratete er in Magdeburg seine von dort stammende Ehefrau. Außer der standesamtlichen fand eine kirchlich-evangelische Trauung statt, da seine Ehefrau evangelisch ist. Seine beiden Söhne, geboren 30. Dezember 1937 und 2. Oktober 1940, sind evangelisch getauft.

Pers.H. Königshaus  
Pk 93, Bl. 4

Im Mai 1936 erklärte er, ohne sich an Näheres erinnern zu können, den Austritt aus der katholischen Kirche. Im Personalblatt ist als Konfession mit dieser Zeitangabe vermerkt: "gottgläubig". Der Kirchenaustritt soll, wie er angibt, noch auf Drängen seiner Vorgesetzten bei dem Kirchenreferat der Stapoleitstelle Magdeburg erfolgt sein. Infolge seiner evangelischen Trauung wurde er exkommuniziert.

XIV, 8

XIV, 8

XXI, 172-175

Vor der Olympiade 1936 wurde er "ohne sein Zutun" in das Kirchenreferat des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 8, versetzt. Hier war er als Sachbearbeiter in dem Sachgebiet II B 2 b unter dem Referatsleiter Kuß L i s c h k a und Regierungsassessor R u x (nicht ermittelt) tätig, ohne sich an Einzelheiten erinnern zu können. L i s c h k a gab an, daß die Sachbearbeiter - darunter auch der Beschuldigte - Berichte über Abweichungen von Priestern und Pfarrern von der nationalsozialistischen Weltanschauung zu prüfen und mit Vorschlägen für geeignete Abwehrmaßnahmen weiterzuleiten hatten. Hierzu waren im NS-Sinne zuverlässige Beamte erforderlich, die in der Lage waren, die dehnbaren Vorschriften des Heimtückegesetzes und der Schutzhaftverordnung wirkungsvoll anzuwenden. K ö n i g s h a u s erschien dem Referatsleiter L i s c h k a



Am 24. August 1935 heiratete er in Magdeburg seine von dort stammende Ehefrau. Außer der standesamtlichen fand eine kirchlich-evangelische Trauung statt, da seine Ehefrau evangelisch ist. Seine beiden Söhne, geboren 30. Dezember 1937 und 2. Oktober 1940, sind evangelisch getauft.

XIV, 10

Im Mai 1936 erklärte er, ohne sich an Näheres erinnern zu können, den Austritt aus der katholischen Kirche. Im Personalblatt ist als Konfession mit dieser Zeitangabe vermerkt: "gottgläubig". Der Kirchenaustritt soll, wie er angibt, noch auf Drängen seiner Vorgesetzten bei dem Kirchenreferat der Stapoelstelle Magdeburg erfolgt sein. Infolge seiner evangelischen Trauung wurde er exkommuniziert.

Pers. H. Königshaus  
Pr 93, Bl. 4

Vor der Olympiade 1936 wurde er "ohne sein Zutun" in das Kirchenreferat des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin, Prinz-Albrecht-Str. 8, versetzt. Hier war er als Sachbearbeiter in dem Sachgebiet II B 2 unter dem Referatsleiter Kurt Lischka und Regierungsassessor Rux (nicht ermittelt) tätig, ohne sich an Einzelheiten erinnern zu können. Lischka gab an, daß die Sachbearbeiter - darunter auch der Beschuldigte - Berichte über Abweichungen von Priestern und Pfarrern von der nationalsozialistischen Weltanschauung zu prüfen und mit Vorschlägen für geeignete Abwehrmaßnahmen weiterzuleiten hatten. Hierzu waren im NS-Sinne zuverlässige Beamte erforderlich, die in der Lage waren, die dehnbaren Vorschriften des Heimtückgesetzes und der Schutzhaftverordnung wirkungsvoll anzuwenden. Königshaus erschien dem Referatsleiter Lischka

XIV, 8

XXI, 172-175







DER AMTSGERICHTSPRÄSIDENT

- 236 - A 1 AG -

---

1 Berlin 21, den 21. November 1969  
Turnstr. 91  
Fernruf: 35 01 11 } 551 (336)  
innerbetriebl. (933) }

An den  
Kanzleivorsteher  
des Amtsgerichts Tiergarten  
-----

( Zu den SammA, im Inhaltsverzeichnis  
eintragen )

Betr.: Erledigung der Verfügungen betr. Zustellung der Anklage.

Auf Anordnung des Amtsgerichtspräsidenten bitte ich, die Verfügungen, die Anklage zuzustellen, stets als Eilsachen II. Ordnung zu erledigen. Dabei kommt es also nicht darauf an, ob die Verfügung des Richters den Zusatz " Eilt! " trägt (vgl. Nr. 60 GeschA) oder der Registrator die Akten in einer Mappe für Eilsachen der Kanzlei übergibt.

Im Auftrage  
H i n t z e

Beglaubigt

*Prochnow*  
Justizangestellte



XIV, 174

in diesem NS-Sinne als "gleichgeschalteter Beamter", der ordnungsgemäß und zuverlässig seinen Dienst als Sachbearbeiter im Rahmen der genannten Bestimmungen versah, ohne jedoch unmittelbar mit Exekutivaufgaben befaßt gewesen zu sein. Die zu treffende Sachentscheidung aufgrund der Berichte war in der Regel eine Abgabe an das Schutzhaftreferat mit einem Antrag auf Verhängung der Schutzhaft oder unmittelbare Weitergabe an das Innenministerium, Abteilung Kirchen. Mit einem Schutzhaftantrag war in der Regel eine langjährige Freiheitsentziehung in einem Konzentrationslager (KL), häufig bis Kriegsende, und in großer Zahl mit Todesfolge, verbunden.

XIV, 30

Im Jahre 1939, noch vor Kriegsbeginn, wurde der Beschuldigte zum Schutzhaftreferat IV C 2 unter Dr. B e r n d o r f f (vernehmungsunfähig) versetzt. Er war dort Buchstabensachbearbeiter und hatte aufgrund von Schutzhaftanträgen anderer Referate des RSHA oder der Stapo-leitstellen die entsprechenden Schutzhaftbefehle vorzuverfügen. An Einzelheiten seiner Tätigkeit im Schutzhaftreferat will er sich nicht erinnern können.

XIV, 33-34

Später - genaue Zeitangaben fehlen - gehörte er dem Referat Böhmen und Mähren - IV D 1 - unter Dr. J o n a k (nicht aussagebereit) als Sachbearbeiter bis zum 1. April 1942 an, ohne noch Einzelheiten hierzu angeben zu können, bis auf den Umstand, daß er die im sog. Protektorat bestehenden Vereine auf ihre weitere Zulässigkeit zu überprüfen hatte.

XIV, 31



in diesem NS-Sinne als "gleichgeschalteter Beamter", der ordnungsgemäß und zuverlässig seinen Dienst als Sachbearbeiter im Rahmen der genannten Bestimmungen versah, ohne jedoch unmittelbar mit Exekutivaufgaben betraut gewesen zu sein. Die zu treffende Sachentscheidung auf Grund der Berichte war in der Regel eine Aufgabe an das Schutzhaftreferat mit einem Antrag auf Verhängung der Schutzhaft oder unmittelbare Weitergabe an das Innenministerium, Abteilung Kirchen. Mit einem Schutzhaftantrag war in der Regel eine langjährige Freiheitsentziehung in einem Konzentrationslager (KL), häufig bis Kriegsende, und in großer Zahl mit Todesfolge, verbunden.

XIV, 174

Im Jahre 1939, noch vor Kriegseinsatz, wurde der Beschuldigte zum Schutzhaftreferat IV C 2 unter Dr. B e r n d o r f (vernehmungsunfähig) versetzt. Er war dort Buchstabenmaschinenschreiber und hatte aufgrund von Schutzhaftanträgen anderer Referate des RSHA oder der Stapo-Leitstellen die entsprechenden Schutzhaftbefehle vorzuvorbereiten. An Einzelheiten seiner Tätigkeit im Schutzhaftreferat will er sich nicht erinnern können.

XIV, 30

Später - genaue Zeitangaben fehlen - gehörte er dem Referat Böhmen und Mähren - IV D 1 - unter Dr. J o n a k (nicht aussagebereit) als Sachbearbeiter bis zum 1. April 1942 an, ohne noch Einzelheiten hierzu angeben zu können, bis auf den Umstand, daß er die im sog. Protokoll bestehenden Vereine auf ihre weitere Zulässigkeit zu überprüfen hatte.

XIV, 33-34

XIV, 31



XIV, 174

in diesem NS-Sinne als "gleichgeschalteter Beamter", der ordnungsgemäß und zuverlässig seinen Dienst als Sachbearbeiter im Rahmen der genannten Bestimmungen versah, ohne jedoch unmittelbar mit Exekutivaufgaben befaßt gewesen zu sein. Die zu treffende Sachentscheidung aufgrund der Berichte war in der Regel eine Abgabe an das Schutzhaftreferat mit einem Antrag auf Verhängung der Schutzhaft oder unmittelbare Weitergabe an das Innenministerium, Abteilung Kirchen. Mit einem Schutzhaftantrag war in der Regel eine langjährige Freiheitsentziehung in einem Konzentrationslager (KL), häufig bis Kriegsende, und in großer Zahl mit Todesfolge, verbunden.

XIV, 30

Im Jahre 1939, noch vor Kriegsbeginn, wurde der Beschuldigte zum Schutzhaftreferat IV C 2 unter Dr. B e r n d o r f f (vernehmungsunfähig) versetzt. Er war dort Buchstabensachbearbeiter und hatte aufgrund von Schutzhaftanträgen anderer Referate des RSHA oder der Stapo-leitstellen die entsprechenden Schutzhaftbefehle vorzuverfügen. An Einzelheiten seiner Tätigkeit im Schutzhaftreferat will er sich nicht erinnern können.

XIV, 33-34

Später - genaue Zeitangaben fehlen - gehörte er dem Referat Böhmen und Mähren - IV D 1 - unter Dr. J o n a k (nicht aussagebereit) als Sachbearbeiter bis zum 1. April 1942 an, ohne noch Einzelheiten hierzu angeben zu können bis auf den Umstand, daß er die im sog. Protektorat bestehenden Vereine auf ihre weitere Zuverlässigkeit zu überprüfen hatte.

XIV, 31



Vfg.

1. Aus Anlaß

der Fortdauer der Erkrankung der AGR'in Voigt-Sello  
(Abt. 302)  
und der Behinderung des eingesetzten Vertreters,  
Gass Rosenkranz, an der Wahrnehmung von Schöffensitzungen (§ 29 Abs. 1 Satz 2 GVG),

übernimmt die Sitzung in Abt. 302 am 25. 11. 1969

der Gass. Gollmer als Bereitschaftsrichter.

Zuvor zur Vertretung berufene Bereitschaftsrichter sind  
durch anderweitigen Einsatz behindert.

2. bis 3. pp.

Berlin 21, den 25. November 1969

Der Amtsgerichtspräsident

Dr. M ü n n

Br.

Herrn

-----, Abt. -----



Seine Tätigkeit ab 1. April 1942 im Sachgebiet IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen- und dessen Nachfolgedienststellen \* wird gesondert dargestellt (VII - XIX). ,

Nach seiner Meinung gehörte er dem Sachgebiet IV A 1 c, später IV D 5 d und IV B 2 a, bis zur zweiten Hälfte 1943 an. Als Anhaltspunkt für die Versetzung von IV D 5 d zur Sichtvermerkstelle des RSHA - IV F 5 - in Pankow beruft er sich auf den Weggang des Gruppenleiters P a n z i n g e r von IV A. Er meint, schon anlässlich der Abkommandierung P a n z i n g e r s nach Riga im August 1943 oder einige Zeit danach auf seine ständigen bei diesem vorgetragenen Bitten versetzt worden zu sein, da nur P a n z i n g e r in der Lage gewesen sei, seine Ablösung von IV A 1 c beim Amtschef IV durchzusetzen.

Einer so frühen Versetzung stehen jedoch einerseits die sachliche Entwicklung der Aussonderungen und Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener, die noch bis Mitte des Jahres 1944 andauerten, andererseits die Aussagen der Zeugen B u r c k h a r d t , Willi B e c k e r <sup>sowie</sup> S a m u e l <sup>sowie</sup> <sup>und</sup> der Umstand entgegen, daß P a n z i n g e r erst am 15. August 1944 entgültig aus dem Amt IV ausschied und das Amt V des RSHA übernahm. Schließlich beweist das Gruppenbild XIII der Lichtbildmappe, das aus der Zeit Februar/März 1944 stammt und auf dem der Beschuldigte, wenn auch mit verdecktem Gesicht, so doch an Statur und Kopfform sowie Uniform deutlich zu erkennen ist, daß er erst im Jahre 1944 zur Sichtvermerkstelle IV F 5 bzw. IV B 4 c versetzt worden sein kann.

XIX, 26 und  
XXI, 83-84;  
XII, 45

XIV, 65/66



Seine Tätigkeit ab 1. April 1942 im Sachge-  
biet IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen - und  
dessen Nachfolgedienststellen - wird geson-  
dert dargestellt (VII - XI).

Nach seiner Meinung gehörte er dem Sachge-  
biet IV A 1 c, später IV D 5 d und IV B 2 a,  
bis zur zweiten Hälfte 1943 an. Als Anhalts-  
punkt für die Versetzung von IV D 5 d zur  
Sichtvermerkstelle des RSHA - IV F 5 - in  
Pankow beruft er sich auf den Wegang des  
Gruppenleiters P a n z e r von IV A.  
Er meint, schon anlässlich der Abkommandierung  
P a n z e r s nach Riga im August  
1943 oder einige Zeit danach auf seine ständi-  
gen bei diesem vorgelagerten Bitten versetzt  
worden zu sein, da nur P a n z e r in  
der Lage gewesen sei, seine Ablösung von  
IV A 1 c beim Amtschef IV durchzusetzen.

Einer so frühen Versetzung stehen jedoch  
einerseits die sachliche Entwicklung der Aus-  
sonderungen und Massenentführungen sowjetischer  
Kriegsgefangener, die noch bis Mitte des  
Jahres 1944 andauerten, andererseits die Aus-  
sage der Zeugen B u r c h a r d t ,  
Willi B e c k e r und S a m u e l  
sowie der Umstand entgegen, dass P a n z e r  
er erst am 15. August 1944 entgültig  
aus dem Amt IV ausschied und das Amt V des  
RSHA übernahm. Schließlich beweist das Grup-  
penbild XIII der Lichtbildmappe, das aus der  
Zeit Februar/März 1944 stammt und auf dem der  
Beschuldigte, wenn auch mit verdecktem Ge-  
sicht, so doch an Statur und Kopfform sowie  
Uniform deutlich zu erkennen ist, das er erst  
im Jahre 1944 zur Sichtvermerkstelle IV F 5  
bzw. IV B 4 c versetzt worden sein kann.

XIV, 63 - 65

XIX, 26 und  
XXI, 83-84;  
XII, 45

XIV, 65/66











Dok.O. III, 655

Ferner enthält das von ihm gezeichnete Schreiben vom 9. November 1943 ~~IV D 5 d~~ - IV D 5 d - 8402.43 - an das DRK, betreffend Aufenthalt des Juden A r o n s t e r n , beglaubigt von der Bürokraft G ü n t h e r , den Beweis, daß er zu dieser Zeit noch dem Sachgebiet IV D 5 d angehörte und folglich weiterhin für das Kriegsgefangenenwesen als Sachbearbeiter zuständig war.

XXII, 150

Darüberhinaus bekundete die Zeugin G ü n t h e r am 13. August 1970, für den Beschuldigten auch noch im Jahre 1944 auf dem Kriegsgefangenengebiet gearbeitet zu haben. Sie ist sich dessen für die Zeit von Januar bis Juni 1944 absolut sicher. Erst als sie einige Zeit nach der Verlegung ihres Ehemannes von Fürstentwald/Spreewald zu einer militärischen Einheit in Deutsch-Krone Anfang Juni 1944 mit dem Sachgebiet IV B 2 a (Kriegsgefangene) in <sup>das</sup> ~~ein~~ Ausweichlager Dachs bei Wulkow/Trebnitz in der Nähe von Mönchberg/Mark verlagert worden sei, sei der Beschuldigte nicht mehr bei dieser Dienststelle geblieben. Ihre frühere Aussage, bis Kriegsende für den Beschuldigten gearbeitet zu haben, berichtigte sie mit dem Hinweis, diesen Zeitpunkt im Juni 1944 in Berlin gemeint zu haben, da sie danach nicht mehr Kriegsgefangenenangelegenheiten geschrieben habe.

Der von der Zeugin G ü n t h e r angegebene Zeitpunkt des Ausscheidens des Beschuldigten aus dem Kriegsgefangenen-sachgebiet IV B 2 a - Juni 1944 - deckt sich



Ferner enthält das von ihm gezeichnete Schreiben vom 9. November 1943 - IV D 5 d - 8402.43 - an das DRK, betreffend Aufenthalt des Juden A r o n s t e r n , beglaubigt von der Bürokrasf G ü n t h e r , den Beweis, daß er zu dieser Zeit noch dem Sachgebiet IV D 5 d angehörte und folglich weiterhin für das Kriegsgefangenenwesen als Sacharbeiter zuständig war.

Dok.O.III, 62

Darüberhinaus bekundete die Zeugin G ü n t h e r am 13. August 1970, für den Beschuldigten auch noch im Jahre 1944 auf dem Kriegsgefangenengebiet gearbeitet zu haben. Sie ist sich dessen für die Zeit von Januar bis Juni 1944 absolut sicher. Erst als sie einige Zeit nach der Verlegung ihres Ehemannes von Fürstentwald/Spreewald zu einer militärischen Einheit in Deutsch-Krone Anfang Juni 1944 mit dem Sachgebiet IV B 2 a (Kriegsgefangene) in das Ausweichlager Dachs bei Wulkow/Trebnitz in der Nähe von München/berg/Mark verlagert worden sei, sei der Beschuldigte nicht mehr bei dieser Dienststelle geblieben. Ihre frühere Aussage, das Kriegsende für den Beschuldigten gearbeitet zu haben, berichtete sie mit dem Hinweis, diesen Zeitpunkt im Juni 1944 in Berlin gemeint zu haben, da sie danach nicht mehr Kriegsgefangenenangelegenheiten geschrieben habe.

XXII, 150

Der von der Zeugin G ü n t h e r angegebene Zeitpunkt des Ausscheidens des Beschuldigten aus dem Kriegsgefangenenaschgebiet IV B 2 a - Juni 1944 - deckt sich







gestellt wurde.

- 3) In der Nacht zum 10. Januar 1969 begaben sich die beiden Angeklagten zu dem in der Hagelberger Str. 18 in Berlin-Kreuzberg belegenen Geschäftslokal der Friseurmeisterin Proksch. Nachdem der Angeklagte John die etwa 50 x 100 cm große Glasscheibe der Geschäftseingangstür eingeschlagen hatte, riegelte Donth die Tür von innen auf und stieg als erster ein. Im Inneren brachen beide eine als Schreibtisch dienende Glasvitrine auf, die sie durchwühlten, ohne jedoch Mitnehmenswertes zu finden. Aus einem auf der Vitrine stehenden Plastiksparschwein entwendeten sie einen Geldbetrag, der zwischen ihnen geteilt wurde. Während in der Schadensanzeige der Geschädigten von einer Geldsumme von 476,- DM gesprochen wurde, glaubt John bei diesem Einbruch, ebenso wie Donth eine Beute von 95,- DM in 5,-DM-Stücken gemacht zu haben. Die Beute verbrauchten die beiden Angeklagten in der Folgezeit für sich.
- 4) In der Nacht zum 13. Januar 1969 fuhren die beiden Angeklagten wiederum mit einem zuvor entwendeten Pkw nach Berlin-Zehlendorf, wo sie nach Zerschlagen der Scheibe der Eingangstür in die Drogerie des Geschädigten Wolfgang Hulde eindrangen. Aus der unverschlossenen Ladenkasse entwendeten sie einen Geldbetrag von etwa 200,- DM, den sie in der Folgezeit untereinander teilten und verbrauchten.



~~IX, 26~~ XIX, 26  
~~II, 83~~ ~~XII~~ 84, 83-84  
~~III, 45~~ ~~XI~~ 15445, 154

nahezu mit den Aussagen der Zeugen  
B u r c k h a r d t , B e c k e r und  
S a m u e l . Die Ermittlungen sind hierzu  
noch nicht abgeschlossen und werden noch  
ergänzt.

In der Sichtvermerkstelle - IV F 5 - war er  
Vertreter des Referatsleiters, SS-Hauptsturm-  
führer und Polizeirat J a r o s c h (ver-  
storben). Er folgte in dieser Dienststellung  
dem Zeugen S a m u e l . Nebenbei bearbei-  
tete er die Länder des Abschnittes B - u.a.  
Dänemark -.

~~I, 45~~ XXI, 45  
~~V, 12~~ ~~XIV~~ 128  
  
~~V, 9~~ XIV, 9  
  
~~V, 35~~ XIV, 35

Im November 1944 wurde er anlässlich eines  
Besuches bei einer Bekannten in Lippstadt  
durch Tieffliegerangriff verletzt und am  
19. November 1944 in das dortige Lazarett  
eingeliefert. Nach Ausheilung und Erholungs-  
urlaub kam der Beschuldigte im Frühjahr 1945  
zu einer militärischen Abwehreinheit unter  
S k o r z e n y , die in Golling bei Salzburg  
stationiert war, nachdem er seit etwa Novem-  
ber 1944 bereits zur Gemeinsamen Abwehrstelle  
Schellenberg versetzt worden sein ~~will~~<sup>soll</sup>. Hier  
erhielt er Wehrmachtsuniform und Soldbuch mit  
dem Dienstgrad eines Hauptmannes.

~~IV, 14~~ XIV, 14

Nach der Kapitulation geriet er in Bayern in  
US-Kriegsgefangenschaft im Lager Burghausen,  
wo er sich bis zu seiner Freilassung vier bis  
acht Wochen lang befand. Während dieser Zeit  
entging er den US-Nachforschungen nach seiner  
SS-Zugehörigkeit dadurch, daß es ihm gelang,  
das eintätowierte Blutgruppenmerkmal unbe-  
merkt mit einer Schere herauszuschneiden. Im  
Krankenhaus Burghausen konnte er die Wunde  
behandeln lassen. Vom Bürgermeister eines



nahzu mit den Aussagen der Zeugen  
B u r c h a r d t , B e c k e r und  
S a m u e l . Die Ermittlungen sind hierzu  
noch nicht abgeschlossen und werden noch  
ergänzt.

In der Sichtvermerkstelle - IV F 5 - war er  
Vertreter des Referatsleiters, 22-Hauptstadt-  
führer und Polizeirat J a r o s c h (ver-  
storben). Er folgte in dieser Dienststellung  
dem Zeugen S a m u e l . Nebenbei beauf-  
tragte er die Länder des Abschnittes B - u. a.  
Dänemark -.

Im November 1944 wurde er anlässlich eines  
Besuches bei einer Bekannten in Lipstadt  
durch Tieffliegerangriff verletzt und am  
19. November 1944 in das dortige Lazarett  
eingeliefert. Nach Ausheilung und Erholungs-  
urlaub kam der Beschuldigte im Frühjahr 1945  
zu einer militärischen Abwehreinheit unter  
S k o r e n y , die in Golling bei Salzburg  
stationiert war, nachdem er seit etwa Novem-  
ber 1944 bereits zur gemeinsamen Abwehrstelle  
Schellenberg versetzt worden sein will. Hier  
erhielt er Wehrmachtsuniform und Soldbuch mit  
dem Dienstgrad eines Hauptmannes.

Nach der Kapitulation geriet er in Bayern in  
US-Kriegsgefangenschaft im Lager Burghausen,  
wo er sich bis zu seiner Freilassung vier bis  
acht Wochen lang befand. Während dieser Zeit  
entging er den US-Nachforschungen nach seiner  
SS-Zugehörigkeit dadurch, daß es ihm gelang,  
das eintätowierte Blutgruppenmerkmal unbe-  
merkt mit einer Schere herauszuschneiden. Im  
Krankenhaus Burghausen konnte er die Wunde  
behandeln lassen. Vom Bürgermeister eines

XXIX, 26  
XXI, 83-84  
XXII, 442, 124

XXI, 42

XIV, 128

XIV, 9

XIV, 32

XIV, 14







gestellt wurde.

- 3) In der Nacht zum 10. Januar 1969 begaben sich die beiden Angeklagten zu dem in der Hagelberger Str. 18 in Berlin-Kreuzberg belegenen Geschäftslokal der Friseurmeisterin Proksch. Nachdem der Angeklagte John die etwa 50 x 100 cm große Glas-scheibe der Geschäftseingangstür eingeschlagen hatte, riegelte Donth die Tür von innen auf und stieg als erster ein. Im Inneren brachen beide eine als Schreibtisch dienende Glasvitrine auf, die sie durchwühlten, ohne jedoch Mitnehmenswertes zu finden. Aus einem auf der Vitrine stehenden Plastiksparschwein entwendeten sie einen Geldbetrag, der zwischen ihnen geteilt wurde. Während in der Schadensanzeige der Geschädigten von einer Geldsumme von 476,- DM gesprochen wurde, glaubt John bei diesem Einbruch, ebenso wie Donth eine Beute von 95,- DM in 5,-DM-Stücken gemacht zu haben. Die Beute verbrauchten die beiden Angeklagten in der Folgezeit für sich.
- 4) In der Nacht zum 13. Januar 1969 fuhren die beiden Angeklagten wiederum mit einem zuvor entwendeten Pkw nach Berlin-Zehlendorf, wo sie nach Zerschlagen der Scheibe der Eingangstür in die Drogerie des Geschädigten Wolfgang Hulde eindrangen. Aus der unverschlossenen Ladenkasse entwendeten sie einen Geldbetrag von etwa 200,- DM, den sie in der Folgezeit untereinander teilten und verbrauchten.



benachbarten Dorfes ließ er sich zivile Ausweispapiere ausstellen, in denen entsprechend dem US-Entlassungsschein die Schreibweise seines Namens nunmehr " K ö e n i g h a u s " lautete.

XIV, 15 ff

In der Nachkriegszeit befand er sich nicht in Internierungshaft. Seine SS- und Parteizugehörigkeit verschwieg er. Einen Fragebogen reichte er bei der zuständigen Militärregierung nicht ein, sondern lebte ohne Lebensmittelkarten bei seiner Schwester in Ahlen. Am 29. Mai 1946 siedelte er mit seiner Familie nach Düsseldorf über, wo er in einer Bäckerei als Anlernling arbeitete. Er durchlief kein Spruchkammerverfahren und unterließ es, Ansprüche aus dem Gesetz zu Art. 131 GG geltend zu machen.

XIV, 18

Von seiner früheren Tätigkeit distanzierte er sich völlig, indem er jeden Kontakt mit früheren Kollegen vermied. Seine spätere berufliche Stellung baute er völlig aus ~~eiggenan~~Mitteln und Leistungen auf. Er wollte bewußt "total vergessen, was während seiner Tätigkeit im RSHA auch durch seine eigene pflichtunterworfenen Amtsausübung geschehen war". Später wechselte er in die Schrottbranche über und ist zur Zeit als Hauptgeschäftsführer zwei privatrechtlicher Verbände auf Bundesebene, des Bundesverbandes des deutschen Schrott-Großhandels e.V. und des Deutschen Abbruchverbandes e.V. in Düsseldorf, Malkastenstr. 8, tätig.

XIII, 72, 73



"Königsa" lautete. Schreibweise seines Namens nunmehr sprechend dem US-Entlassungsschein die Ausweisapriere ausstellen, in denen ent- benachbarten Dorfes ließ er sich zivile

In der Nachkriegszeit befand er sich nicht in Internierungshaft. Seine 22- und Parteizugehörigkeit verschwie er. Einen Fragebogen reichte er bei der zu- ständigen Militärregierung nicht ein, sondern lebte ohne Lebensmittellkarten bei seiner Schwester in Ahlen. Am 29. Mai 1946 siedelte er mit seiner Fami- lie nach Düsseldorf über, wo er in einer Bäckerei als Anfermling arbeitete. Er durchlief kein Spruchkammerverfahren und unterließ es, Ansprüche aus dem Gesetz zu Art. 131 GG geltend zu machen.

Von seiner früheren Tätigkeit distan- zierte er sich völlig, indem er jeden Kontakt mit früheren Kollegen vermieð. Seine spätere berufliche Stellung baute er völlig aus eigenen Mitteln und Lei- stungen auf. Er wollte bewußt "total vergessen, was während seiner Tätigkeit im RSHA auch durch seine eigene Pflicht- unterworfenene Amtsausübung geschehen war". Später wechselte er in die Schrotträn- che über und ist zur Zeit als Hauptge- schäftsführer zwei privatrechtlicher Ver- bände auf Bundesebene, des Bundesverbandes des deutschen Schrott-Großhandels e.V. und des Deutschen Abbruchverbandes e.V. in Düsseldorf, Malkastenstr. 8, tätig.

XIV, 15 ff

XIV, 18

XIII, 72, 73







gestellt wurde.

- 3) In der Nacht zum 10. Januar 1969 begaben sich die beiden Angeklagten zu dem in der Hagelberger Str. 18 in Berlin-Kreuzberg belegenen Geschäftslokal der Friseurmeisterin Proksch. Nachdem der Angeklagte John die etwa 50 x 100 cm große Glasscheibe der Geschäftseingangstür eingeschlagen hatte, riegelte Donth die Tür von innen auf und stieg als erster ein. Im Inneren brahen beide eine als Schreibtisch dienende Glasvitrine auf, die sie durchwühlten, ohne jedoch Mitnehmenswertes zu finden. Aus einem auf der Vitrine stehenden Plastiksparschwein entwendeten sie einen Geldbetrag, der zwischen ihnen geteilt wurde. Während in der Schadensanzeige der Geschädigten von einer Geldsumme von 476,- DM gesprochen wurde, glaubt John bei diesem Einbruch, ebenso wie Donth eine Beute von 95,- DM in 5,-DM-Stücken gemacht zu haben. Die Beute verbrauchten die beiden Angeklagten in der Folgezeit für sich.
- 4) In der Nacht zum 13. Januar 1969 fuhren die beiden Angeklagten wiederum mit einem zuvor entwendeten Pkw nach Berlin-Zehlendorf, wo sie nach Zerschlagen der Scheibe der Eingangstür in die Drogerie des Geschädigten Wolfgang Hulde eindrangen. Aus der unverschlossenen Ladenkasse entwendeten sie einen Geldbetrag von etwa 200,- DM, den sie in der Folgezeit untereinander teilten und verbrauchten.



Pers.H. Pk 93 Bl. 3  
Bl. 4

XIV, 20

NSDAP-Mitglied war er seit dem 1. April 1942, Mitglieds-Nr. 8.981.408. Der SS gehörte er seit dem 1. Juni 1938 mit der Mitglieds-Nr. 290.942 an; ferner war er Führer im Sicherheitsdienst (SD) seit dem 9. November 1938. Mit gleichem Datum wurde er zum SS-Untersturmführer und am 20. April 1939 zum SS-Hauptsturmführer befördert. Diesen Dienstgrad behielt er bis zum Kriegsende.

Wahrscheinlich ebenfalls zum 20. April 1939 wurde er zum Polizeioberinspektor befördert. Feststeht jedoch, daß er bereits als Polizei-oberinspektor zum Sachgebiet IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen - versetzt worden ist.

Pers.H. Pk 93  
Teil III Bl. 3

XIV, 64

Ausweislich des Befehlsblattes des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 12. Februar 1944 wurde er im Februar 1944 zum Regierungs-amtmann befördert. Zu dieser Zeit will er be-  
reichtaus IV D 5 d ausgeschieden und bei der Sichtvermerkstelle IV F 5 tätig gewesen sein.

Pers.H. Pk 93 Bl. 4

Mit Ausnahme des Julleuchters sind ihm keine Orden- oder Ehrenzeichen verliehen worden.

Zu seiner persönlichen Charakterisierung sagten seine Schreibkräfte aus:

XII, 132

### M i c h l e r

K ö n i g s h a u s wäre als SS-Offizier und häufiger Uniformträger den Schreibdamen gegenüber ein umgänglicher und aufgeschlossener Mann gewesen, der das Politische niemals hervorgekehrt habe. Er sei nicht von den Ideen des Nationalsozialismus durchdrungen



NSDAP-Mitglied war er seit dem 1. April 1942, Mitglieds-Nr. 8.981.408. Der SS gehörte er seit dem 1. Juni 1938 mit der Mitglieds-Nr. 290.942 an; ferner war er Führer im Sicherheitsdienst (SD) seit dem 9. November 1938. Mit gleichem Datum wurde er zum SS-Untersturmführer und am 20. April 1939 zum SS-Hauptsturmführer befördert. Diesen Dienstgrad bezieht er bis zum Kriegsende.

Wahrscheinlich ebenfalls zum 20. April 1939 wurde er zum Polizeioberinspektor befördert. Feststeht jedoch, daß er bereits als Polizeioberinspektor zum Sachgebiet IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen - versetzt worden ist.

Ausweislich des Befehlsblattes des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 12. Februar 1944 wurde er im Februar 1944 zum Regierungsamtmannt befördert. Zu dieser Zeit will er bereits aus IV D 2 ausgeschieden und bei der Sichtvermerkstelle IV F 2 tätig gewesen sein.

Mit Ausnahme des Julluchters sind ihm keine Orden- oder Ehrenzeichen verliehen worden.

Zu seiner persönlichen Charakterisierung sagen ten seine Schreibkräfte aus:

M i c h e l

K ö n i g s h a u s wäre als SS-Offizier und häufiger Uniformträger den Schreibdamen gegenüber ein umgänglicher und aufgeschlossener Mann gewesen, der das Politische niemals hervorkehrt habe. Er sei nicht von den Ideen des Nationalsozialismus durchdrungen

Pers.H. PK 93 Bl. 3  
Bl. 4

XIV, 20

Pers.H. PK 93  
Teil III Bl. 3

XIV, 64

Pers.H. PK 93 Bl. 4

XII, 132







gestellt wurde.

- 3) In der Nacht zum 10. Januar 1969 begaben sich die beiden Angeklagten zu dem in der Hagelberger Str. 18 in Berlin-Kreuzberg belegenen Geschäftslokal der Friseurmeisterin Proksch. Nachdem der Angeklagte John die etwa 50 x 100 cm große Glas-scheibe der Geschäftseingangstür eingeschlagen hatte, riegelte Donth die Tür von innen auf und stieg als erster ein. Im Inneren brahen beide eine als Schreibtisch dienende Glasvitrine auf, die sie durchwühlten, ohne jedoch Mitnehmenswertes zu finden. Aus einem auf der Vitrine stehenden Plastiksparschwein entwendeten sie einen Geldbetrag, der zwischen ihnen geteilt wurde. Während in der Schadensanzeige der Geschädigten von einer Geldsumme von 476,- DM gesprochen wurde, glaubt John bei diesem Einbruch, ebenso wie Donth eine Beute von 95,- DM in 5,-DM-Stücken gemacht zu haben. Die Beute verbrauchten die beiden Angeklagten in der Folgezeit für sich.
- 4) In der Nacht zum 13. Januar 1969 fuhren die beiden Angeklagten wiederum mit einem zuvor entwendeten Pkw nach Berlin-Zehlendorf, wo sie nach Zerschlagen der Scheibe der Eingangstür in die Drogerie des Geschädigten Wolfgang Hulde eindrangen. Aus der unverschlossenen Ladenkasse entwendeten sie einen Geldbetrag von etwa 200,- DM, den sie in der Folgezeit untereinander teilten und verbrauchten.



XII, 134

gewesen. Nach ihrem damaligen persönlichen Eindruck sei er ein äußerst korrekter Beamter gewesen, der seine Pflichten auf dem Posten, auf dem er jeweils war, treu erfüllt habe, ohne ein fanatischer Nationalsozialist gewesen zu sein.

G ü n t h e r

XII, 112

Im damaligen Sinne und im Sinne des Dienstbetriebes des RSHA habe es sich bei K ö n i g s h a u s um einen pflichtbewußten Beamten gehandelt, der sich allerdings nicht der im RSHA herrschenden Dienstauffassung widersetzt und die erteilten Weisungen von oben als typischer RSHA-Beamter befolgt habe.

V, 75

A r n d t

K ö n i g s h a u s war ein schneller Arbeiter und hetzte sie immer mit seinen Arbeiten, die, soweit sie sowjetische Kriegsgefangene betrafen, ausschließlich von ihm allein bearbeitet und ihr zum Diktat gegeben worden seien.

XII, 130

B e c k

K ö n i g s h a u s habe äußerlich eine kalte, sachliche und aalglatte Art des Umganges gehabt. Als Sachgebietsleiter IV A 1 c habe er widerspruchslos seine Arbeit verrichtet und sie geradezu an sich gerissen. In seinen dienstlichen Obliegenheiten sei K ö n i g s h a u s immer schnell und eifrig bei der Sache gewesen, habe sein Sachgebiet sehr wichtig genommen und sich um alles Dienstliche

XII, 129



XII, 134

gewesen. Nach ihrem damaligen persönlichen Eindruck sei er ein äußerst korrekter Beamter gewesen, der seine Pflichten auf dem Posten, auf dem er jeweils war, treu erfüllt habe, ohne ein fanatischer Nationalsozialist gewesen zu sein.

G ü n t h e r

XII, 112

Im damaligen Sinne und im Sinne des Dienstbetriebes des RSHA habe es sich bei K ö n i g s h a u s um einen pflichtbewussten Beamten gehandelt, der sich allerdings nicht der im RSHA herrschenden Dienstauffassung widersetzt und die erteilten Weisungen von oben als typischer RSHA-Beamter befolgt habe.

A r n d t

V, 72

K ö n i g s h a u s war ein schneller Arbeiter und setzte sie immer mit seinen Arbeiten, die, soweit sie sowjetische Kriegsgefangene betrafen, ausschließlich von ihm allein bearbeitet und ihr zum Diktat gegeben worden seien.

B e c k

XII, 130

K ö n i g s h a u s habe äußerlich eine kalte, sachliche und salbte Art des Umganges gehabt. Als Sachgebietsleiter IV A 1 c habe er widerspruchlos seine Arbeit verrichtet und sie geradezu an sich gerissen. In seinen dienstlichen Obliegenheiten sei K ö n i g s h a u s immer schnell und eifrig bei der Sache gewesen, habe sein Sachgebiet sehr wichtig genommen und sich um alles Dienstliche

XII, 129







- 1) Die Ermittlungen sind abgeschlossen.
  - 2) Handakten anlegen.
  - 3) Strafbefehl in Reinschrift fertigen.
  - 4) Je Überstück von Ziffer 3) fertigen.
  - 5) Urschrift und je 1 Abschrift des Strafbefehls zu den Handakten.
  - 6) Strafregisterauszug in Hülle zu den Akten nehmen bzw. erfordern.
  - 7) Zettel "Mitteilungspflicht" anbringen.
  - 8) Zu schreiben unter Beifügung einer Abschrift des - jeweiligen - Strafbefehlssentwurfs -
- An den  
Rektor. . . . .

**Betrifft:** Strafverfahren gegen.....  
wegen.....

**Bezug:** Nr. 28 der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen vom 15. Januar 1958

**Anlage:** 1 Schriftstück

Als Anlage übersende ich unter Bezugnahme auf Nr. 28 der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen die Abschrift eines Antrages auf Erlass eines Strafbefehls gegen den Obengenannten.



in IV A 1 c gekümmert. Ihres Erachtens sei ~~K~~önsn i g s h a u s , der persönlich forsch aufgetreten sei, dienstlich mit Leib und Seele bei der Sache gewesen. In seiner persönlichen Art, sei er mit dem Gruppenleiter P a n z i n g e r gleichzusetzen. Nach außen wären beide nicht als typische NS- oder SS-Vertreter in Erscheinung getreten.

XII, 21

Sein ehemaliger Referatsleiter L i n d o w äußerte sich dahin, daß K ö n i g s h a u s zwar keine Parteitüchtigkeit gezeigt habe, aber ein fähiger Arbeiter gewesen sei, ohne als politisch eifriger, überzeugter Nationalsozialist in Erscheinung zu treten, jedoch auch nicht versucht habe, von seiner Tätigkeit in IV A 1 c entbunden zu werden.

5. Angehörige des Sachgebietes IV A 1 c

a) Allgemeines

Das Sachgebiet IV A 1 c - Kriegsgefangenenwesen - hatte ein eng begrenztes Tätigkeitsgebiet. Da es keine Vollzugsaufgaben, sondern eine rein ministerielle Tätigkeit zu verrichten hatte, unterschied es sich von fast allen anderen Sachgebieten des RSHA schon äußerlich durch seine Besetzung mit nur zwei Beamten und wenigen, dafür aber ständigen, diesem Sachgebiet eigens zugeteilten Schreibkräften.

Die Vollzugsaufgaben für IV A 1 c oblagen den Stapo-leit-stellen und Konzentrationslagern. Es handelte sich bei IV A 1 c und seinen Nachfolgedienststellen IV D 5 d und IV B 2 a um ~~rein~~interne Verwaltungsdienststellen auf



in IV A 1 c geklämert. Ihres Erschens sei  
König a u s , der persönlich forsch  
aufgetreten sei, dienstlich mit Leib und  
Seele bei der Sache gewesen. In seiner per-  
sönlichen Art sei er mit dem Gruppenleiter  
P a n z i n g e r gleichzusetzen. Nach  
außen wären beide nicht als typische NS- oder  
SS-Vertreter in Erscheinung getreten.

XII, 21

Sein ehemaliger Referatsleiter L i n d o w  
äußerte sich dahin, daß K ö n i g a u s  
zwar keine Parteilichkeit gezeigt habe,  
aber ein fähiger Arbeiter gewesen sei, ohne  
als politisch eifriger, überzeugter National-  
sozialist in Erscheinung zu treten, jedoch  
auch nicht versucht habe, von seiner Tätig-  
keit in IV A 1 c entbunden zu werden.

## 2. Angehörige des Sachgebietes IV A 1 c

### a) Allgemeines

Das Sachgebiet IV A 1 c - Kriegsgefangenen-  
wesen - hatte ein eng begrenztes Tätigkeits-  
gebiet. Da es keine Vollzugsaufgaben, sondern  
eine rein ministerielle Tätigkeit zu verrich-  
ten hatte, unterschied es sich von fast allen  
anderen Sachgebieten des RSHA schon äußerlich  
durch seine Besetzung mit nur zwei Beamten  
und wenigen, dafür aber ständigen, diesem  
Sachgebiet eigens zugewiesenen Schreibkräften.

Die Vollzugsaufgaben für IV A 1 c oblagen den  
Stapo-Leit-stellen und Konzentrationslagern.  
Es handelte sich bei IV A 1 c und seinen Nach-  
folgedienststellen IV D 5 d und IV B 2 a um  
rein interne Verwaltungsdienststellen auf







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisanahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruche oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



"ministerieller" Ebene, die auch wegen des hohen Geheimhaltungsgrades der weit- aus meisten "Geheimen Reichssachen" in Erlassen und Einzelanordnungen nur mit wenigen zuverlässigen Personen besetzt wurden. Das Hauptgewicht der Arbeit lag in der Ausarbeitung von generellen Erlaß- entwürfen auf dem Gebiet des Kriegsgefan- genenwesens nach grundsätzlichen Weisun- gen, die dem zuständigen Beamten in IV A 1 c , T h i e d e k e , oder dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s , über den Dienstweg vom Referatsleiter und Gruppenleiter durch den Amtschef IV und den Chef der Sipo und des SD, gege- benenfalls auch von H i m m l e r , in der Regel mündlich zugingen.

Da das Kriegsgefangenenwesen, abgesehen von den politischen Einmischungen der NS-Führung, die durch das RSHA im Sach- gebiet IV A 1 c veranlaßt wurden, sonst ausschließlich zur Zuständigkeit der Wehrmacht gehörte, war es in vielen Fäl- len nur Aufgabe des Beschuldigten, die vom OKW auf entsprechende Weisung der NS-Führung erlassenen allgemeinen Anord- nungen der Gestapo zur Kenntnis zu brin- gen und die Zusammenarbeit zwischen Gestapo und Wehrmacht bei den unteren Dienststellen zu koordinieren. Diese Ar- beitsweise bedeutet keine Feststellung in der Hinsicht, daß das Hauptgewicht der Verantwortung für die unmenschliche Behandlung polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener beim OKW gelegen habe. Beide mit Kriegsgefangenen befaßten



"ministerieller" Ebene, die auch wegen des hohen Geheimhaltungsgrades der weit- aus meisten "Geheimen Reichssachen" in Erlassen und Einzelanordnungen nur mit wenigen zuverlässigen Personen besetzt wurden. Das Hauptgewicht der Arbeit lag in der Ausarbeitung von generellen Erlass- entwürfen auf dem Gebiet des Kriegsgefan- genwesens nach grundsätzlichen Weisun- gen, die dem zuständigen Beamten in IV A 1 c, T h i e d e k e oder dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s , über den Dienstweg vom Referatsleiter und Gruppenleiter durch den Amtschef IV und den Chef der Stipo und des SD, gege- benenfalls auch von H i m m l e r , in der Regel mündlich zugehen.

Da das Kriegsgefangenenwesen, abgesehen von den politischen Einmischungen der NS-Führung, die durch das RSHA im Sach- gebiet IV A 1 c veranlaßt wurden, sonst ausschließlich zur Zuständigkeit der Wehrmacht gehörte, war es in vielen Fäl- len nur Aufgabe des Beschuldigten, die vom OKW auf entsprechende Weisung der NS-Führung erlassenen allgemeinen Anord- nungen der Gestapo zur Kenntnis zu prin- zipien und die Zusammenarbeit zwischen Gestapo und Wehrmacht bei den unteren Dienststellen zu koordinieren. Diese Ar- beitweise bedeutet keine Feststellung in der Hinsicht, daß das Hauptgewicht der Verantwortung für die unmenschliche Behandlung polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener beim OKW gelegen habe. Beide mit Kriegsgefangenen befaßten



"ministerieller" Ebene, die auch wegen des hohen Geheimhaltungsgrades der weit- aus meisten "Geheimen Reichssachen" in Erlassen und Einzelanordnungen nur mit wenigen zuverlässigen Personen besetzt wurden. Das Hauptgewicht der Arbeit lag in der Ausarbeitung von generellen Erlä- entwürfen auf dem Gebiet des Kriegsgefan- genenwesens nach grundsätzlichen Weisun- gen, die dem zuständigen Beamten in IV A 1 c , Th i e d e k e oder dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s , über den Dienstweg vom Referatsleiter und Gruppenleiter durch den Antschef IV und den Chef der Sipo und des SD, gege- benenfalls auch von H i m m l e r , in der Regel mündlich zugehen.

Da das Kriegsgefangenenwesen, abgesehen von den politischen Einmischungen der NS-Führung, die durch das RSHA im Sach- gebiet IV A 1 c veranlaßt wurden, sonst ausschließlich zur Zuständigkeit der Wehrmacht gehörte, war es in vielen Fäl- len nur Aufgabe des Beschuldigten, die vom OKW auf entsprechende Weisung der NS-Führung erlassenen allgemeinen Anord- nungen der Gestapo zur Kenntnis zu brin- gen und die Zusammenarbeit zwischen Gestapo und Wehrmacht bei den unteren Dienststellen zu koordinieren. Diese Ar- beitsweise bedeutet keine Feststellung in der Hinsicht, daß das Hauptgewicht der Verantwortung für die unmenschliche Behandlung polnischer und sowjetischer Kriegsgefangener beim OKW gelegen habe. Beide mit Kriegsgefangenen befaßten



in Abt. I zur gefälligen Kenntnissnahme.

A

Landgericht Tiergarten  
Abteilung

Ich beantrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
ausser. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
setzen.

Im Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich.

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
abzuhalten zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11/11/1922

Fe



Dienststellen des OKW und RSHA - beim OKW das Allgemeine Wehrmachtsamt (AWA), Abteilung Kriegsgefangene Allgemeines, später genannt Chef/Kriegsgefangenenwesen im AWA mit Dienst-  
sitz Berlin-Tiergarten, Tirpitzufer 72-76,  
später in Berlin-Schöneberg, Badensche Str.51,  
ab Ende 1943 in Torgau; beim RSHA das Sachge-  
biet IV A 1 c / IV D 5 d / IV B 2 a - unter-  
standen einer gemeinsamen obersten NS-Führung.  
Sie erhielten von ihren NS-Repräsentanten,  
K e i t e l und H i m m l e r bzw.  
H e y d r i c h , die entsprechenden Weisun-  
gen H i t l e r s , wobei für deren Ausfüh-  
rung die politisch treibenden Kräfte bei  
H i m m l e r und H e y d r i c h zu  
suchen sind, während K e i t e l sie in  
seinem OKW-Bereich als willfähriger Gefolgs-  
mann H i t l e r s widerspruchslos und  
eilfertig, bedenkenlos und unterwürfig hin-  
nahm und ausführen ließ. Daß dies möglich war,  
lag beim OKW auch an der Person des Chefs des  
AWA, General der Infanterie R e i n e c k e ,  
und den Chefs/Kriegsgefangenenwesen, Oberst  
B r e y e r , später Generalleutnant von  
G r ä v e n i t z (beide verstorben) und  
dem Hauptsachbearbeiter auf dem Gebiet der  
Sonderbehandlungen und Massentötungen, Majpr  
R ö m e r (verstorben).

Im Bereich des RSHA war schon die Auswahl und  
Ei-  
setzung des jeweiligen Sachbearbeiters und  
seiner Vorgesetzten sowie die strenge hierar-  
chische Befehlsgebundenheit eine sichere Ge-  
währ für das reibungslose Funktionieren der  
die Massentötungen und Sonderbehandlungen  
veranlassenden Erlaß- und Befehlstätigkeit.



Dienststellen des OKW und RSHA - beim OKW das  
Allgemeine Wehrmachtsamt (AWA), Abteilung  
Kriegsgefangene Allgemeines, später genannt  
Chef/Kriegsgefangenenwesen im AWA mit Dienst-  
sitz Berlin-Tiergarten, Tirpitzufer 72-76,  
später in Berlin-Schöneberg, Badensche Str. 51,  
ab Ende 1943 in Torgau; beim RSHA das Sachge-  
biet IV A 1 c \ IV D 5 d \ IV B 2 a - unter-  
standen einer gemeinsamen operativen NS-Führung.  
Sie erhielten von ihren NS-Repräsentanten,  
K e i t e l und H i m m l e r bzw.  
H e y d r i c h, die entsprechenden Weisun-  
gen H i t l e r s, wobei für deren Ausfüh-  
rung die politisch treibenden Kräfte bei  
H i m m l e r und H e y d r i c h zu  
suchen sind, während K e i t e l sie in  
seinem OKW-Bereich als willkürlicher Gefolgs-  
mann H i t l e r s widerspruchlos und  
eifertig, bedenkenlos und unterwürdig hin-  
nahm und ausführen ließ. Das dies möglich war,  
lag beim OKW auch an der Person des Chefs des  
AWA, General der Infanterie R e i n e c k e,  
und den Chefs/Kriegsgefangenenwesen, Oberst  
B r e y e r, später Generalleutnant von  
G r ä v e n i t z (beide verstorben) und  
dem Hauptsachbearbeiter auf dem Gebiet der  
Sonderbehandlungen und Massentötungen, Major  
R ö m e r. (verstorben).

Im Bereich des RSHA war schon die Auswahl und  
Einsatzung des jeweiligen Sachbearbeiters und  
seiner Vorgesetzten sowie die strenge hierar-  
chische Befehlsgebundenheit eine sichere Ge-  
währ für das reibungslose Funktionieren der  
die Massentötungen und Sonderbehandlungen  
veranlassenden Erlaß- und Befehlstätigkeit.







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisnahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung -

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



b) Stellung und Tätigkeit des Sachgebietsleiters IV A 1 c

Entsprechend dem allgemeinen Aufbau des RSHA hatte jedes Sachgebiet einen Sachgebietsleiter als erstem Beamten, ohne daß diese Funktion eine echte Vorgesetztenposition in befehlsmäßiger und disziplinarischer Hinsicht bedeutete. Ihm oblag lediglich eine Kontrollaufgabe bei der sachlichen Bearbeitung. Wenn er auch kein Weisungsrecht gegenüber den übrigen Angehörigen des Sachgebietes besaß, so hatte er jedoch Weisungen des Referatsleiters weiterzugeben oder darauf zu achten, daß sie innerhalb seines Sachgebietes befolgt wurden. Seine Stellung läßt sich am ehesten mit der einer ständigen Fachkraft für das spezielle Arbeitsgebiet vergleichen, der die übrigen Beamten mehr oder weniger <sup>um</sup>selbständig zuarbeiteten. Dabei kam es auf den personellen Umfang des Sachgebietes nicht an. Handelte es sich um eine Spezialmaterie, so konnte sie unter Umständen von wenigen Beamten bearbeitet werden.

Beim Kriegsgefangenenwesen des RSHA handelte es sich um eine ausgesprochene Spezialmaterie, die in ministerieller Weise überwiegend auf dem Erlaßwege bearbeitet wurde. Benötigt wurde ein Beamter, der frei von bürokratischen und verwaltungsmäßigen Einflüssen verantwortungsfreudig die zentrale Lenkung und Überwachung des Kriegsgefangenenwesens in staatspolizeilicher Hinsicht übernehmen konnte. Hierfür kamen nur ausgebildete Verwaltungs-



b) Stellung und Tätigkeit des Sachgebiets-

leiters IV A 1 c

Entsprechend dem allgemeinen Aufbau des RSHA hatte jedes Sachgebiet einen Sachgebietsleiter als ersten Beamten, ohne daß diese Funktion eine echte Vorgesetztenposition in befehlsmäßiger und disziplinarischer Hinsicht bedeutete. Ihm oblag lediglich eine Kontrollaufgabe bei der sachlichen Bearbeitung. Wenn er auch kein Weisungsrecht gegenüber den übrigen Angehörigen des Sachgebietes besaß, so hatte er jedoch Weisungen des Referatsleiters weiterzugeben oder darauf zu achten, daß sie innerhalb seines Sachgebietes befolgt wurden. Seine Stellung läßt sich am ehesten mit der einer ständigen Fachkraft für das spezielle Arbeitsgebiet vergleichen, der die übrigen Beamten mehr oder weniger <sup>un</sup>selbständig zurarbeiteten. Dabei kam es auf den personellen Umfang des Sachgebietes nicht an. Handelte es sich um eine Spezialmaterie, so konnte sie unter Umständen von wenigen Beamten bearbeitet werden.

Beim Kriegseingangsneuen des RSHA handelte es sich um eine ausgesprochene Spezialmaterie, die in ministerieller Weise überwiegend auf dem Erlaßwege bearbeitet wurde. Benötigt wurde ein Beamter, der frei von bürokratischen und verwaltungsmäßigen Einflüssen verantwortungsfreudig die zentrale Lenkung und Überwachung des Kriegseingangsneuen in staatspolizeilicher Hinsicht übernehmen konnte. Hierfür kamen nur ausgebildete Verwaltungs-







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisanahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung -

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



beamte in Betracht, die außer reiner Aktenarbeit auch fähig und in der Lage waren, in einem umfassenden, reichsweiten Arbeitsgebiet die tragenden Leitlinien staatspolizeilicher Maßnahmen abstrakt in Erlassen zu formulieren, sie je nach der Entwicklung zu ergänzen oder abzuändern und die vorgesehenen Maßnahmen aufgrund von Berichten oder Aktenvorlagen der zuständigen Staatspolizei-leit-stellen nach den in den Erlassen gegebenen Rahmenbestimmungen anzuordnen.

Der seit Kriegsbeginn das Kriegsgefangenenwesen bearbeitende Sachgebietsleiter

T h i e d e k e arbeitete an Hand ihm von seinen Vorgesetzten gegebenen mündlichen Weisungen die jeweils erforderlichen Erlasse im Entwurf schriftlich aus. Die Entwürfe fertigte er je nach Arbeitsanfall auch nach Dienstschluß in seiner Wohnung <sup>an</sup> ~~aus~~ und diktierte sie später seiner ständigen Schreibkraft

IX, 126-132

W o l f e r t, verheiratete D i r s c h l. Die Reinschrift der Entwürfe zeichnete er ab und legte sie meistens persönlich seinem Vorgesetzten, dem Referatsleiter V o g t, Gruppenleiter P a n z i n g e r (letzterem erst ab 1. Oktober 1941), Amtschef I V M ü l l e r und dem Chef der Sipo und SD, H e y d r i c h, zur Unterschrift vor. Danach wurden von seiner Schreibkraft

IX, 139

W o l f e r t die Ausfertigungen auf Matritze geschrieben, vervielfältigt, beglaubigt und versandfertig gemacht. Für die korrekte Ausführung dieser Arbeiten war er als Sachgebietsleiter verantwortlich. Diese Stellenbezeichnung traf auf ihn auch zu, obwohl er alle Kriegsgefangenenangelegenheiten ausschließlich und allein zu bearbeiten hatte.

IX, 117



beamte in Betracht, die außer reiner Aktenarbeit auch fähig und in der Lage waren, in einem umfassenden, reichsweiten Arbeitsgebiet die tragenden Leitlinien staatspolizeilicher Maßnahmen abstrakt in Erlassen zu formulieren, sie je nach der Entwicklung zu ergänzen oder abzuändern und die vorgesehenen Maßnahmen auf Grund von Berichten oder Aktenvorlagen der zuständigen Staatspolizei-leit-stellen nach den in den Erlassen gegebenen Rahmenbestimmungen anzuordnen.

Der seit Kriegsbeginn das Kriegsgefangenenwesen bearbeitende Sachgebietsleiter T h i e d e arbeitete an Hand ihm von seinen Vorgesetzten gegebenen mündlichen Weisungen die jeweils erforderlichen Erlasse im Entwurf schriftlich aus. Die Entwürfe fertigte er je nach Arbeitsanfall auch nach Dienstschluss in seiner Wohnung aus und diktierte sie später seiner ständigen Schreibkraft W o l f e r t , verheiratete D i r a c h l . Die Reinschrift der Entwürfe zeichnete er ab und legte sie meistens persönlich seinen Vorgesetzten, dem Referatsleiter V o g t , Gruppenleiter P a n z i n g e r (letzterem erst ab 1. Oktober 1941), Amtschef IV M ü l l e r und dem Chef der Stipo und SD, H e y d r i c h , zur Unterschrift vor. Danach wurden von seiner Schreibkraft W o l f e r t die Ausfertigungen auf Matrize geschrieben, vervielfältigt, beglaubigt und versandfertig gemacht. Für die korrekte Ausführung dieser Arbeiten war er als Sachgebietsleiter verantwortlich. Diese Stellenbezeichnung traf auf ihn auch zu, obwohl er alle Kriegsgefangenenangelegenheiten ausschließlich und allein zu bearbeiten hatte.

IX, 126-132

IX, 139

IX, 117



9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisnahme der Lage waren, in einem umfassenden, reichweiten Arbeitsgebiet die tragenden Leitlinien staatspolizeilicher Maßnahmen abstrakt in Erlassen zu formulieren,

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten

- Abteilung

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf, nach zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Hauptverhandlung beantrage ich, Kriegsbeginn das Kriegsgefangenen-

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht stattfinden zu lassen.

IX, 125-132

Berlin 21. den

Der Generalstaatsanwalt

bei dem Landgericht Berlin, seinen Vor-

gesetzten, Im Auftrage Leiter W e g t,

Gruppenleiter P a n z l i n g e r (letzterer

erst ab 1. Oktober 1941), Amtschef IV

M u l l e r und dem Chef der Sipo und SD,

H e y d r i c h, zur Unterschrift vor. Da-

nach wurden von seiner Schreibkraft

W o l f e r f die Ausfertigungen auf Matrit-

so geschrieben, vervielfältigt, beglaubigt

und versandfertig gemacht. Für die korrekte

Ausführung dieser Arbeiten war er als Sach-

gebietsleiter verantwortlich. Diese Stellen-

bezeichnung traf auf ihn auch zu, obwohl er

alle Kriegsgefangenenangelegenheiten aus-

schließlich und allein zu bearbeiten hatte.

11) Frist:

IX, 133

IX, 117



Panzinger Dok.O.  
Lindow XII, 20  
Michler XII, 94, 118  
Beck, XII, 128  
Günther XII, 110  
nWolfert IX, 121  
Arndt V, 76

Ebenso wie bei Thiedeke verhielt es sich hinsichtlich Amtsstellung sowie Umfang und Inhalt der Tätigkeit bei dem ab 1. April 1942 eingesetzten Sachgebietsleiter, dem Beschuldigten Königshaus, wie die Zeugen Panzinger, Lindow, Michler, Beck, Günther, Dirschl geborene Wolfert und Arndt übereinstimmend bekundeten. Einzelheiten über seine Arbeitsweise wurden im Zusammenhang mit der Darlegung der von ihm entworfenen oder verfügten Erlasse, Einzelanordnungen und Exekutionsbefehle bzw. Sonderbehandlungsanordnungen erörtert werden.

c) Sonstige Sachbearbeiter in IV A 1 c

Dem Sachgebiet IV A 1 c gehörte ferner der

Pers.H. Ph 93

Polizeiinspektor und SS-<sup>Ober</sup>~~Haupt~~sturmführer Richard Herold, geboren am 26. Juli 1886 in Schmorda, für tot erklärt (Amtsgericht Zehrendorf 5 (8) II 91.51),

an, der hauptsächlich die Auswertung ausländischer Flugblätter zu bearbeiten hatte. In Sachen der Kriegsgefangenen hatte er nur Hilfsarbeiten zu verrichten, die er dem Sachgebietsleiter Thiedeke zur Mitzeichnung vorzulegen hatte.

Ferner erscheint der

Pers.H. Pw 28

Polizeiinspektor und SS-Obersturmführer Fritz Wegener, geboren am 26. Oktober 1902, verstorben am 28. Juli 1945,



anordnungen erörtert werden. Exekutionsbefehle bzw. Sonderbehandlungs- verfügten Erlasse, Einzelanordnungen und legung der von ihm entworfenen oder vor- weise werden im Zusammenhang mit der Dar- setzen. Einzelheiten über seine Arbeits- und Arbeits- über einstimmt bekannt- Dirschl geborene Wolfert Michaeler, Beck, Günther, Panzinger, Lindow, Könihaus, wie die Zeugen Sachgebietsleiter, dem Beschuldigten bei dem ab 1. April 1942 eingesetzten sowie Umfang und Inhalt der Tätigkeit hielt es sich hinsichtlich Amtsstellung Ebenso wie bei Thiede ver-

Panzinger Dok.O.  
Lindow XII, 20  
Michaeler XII, 94, 118  
Beck XII, 128  
Günther XII, 110  
Wolfert IX, 121  
Arndt V, 76

c) Sonstige Sachbearbeiter in IV A 1 c

Dem Sachgebiet IV A 1 c gehörte ferner der

Polizeinspektor und 22-Oberturm-  
führer Richard Herold,  
geboren am 26. Juli 1886 in Schmorda,  
für tot erklärt (Amtsgericht Zehlen-  
dorf 5 (8) II 91.51),

Pers.H. Pn 93

an, der hauptsächlich die Auswertung aus-  
ländischer Flugblätter zu bearbeiten hat-  
te. In Sachen der Kriegesgefangenen hatte  
er nur Hilfsarbeiten zu verrichten, die  
er dem Sachgebietsleiter Thiede be-  
zur Mitzeichnung vorzulegen hatte.

Ferner erscheint der

Polizeinspektor und 22-Oberturm-  
führer Fritz Wegner,  
geboren am 26. Oktober 1902,  
verstorben am 28. Juli 1942,

Pers.H. Pw 28











als Angehöriger des Sachgebietes IV A 1 c. Es liegen jedoch nur drei von ihm unterzeichnete Dokumente mit dem Aktenzeichen IV A 1 c ... vor, von denen lediglich das vom 6. Januar 1942 eine Sachstandsanfrage in einer Kfz-Sache, die beiden übrigen vom 10. Dezember 1940 und 31. Oktober 1941 Sachstandsanfragen in Vorgängen wegen verbotenen Abhörens von Feindsendern betreffen. Da nach dem 6. Januar 1942 keine von ihm gezeichneten Dokumente aus IV A 1 c vorhanden sind und alle Zeugen aus IV A 1 c übereinstimmend eine sachbearbeitende Tätigkeit des W e g e n e r auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens verneint haben, scheidet er als Mitsachbearbeiter für Kriegsgefangene in IV A 1 c neben dem Beschuldigten K ö n i g s h a u s mit Sicherheit aus.

Nach dem Telefonverzeichnis Mai 1942 soll noch der

Pers.H. Pp 62

Polizeiinspektor Paul P r e u s s ,  
geboren am 12. August 1884 in Klein  
Trampken, verstorben 8. September 1956,

dem Sachgebiet IV A 1 c angehört haben. Sämtliche Zeugen aus diesem Sachgebiet verneinen seine Zugehörigkeit zu IV A 1 c. In den übrigen Verzeichnissen (Telefonverzeichnis Juni 1943, Ortliste, Seidelaufstellung, OFP-Akten und Leih-Verausgabe-Verzeichnis) wird er unter IV A 1 c zu keiner Zeit genannt. Von ihm unterzeichnete Dokumente fehlen.

Die Beamten

Pers.H. Ph 175

Kriminalsekretär Walter H u s e ,  
geboren am 28. August 1902 in Doberan,  
verstorben am 28. April 1945, und



als Angehöriger des Sachgebietes IV A 1 c.  
Es liegen jedoch nur drei von ihm unterzeich-  
nete Dokumente mit dem Aktenzeichen IV A 1 c  
... vor, von denen lediglich das vom  
6. Januar 1942 eine Sachstandsanfrage in  
einer Kfz-Sache, die beiden übrigen vom  
10. Dezember 1940 und 31. Oktober 1941 Sach-  
standsanfragen in Vorgängen wegen verbotenen  
Abhörens von Fernsprechern betreffen. Da nach  
dem 6. Januar 1942 keine von ihm gezeichneten  
Dokumente aus IV A 1 c vorhanden sind und  
alle Zeugen aus IV A 1 c übereinstimmend eine  
sachbearbeitende Tätigkeit des W e g e r  
auf dem Gebiet des Kriegsgesangenenwesens ver-  
neint haben, scheidet er als Mitsachbearbei-  
ter für Kriegsgesangene in IV A 1 c neben dem  
Beschuldigten K ö n i g s a u s mit  
Sicherheit aus.

Nach dem Telefonverzeichnis Mai 1942 soll  
noch der  
Polizeiauskunftsleiter Paul P r e u s s ,  
geboren am 12. August 1884 in Klein  
Trampken, verstorben 8. September 1956,  
dem Sachgebiet IV A 1 c angehört haben. Sämt-  
liche Zeugen aus diesem Sachgebiet verneinen  
seine Zugehörigkeit zu IV A 1 c. In den übr-  
igen Verzeichnissen (Telefonverzeichnis Juni  
1943, Ortliste, Seidelauflistung, OGP-Akten  
und Leih-Verausgabe-Verzeichnis) wird er  
unter IV A 1 c zu keiner Zeit genannt. Von  
ihm unterzeichnete Dokumente fehlen.

Die Beamten  
Kriminalsekretär Walter H u s s e ,  
geboren am 28. August 1902 in Döberan,  
verstorben am 28. April 1945, und

Pers.H. Pp 62

Pers.H. Pp 175







Nach diesem Plan brach der Angeschuldigte S e i d e n -  
Bl.11R z a h l das Verdeck gewaltsam auf, entnahm aus dem Wa-  
gen einen Werkzeugkasten, zwei Decken und einen Schlaf-  
Bl.10,23 sack. Von diesen Gegenständen hat der Angeschuldigte  
G ö t z nichts erhalten.

Die Angeschuldigten wurden am 20. März 1970 gegen  
07.30 Uhr festgenommen. Bei der Festnahme wurde bei  
Bl.6,17, dem Angeschuldigten G ö t z ein behelfsmäßiger Perso-  
33 nalausweis auf seinen Namen vorgefunden, in welchem  
das Geburtsjahr von "54" auf "51" geändert worden ist.  
Der Zeitpunkt der Änderung ist nicht bekannt.

Bl.8,10, Die Angeschuldigten sind im wesentlichen geständig.  
29 Der Angeschuldigte S e i d e n z a h l hatte sich  
zunächst darauf eingelassen, nur einen Pkw entwendet  
zu haben. Bei einer Gegenüberstellung mit dem Ange-  
schuldigten G ö t z gab er zu, auch an der Entwen-  
dung des zweiten Pkw beteiligt gewesen zu sein.

Es wird beantragt,

unter Zulassung der Anklage das Hauptverfahren  
zu eröffnen und die Hauptverhandlung vor dem  
Amtsgericht Tiergarten - Jugendschöffengericht -  
stattfinden zu lassen.

Im Auftrage

Wolf

Staatsanwältin



Bers.H. Pe 1

Polizeiinspektor und SS-Hauptsturm-  
führer Fritz E c k e r l e ,  
geboren am 23. Januar 1901 in München,  
verstorben am 9. September 1959,

hatten zwar teilweise dieselben Schreib-  
kräfte wie die Beamten von IV A 1 c, ge-  
hörten aber zum Sachgebiet IV A 1 d  
(Gnadensachen, zeitweilig auch Angelegen-  
heiten der Einsatzgruppen).

Mithin war T h i e d e k e von Kriegs-  
beginn bis zu seiner Versetzung am  
1. April 1942 in seiner Eigenschaft als  
Sachgebietsleiter IV A 1 c zugleich  
alleiniger und ausschließlicher Sachbear-  
beiter für alle staatspolizeilichen Ange-  
legenheiten auf dem Gebiete des Kriegsge-  
fangenenwesens, wie auch aus den Aussagen  
von P a n z i n g e r , L i n d o w  
und W o l f e r t und der übrigen  
Schreibkräfte eindeutig hervorgeht.

Panzinger Dok.O.  
Lindow IX, 145  
Wolfert IX, 118-120,  
128-139

d) Schreibkräfte in IV A 1 c

aa) Ingeborg D i r s c h l ,  
geborene W o l f e r t ,  
geboren am 2. Februar 1906 in  
Hengelsberg,  
wohnhaft in 8459 Neukirchen bei Sulz-  
bach-Rosenberg, Waldlust Nr. 2.

IX, 116 ff

Frau D i r s c h l , die schon vor  
dem Kriege als Polizeiangestellte  
arbeitete, war seit Kriegsbeginn in  
dem mit Kriegsgefangenensachen befaß-  
ten Referat und Sachgebiet IV A 1 c  
tätig und ständige Schreibkraft des  
Sachgebietsleiters T h i e d e k e .



Pers. H. Pe 1

Polizeinspektor und 22-Hauptsturm-  
führer Fritz Eckerle,  
geboren am 23. Januar 1901 in München,  
verstorben am 9. September 1959,

hatten zwar teilweise dieselben Schreib-  
kräfte wie die Beamten von IV A 1 c, ge-  
hörten aber zum Sachgebiet IV A 1 d  
(Gnadensachen, zeitweilig auch Angelegen-  
heiten der Einsatzgruppen).

Mithin war Thiedeke von Kriegs-  
beginn bis zu seiner Versetzung am  
1. April 1942 in seiner Eigenschaft als  
Sachgebietsleiter IV A 1 c zugleich  
alleiniger und ausschließlicher Sachbear-  
beiter für alle staatspolizeilichen Ange-  
legenheiten auf dem Gebiete des Kriegsge-  
fangenenwesens, wie auch aus den Aussagen  
von Panzinger, Lindow  
und Wolferf und der übrigen  
Schreibkräfte eindeutig hervorgeht.

Panzinger Dok.O.  
Lindow IX, 145  
Wolferf IX, 118-120,  
128-139

d) Schreibkräfte in IV A 1 c

as) Ingeborg Dirschel,  
geborene Wolferf,  
geboren am 2. Februar 1906 in  
Hengelsberg,  
wohnhaft in 8459 Neukirchen bei Sulz-  
bach-Rosenberg, Waldlust Nr. 2.

Frau Dirschel, die schon vor  
dem Kriege als Polizeiangestellte  
arbeitete, war seit Kriegseinsatz in  
dem mit Kriegsgefangenenachen befaß-  
ten Referat und Sachgebiet IV A 1 c  
tätig und ständige Schreibkraft des  
Sachgebietsleiters Thiedeke.

IX, 116 ff







Nach diesem Plan brach der Angeschuldigte S e i d e n -  
Bl.11R z a h l das Verdeck gewaltsam auf, entnahm aus dem Wa-  
gen einen Werkzeugkasten, zwei Decken und einen Schlaf-  
Bl.10,23 sack. Von diesen Gegenständen hat der Angeschuldigte  
G ö t z nichts erhalten.

Die Angeschuldigten wurden am 20. März 1970 gegen  
07.30 Uhr festgenommen. Bei der Festnahme wurde bei  
Bl.6,17, dem Angeschuldigten G ö t z ein behelfsmäßiger Perso-  
33 nalausweis auf seinen Namen vorgefunden, in welchem  
das Geburtsjahr von "54" auf "51" geändert worden ist.  
Der Zeitpunkt der Änderung ist nicht bekannt.

Bl.8,10, Die Angeschuldigten sind im wesentlichen geständig.  
29 Der Angeschuldigte S e i d e n z a h l hatte sich  
zunächst darauf eingelassen, nur einen Pkw entwendet  
zu haben. Bei einer Gegenüberstellung mit dem Ange-  
schuldigten G ö t z gab er zu, auch an der Entwen-  
dung des zweiten Pkw beteiligt gewesen zu sein.

Es wird beantragt,

unter Zulassung der Anklage das Hauptverfahren  
zu eröffnen und die Hauptverhandlung vor dem  
Amtsgericht Tiergarten - Jugendschöffengericht -  
stattfinden zu lassen.

Im Auftrage

Wolf

Staatsanwältin



IX, 121 ff

IX, 116

IX, 117

Sie schrieb sämtliche geheimen - auch g.Rs - Erlasse auf diesem Gebiet, die T h i e d e k e ausgearbeitet und ihr diktiert hatte. Sie mußte die Vervielfältigungen anfertigen, beglaubigen und versandfertigtmachen. Solange nur polnische Kriegsgefangene anfielen, hielten sich diese Arbeiten in Grenzen. Nach Beginn des Rußlandfeldzuges am 21. Juni 1941 steigerte sich der Arbeitsanfall sehr stark. Sie schilderte T h i e d e k e "als ein Arbeitstier, denn er wollte befördert werden". Sie mußte die gesamte Arbeit wegen ihres hohen Geheimhaltungsgrades (g. Rs = geheime Reichssache) allein erledigen. Nur für die Sonderbehandlungsfälle der polnischen Kriegsgefangenen wurden später neben ihr auch andere Schreibkräfte eingesetzt, z. B. Frau B e c k , Fräulein W i n t e r und Frau A r n d t . Durch die Arbeitshäufung war sie Ende 1941 so überanstrengt, daß sie einen Nervenzusammenbruch erlitt und sich eine für Stenotypistinnen typische Berufskrankheit (Entzündungen der Handsehnen) zuzog. Ab 2. Januar 1942 nahm sie nach einer Krankenzeit von zwei bis drei Wochen Urlaub, war danach von Ende Januar 1942 bis zum 16. März 1942 noch im Dienst bei IV A 1 c und anschließend bis Mitte April 1942 zur Kur. Als sie den Dienst wieder aufnahm, war T h i e d e k e als Sachgebietsleiter bereits ausgeschieden und statt dessen der Beschuldigte K ö n i g s h a u s an seiner Stelle getreten. Sie arbeitete jedoch nur kurze Zeit für Letzteren, ohne Schreibmaschine zu schreiben und wurde dann dem Polizeiinspektor E c k e r l e in IV A 1 d



inspektor E c k e r l e in IV A 1 d  
 getreten. Sie arbeitete jedoch nur kurze  
 Zeit für Letzteren, ohne Schreibmaschine  
 als Sachgebietsleiter bereits ausgeschie-  
 Dienst wieder aufnahm, war T h i e d e k e  
 Mitte April 1942 zur Kur. Als sie den  
 Dienst bei IV A 1 c und anschließend bis  
 Januar 1942 bis zum 16. März 1942 noch im  
 drei Wochen Urlaub, war danach von Ende  
 sie nach einer Krankheitszeit von zwei bis  
 Handsehnern) ausog. Ab 2. Januar 1942 nahm  
 sche Berufskrankheit (Entzündungen der  
 und sich eine für Stenotypistinnen typi-  
 das sie einen Nervenzusammenbruch erlitt  
 lung war sie Ende 1941 so überanstrengt,  
 Frau A r n d t . Durch die Arbeitsäu-  
 B e c k , Fräulein W i n t e r und  
 dere Schreibkräfte eingesetzt, z. B. Frau  
 langenen wurden später neben ihr auch an-  
 handlungsfälle der polnischen Krieage-  
 allein erledigen. Nur für die Sonderbe-  
 grades (g. Ra = geheime Reichssache)  
 Arbeit wegen ihres hohen Geheimhaltungs-  
 "als ein Arbeiter, denn er wollte be-  
 sehr stark. Sie schilderte T h i e d e k e  
 1941 steigerte sich der Arbeitsanfall  
 ginn des Rußlandfeldzuges am 21. Juni  
 sich diese Arbeiten in Grenzen. Nach Be-  
 sche Kriegsgefangene anliehen, hielten  
 versandfertig machen. Solange nur polni-  
 fältigungen anfertigen, beglaubigen und  
 diktiert hatte. Sie mußte die Vervielf-  
 T h i e d e k e ausgearbeitet und ihr  
 g. Ra - Erlasse auf diesem Gebiet, die  
 Sie schrieb sämtliche geheimen - auch

IX, 121 ff

IX, 116

IX, 117







Danach gelang es dem Zeugen Jacobs, die Wohnung zu verlassen. Er hatte Rißwunden, Prellungen, ein Haematom im Gesicht, eine leichte Gehirnerschütterung und Schnittwunden am rechten Daumen erlitten. Den Daumen kann er noch nicht richtig gebrauchen. Einige Tage war der Zeuge Jacobs arbeitsunfähig krankgeschrieben.


Bl.15      Beide Angeschuldigte haben sich zur Sache nicht eingelassen. Sie werden jedoch durch die Bekundungen der angegebenen Zeugen überführt werden.

Bl.18      Das Verfahren gegen Gerhard Müller ist nach § 205 StPO vorläufig eingestellt worden.

Es wird beantragt,

das Hauptverfahren zu eröffnen und die Anklage zur Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Tiergarten -Schöffengericht- zuzulassen.

Im Auftrage

 Erster Staatsanwalt

ve/ *lq*,



XVII, 215

bis zum Kriegsende zugeteilt. Ihre Versetzung zu IV A 1 d soll auch darauf beruht haben, daß sie sich mit K ö n i g s h a u s überworfen hatte. Sie ist den Personalerkenntnisseeaufolge durch Frau A r n d t oder Fräulein W i n t e r ersetzt worden.

bb) Antonie G ü n t h e r ,  
geborene Kühnhenz,  
geboren am 29. Juni 1904 in Schleusing/Thüringen,  
1 Berlin 41 (Friedenau), Isoldestr.3.

IV, 123

Frau G ü n t h e r gehörte nach Frau D i r s c h l am längsten dem Sachgebiet IV A 1 c an. Sie arbeitete zunächst ab September 1941 für Polizeiinspektor W e g e n e r r , später ab etwa August/September 1942 bis etwa Juni 1944 für K ö n i g s h a u s und danach für H e r o l d ; für Letzteren war sie bis Kriegsende tätig. In IV A 1 c hatte sie für K ö n i g s h a u s Schreiben zu fertigen gehabt, die sogenannte Geschlechtsverkehrs- (GV-) Fälle sowjetischer Kriegsgefangener betrafen. Für H e r o l d schrieb sie ab Juni 1944 Vorgänge, die feindliche Flugblattpropaganda und das Abhören von Feindsendern betrafen.

IV, 124, 150

XII, 111, 112

Der Beschuldigte diktierte ihr u.a. Exekutionsbefehle gegen sowjetische Kriegsgefangene in GV-Fällen, wobei es sich mit Sicherheit um mehr als



XVII, 215

das zum Kriegsende zugestellt. Ihre  
Versetzung zu IV A 1 d soll auch da-  
rauf beruht haben, daß sie sich mit  
Königsbus überworfen  
hatte. Sie ist den Personalkennt-  
nissen zufolge durch Frau Arnold  
oder Fräulein Winter ersetzt  
worden.

bp) Antonie Günther,

geborene Kühnens,  
geboren am 29. Juni 1904 in Schlei-  
sing/Thüringen,  
1 Berlin 41 (Friedenau), Isoldestr. 3.

IV, 123

Frau Günther gehörte nach  
Frau Dirschl am längsten dem  
Sachgebiet IV A 1 c an. Sie arbeitete  
zunächst ab September 1941 für Poli-  
zeiaufsicht. Wegen später  
ab etwa August/September 1942 bis  
etwa Juni 1944 für Königsbus  
und danach für Herold; für  
letzteren war sie bis Kriegsende  
tätig. In IV A 1 c hatte sie für  
Königsbus Schreiben zu  
fertigen gehabt, die sogenannte Ge-  
schäftsverkehrs- (GV-) Fälle sow-  
jetischer Kriegsgefangener betrafen.  
Für Herold schrieb sie ab  
Juni 1944 Vorgänge, die feindliche  
Flugblattpropaganda und das Abhören  
von Feindsendern betrafen.

IV, 124, 120

Der Beschuldigte diktierte ihr u.a.  
Exekutionsbefehle gegen sowjetische  
Kriegsgefangene in GV-Fällen, wobei  
es sich mit Sicherheit um mehr als

XII, 111, 112











zehn Fälle gehandelt haben soll. Bei diesen Diktaten habe er ihr nie ~~Erklärungen~~ über die Gründe oder die Notwendigkeit der Exekutionen gegeben, sondern sie ihr "trocken und äußerlich gleichgültig, mechanisch wie andere Schreiben neutralen Inhalts" ins Stenogramm gegeben.

XII, 114, 150

Etwa im Juni 1944 kam sie in das Ausweichlager des RSHA "Dachs" bei Trebnitz, wo sie nur noch für H e r o l d arbeitete. Am 9. Januar 1946 wurde sie von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und nach mehrmaliger Vernehmung über ihre Tätigkeit im RSHA in das KL Sachsenhausen verbracht, wo sie bis zum 17. Januar 1950 in Haft blieb.

IV, 125

cc) Gertrud B e c k , geborene Przilas, geboren am 15. November 1918 in Ochotz, wohnhaft in Berlin 21, Bandelstr. 11.

III, 168

II, 93 ff

Frau B e c k kam im Sommer 1938 als Stenotypistin zum Gestapa, Referat Sekten IV B 2, und ab etwa Ende September 1941 zum Sachgebiet IV A 1 c, wo sie im Zimmer des Polizeiinspektors H e r o l d als dessen Schreibkraft eingesetzt wurde. Sie hatte dort Schreiben zu fertigen, die verbotenen Geschlechtsverkehr polnischer Kriegsgefangener mit deutschen Frauen betrafen. Später schrieb sie unter T h i e d e k e und K ö n i g s h a u s auch Erlasse und Einzelverfügungen gegen sowjetische und polnische Kriegsgefangene. Besonders mit K ö n i g s h a u s hatte sie auf diesem Gebiet lange zusammengearbeitet.

II, 97



zehn Fälle gehandelt haben soll. Bei diesen Diktaten habe er ihr nie Erläuterungen über die Gründe oder die Notwendigkeit der Exekutionen gegeben, sondern sie ihr "trocken und äußerlich gleichgültig, mechanisch wie andere Schreibern neutralen Inhalts" ins Stenogramm gegeben.

Etwas im Juni 1944 kam sie in das Ausweichlager des RSHA "Dachs" bei Trebnitz, wo sie nur noch für Herold arbeitete. Am 9. Januar 1946 wurde sie von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und nach mehrmaliger Vernehmung über ihre Tätigkeit im RSHA in das KL Sachsenhausen verbracht, wo sie bis zum 17. Januar 1950 in Haft blieb.

cc) Gertrud Beck, geborene Prizlas, geboren am 15. November 1918 in Ochots, wohnhaft in Berlin St. Baudelatr. 11.

Frau Beck kam im Sommer 1938 als Stenotypistin zum Gestapo, Referat 2kten IV B 2, und ab etwa Ende September 1941 zum Sachgebiet IV A 1 c, wo sie im Zimmer des Polizeiaufsehers Herold als dessen Schreibkraft eingesetzt wurde. Sie hatte dort Schreiben zu fertigen, die verbotenen Geschlechtsverkehr polnischer Kriegsgefangener mit deutschen Frauen betrafen. Später schrieb sie unter Thiele und Könißgass auch Erlasse und Einzelverfügungen gegen sowjetische und polnische Kriegsgefangene. Besonders mit Könißgass hatte sie auf diesem Gebiet lange zusammengearbeitet.

XII, 114, 150

IV, 152

III, 168  
II, 93 ff

II, 97



Bl. 8, 8R, 23. In der Wohnung des Angeschuldigten Müller fragte der Zeuge Jacobs seine Verlobte sofort nach dem Hund. Daraufhin sprang der Angeschuldigte Oberdick auf und fragte zurück: "Was wollen Sie denn hier?" Nummehr einigten sich der Zeuge Jacobs und seine Verlobte darüber, daß sie sich im Treppenhaus aussprechen wollten. Dort kam ihnen sofort der Angeschuldigte Oberdick nach und forderte sie auf, wie-der in die Wohnung zu kommen. Beide wurden in die Küche eingelassen. Sie hatten gerade die Kuchentür geschlossen, als der Angeschuldigte Hans Müller die Kuchentür aufriß und den Zeugen Jacobs nach dem Grund seines Erscheinens fragte. Als der Zeuge Jacobs diesen mitteilte, war der Angeschuldigte Hans Müller zutreten und schloß die Kuchentür wie-der. Nach wenigen Sekunden riß er die Tür erneut auf und packte den Zeugen Jacobs am Kragen, um ihn aus der Wohnung herauszuwerfen. Als Jacobs sagte, er werde freiwillig gehen, wenn er losgelassen werde, erhielt er von dem Angeschuldigten Müller einen Faustschlag auf die rechte Gesichtshälfte. Nummehr schlug der Zeuge Jacobs zurück, wurde jedoch, da er dem Angeschuldigten Hans Müller körperlich unterlegen war, von diesem in das Zimmer gedrängt. Jetzt schlug der Angeschuldigte Oberdick auf den Zeugen Jacobs ein und beschimpfte ihn mit den Worten: "Dreckschwein, Drecksau". Einen Augenblick herrschte dann Ruhe. Danach ging die Schlägerei zwischen allen drei weiter, wobei die beiden Angeschuldigten den Zeugen Jacobs gleichzeitig angriffen, und zwar der eine von hinten und der andere von vorn. Im Fluor kam es dann dazu, daß der Fluorpiegel zertrümmert wurde. Dadurch erlitt Jacobs Schnittverletzungen am Daumen der rechten Hand. Er blutete erheblich, so daß ihm Gerhard Müller helfen wollte. Das verhinderte der Angeschuldigte Oberdick dadurch, daß er Gerhard Müller festhielt.



WESENTLICHES ERGEBNIS DER ERMITTLUNGEN:

Bl.8 Der Krankenpfleger Heinz Jacobs war im Januar 1970 mit der Serviererin Karin Müller verlobt. Diese wohnte damals bei ihm in Berlin 62 (Schöneberg), Prinz-Georg-Straße 4. Am 10. Januar 1970 verließ sie nach einem Streit die Wohnung und nahm den Schäferhund des Zeugen Jacobs mit. Anschließend wohnte sie bei dem Angeschuldigten Hans Müller in Berlin 62 (Schöneberg), Wartburgstraße 4. Mit dem Angeschuldigten Hans Müller ist sie nicht verwandt.

Bl.23

Bl.8,23,  
23R

Am 14. Januar 1970 trafen sich in der Wohnung des Angeschuldigten Hans Müller folgende Personen: der Angeschuldigte Hans Müller, die Zeugin Karin Müller, ihr leiblicher Bruder Gerhard Müller, eine unbekannt gebliebene Freundin des Bruders Gerhard Müller und der Angeschuldigte Oberdick. Letzterer hatte zwei Flaschen Wodka mitgebracht, die von den Männern nahezu geleert wurden.

Während des Zusammenseins tuschelten die beiden Angeschuldigten sowie Gerhard Müller miteinander und verabredeten sich, den Zeugen Jacobs in die Wohnung zu locken, um ihn eins auszuwischen. Der Angeschuldigte Oberdick verließ die Wohnung mit dem Schäferhund und kehrte nach einer Weile ohne den Hund zurück, wobei er erklärte, dieser sei ihm weg-gelaufen. In Wahrheit hatte er lediglich den Hund fortgebracht, damit dieser seinen Herrn bei der geplanten Schlägerei nicht verteidige.

Gerhard Müller begab sich zu dem Zeugen Jacobs und erklärte ihm, er wisse, wo sich seine Verlobte und sein Hund aufhalten würden. Als der Zeuge Jacobs um die Anschrift bat, gab Gerhard Müller diese nicht bekannt, sondern bestand darauf, daß der Zeuge Jacobs mitkomme.



XII, 130

Die Zahl der von ihr auf Diktat des Beschuldigten geschriebenen Exekutionsbefehle kann sie heute nur noch schätzen, es soll sich um "viele" gehandelt haben. Bei den vom Beschuldigten K ö n i g s h a u s bearbeiteten Sachen hatte sie den Eindruck, daß alles, was er zur Sachbearbeitung vorschlug, von seinen Vorgesetzten, in erster Linie von dem Gruppenleiter P a n z i n g e r , akzeptiert wurde.

XVII, 96

XVII, 101

Als sie im November 1943 anggebombt wurde,- sie arbeitete zu diesem Zeitpunkt noch bei K ö n i g s h a u s - bewilligte ihr dieser nur ungern Dienstbefreiung, worüber sie sehr verärgert war. Anschließend hielt sie sich unbefugt bis Ende Januar 1944 in Oppeln auf. Bei ihrer Rückkehr habe ihr der Beschuldigte "in schadenfrohem Tone erklärt, daß sie wegen Arbeitsverweigerung mindestens einige Jahre in ein KL kommen werde", wie es 1941 der Zeugin L e h n i t z k geborene J u c k e l , wiederfahren war. Sie kam anschließend in das Sachgebiet IV D 5 d bzw. IV B 2 a unter G r ü n d l i n g , der als Nachfolger des K ö n i g s h a u s eingesetzt wurde, als Letzterer zur Sichtvermerkstelle IV F 5 versetzt worden war. Dort blieb sie bis zum Kriegsende, zuletzt im Ausweichlager "Dachs" bei Trebnitz.

XII, 129

Hinsichtlich der Exekutions- bzw. Sonderbehandlungsanordnungen äußerte



XII, 130

Die Zahl der von ihr auf Diktat des  
Beschuldigten geschriebenen Exekuti-  
onsbefehle kann sie heute nur noch  
schätzen, es soll sich um "viele" ge-  
handelt haben. Bei den von Beschul-  
digten K ö n i g s h a u s bearbei-  
teten Sachen hatte sie den Eindruck,  
daß alles, was er zur Sachbearbeitung  
vorschlug, von seinen Vorgesetzten,  
in erster Linie von dem Gruppenleiter  
P a n z i n g e r , akzeptiert wurde.

XVII, 96

XVII, 101

Als sie im November 1943 ausgebombt  
wurde - sie arbeitete zu diesem Zeit-  
punkt noch bei K ö n i g s h a u s -  
bewilligte ihr dieser nur ungern  
Dienstbefreiung, worüber sie sehr  
verärgert war. Anschließend hielt  
sie sich unbefugt bis Ende Januar  
1944 in Opfern auf. Bei ihrer Rück-  
kehr habe ihr der Beschuldigte "in  
schadenfreulichem Tone erklärt, daß sie  
wegen Arbeitsverweigerung mindestens  
einige Jahre in ein KL kommen werde",  
wie es 1941 der Zeugin I e h n i t z k  
geborene J u c k e l , widerfahren  
war. Sie kam anschließend in das Sach-  
gebiet IV D 5 d bzw. IV B 2 a unter  
G r ü n d l i n g , der als Nachfolger  
des K ö n i g s h a u s eingesetzt  
wurde, als Letzterer zur Sichtver-  
merkstelle IV F 5 versetzt worden  
war. Dort blieb sie bis zum Kriegs-  
ende, zuletzt im Ausweichlager "Dachs"  
bei Trebnitz.

XII, 129

Hinsichtlich der Exekutions- bzw.  
Sonderbehandlungsanordnungen äußerte







Nach diesem Plan brach der Angeschuldigte S e i d e n -  
Bl.11R z a h l das Verdeck gewaltsam auf, entnahm aus dem Wa-  
gen einen Werkzeugkasten, zwei Decken und einen Schlaf-  
Bl.10,23 sack. Von diesen Gegenständen hat der Angeschuldigte  
G ö t z nichts erhalten.

Die Angeschuldigten wurden am 20. März 1970 gegen  
07.30 Uhr festgenommen. Bei der Festnahme wurde bei  
Bl.6,17, dem Angeschuldigten G ö t z ein behelfsmäßiger Perso-  
33 nalausweis auf seinen Namen vorgefunden, in welchem  
das Geburtsjahr von "54" auf "51" geändert worden ist.  
Der Zeitpunkt der Änderung ist nicht bekannt.

Bl.8,10, Die Angeschuldigten sind im wesentlichen geständig.  
29 Der Angeschuldigte S e i d e n z a h l hatte sich  
zunächst darauf eingelassen, nur einen Pkw entwendet  
zu haben. Bei einer Gegenüberstellung mit dem Ange-  
schuldigten G ö t z gab er zu, auch an der Entwen-  
dung des zweiten Pkw beteiligt gewesen zu sein.

Es wird beantragt,

unter Zulassung der Anklage das Hauptverfahren  
zu eröffnen und die Hauptverhandlung vor dem  
Amtsgericht Tiergarten - Jugendschöffengericht -  
stattfinden zu lassen.

Im Auftrage

Wolf

Staatsanwältin



XII, 130

sie die Ansicht, daß die meisten damaligen Schreibkräfte, die wie sie sehr jung gewesen seien, diese Maßnahmen als "etwas selbstverständliches" hingenommen hätten, ohne sich über ihre Rechtmäßigkeit und Angemessenheit Gedanken gemacht zu haben. Sie fügte noch hinzu, daß die polnischen Kriegsgefangenen bei Tötungsanordnungen zu erhängen, dagegen die sowjetischen zu erschießen gewesen wären. Ferner hätte sie im RSHA "Gerüchteweise erfahren, daß Juden vergast werden". Hierzu sei ihr noch erinnerlich, daß "ihnen zur Tarnung der bevorstehenden Vergasung beispielsweise ein Handtuch in die Hand gedrückt worden ist, um ein bevorstehendes Brausebad vorzutäuschen".

dd) Inge A r n d t , geborene Boyens,  
geboren am 21. April 1907 in Torreón/  
Mexiko,  
wohnhaft in Bielefeld, Jöllenbecker Str.  
123.

V, 62 ff

Frau A r n d t arbeitete als Stenotypistin zunächst vom 1. Februar bis Ende August 1938 in einer Kartei des damaligen Geheimen Staatspolizeiamtes und nach Dienstverpflichtung ab 1. Februar 1940 im RSHA. Bis Ende 1941 gehörte sie zum Referat "Ausländerpolizei" II B 4x (ab 26. Januar 1943 Sichtvermerkstelle-IV C 5 ~~baw~~ ~~an~~ ~~IV~~ ~~F~~ 5-genannt). Dort unterstand sie dem Referatsleiter J a r o s c h und war dem Sachbearbeiter B u r g h a r d t zugeteilt.



als die Ansicht, daß die meisten damals-  
gen Schreibkräfte, die wie sie sehr jung  
gewesen seien, diese Maßnahmen als "etwas  
selbstverständliches" hingenommen hätten,  
ohne sich über ihre Rechtmäßigkeit und  
Angemessenheit Gedanken gemacht zu haben.  
Sie fügte noch hinzu, daß die polnischen  
Kriegsgefangenen bei Tötungsanordnungen  
zu erhängen, dagegen die sowjetischen zu  
erschießen gewesen wären. Ferner hätte  
sie im RSHA "gerüchteweise erfahren, daß  
Juden vergast werden". Hierzu sei ihr  
noch Erinnerung, daß "ihnen zur Tarnung  
der bevorstehenden Vergasung beispiels-  
weise ein Handtuch in die Hand gedrückt  
worden ist, um ein bevorstehendes Brause-  
bad vorzutäuschen".

XII, 130

dd) Inge A r n d t , geborene Boyens,  
geboren am 21. April 1907 in Torreon/  
Mexiko,  
wohnhaft in Bielefeld, Jöllenbecker Str.  
123.

Frau A r n d t arbeitete als Steno-  
typistin zunächst vom 1. Februar bis Ende  
August 1938 in einer Kartei des damaligen  
Geheimen Staatspolizeiamtes und nach  
Dienstverpflichtung ab 1. Februar 1940 im  
RSHA. Bis Ende 1941 gehörte sie zum Refe-  
rat "Ausländerpolizei" II B 4 (ab  
26. Januar 1943 Sichtvermerkstelle-IV C 3  
baw. IV. F. 5-genannt). Dort unterstand sie  
dem Referatsleiter J a r o s c h und  
war dem Sachbearbeiter B u r g h a r d t  
zugeteilt.

V, 62 ff



9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisnahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten

- Abteilung

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre festzusetzen.

XII, 130

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Hauptverhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht stattfinden zu lassen.

dd) Inge A r n d t , geborene Boyens,  
geboren am 21. April 1907 in Torreón/  
Berlin 21, den Mexiko,  
wohnhaft in Bielefeld, Jöllenbocker Str.  
Der Generalstaatsanwalt 123.  
bei dem Landgericht Berlin

V. 62 ff

Frau A r n d t arbeitete als Stenotypistin zunächst vom 1. Februar bis Ende August 1938 in einer Kartei des damaligen Geheimen Staatspolizeiamtes und nach Dienstverpflichtung ab 1. Februar 1940 im RSHA. Bis Ende 1941 gehörte sie zum Referat "Ausländerpolizei" II B 4 (ab 26. Januar 1943 Sichtvermerkstelle-IV C 1 bzw. IV F 5-genannt). Dort unterstand sie dem Referatsleiter J a r o s c h und war dem Sachbearbeiter B u r g h a r d t zugeteilt.

11) Frist:



V, 73, 78  
XVII, 214

V, 67

Nach halbjähriger Krankheit wurde sie etwa im Mai 1942 zum Sachgebiet des Beschuldigten - IV A 1 c - versetzt, dem sie neben Frau B e c k , Frau G ü n t h e r und Frau M i c h l e r bis gegen Ende des Jahres 1942 ständig als Schreibkraft zur Verfügung stand. Hierzu gab sie an: Frau B e c k habe für den Beschuldigten K ö n i g s h a u s auf dem Gebiet der polnischen Kriegsgefangenen die "großen Sachen", sie dagegen nur die kleineren geschrieben, weil sie infolge der Sorge um ihren dreißährigen Sohn viel gefehlt habe. Da sie von K ö n i g s h a u s ständig zur Eile angetrieben worden sei, habe sie den Referatsleiter L i n d o w um Versetzung gebeten. Sie kam daraufhin von Anfang 1943 bis Ende 1944 in das Sachgebiet IV A 1 a, mit dem sie im Sommer 1944 nach Wulkow in ein Ausweichlager verlegt wurde. Nach Kriegsende befand sie sich zwei Monate in sowjetischer Haft.

ee) Elfriede M i c h l e r ,  
geborene H i n t z e ,  
geboren am 14. Januar 1899 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 20, Chamissostr.44.

IX, 1 ff  
XII, 93 ff

Nach Frau D i r s c h l's Krankheit fehlte in IV A 1 c eine umfassend eingearbeitete, mit der Entwicklung des Kriegsgefangenenwesens vertraute und zuverlässige Schreibkraft, die in der Lage gewesen wäre, Erlasse und Einzelanordnungen jeder Geheimhaltungs-



V, 73, 78  
XVII, 214

V, 67

Nach halbjähriger Krankheit wurde sie etwa im Mai 1942 zum Sachgebiet des Beschuldigten - IV A 1 c - versetzt, dem sie neben Frau B e c k , Frau G ü n t h e r und Frau M i c h l e r bis gegen Ende des Jahres 1942 ständig als Schreibkraft zur Verfügung stand. Hierzu gab sie an: Frau B e c k habe für den Beschuldigten K ö n i g s h a u s auf dem Gebiet der polnischen Kriegsgefangenen die "großen Sachen", sie dagegen nur die kleineren geschrieben, weil sie infolge der Sorge um ihren dreijährigen Sohn viel gefehlt habe. Da sie von K ö n i g s h a u s ständig zur Eile angetrieben worden sei, habe sie den Referatsleiter L i n d o w um Versetzung gebeten. Sie kam daraufhin von Anfang 1943 bis Ende 1944 in das Sachgebiet IV A 1 a, mit dem sie im Sommer 1944 nach Wulkow in ein Ausweichlager verlegt wurde. Nach Kriegsende befand sie sich zwei Monate in sowjetischer Haft.

(ee) Elfriede M i c h l e r ,  
geborene H i n t z e ,  
geboren am 14. Januar 1899 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 20, Chammissostr. 44.

IX, 1 ff  
XII, 93 ff

Nach Frau D i r s c h l ' s Krankheit fehlte in IV A 1 c eine umfassende gearbeitete, mit der Entwicklung des Kriegsgefangenenwesens vertraute und zuverlässige Schreibkraft, die in der Lage gewesen wäre, Erlasse und Einzelanordnungen jeder Geheimhaltungs-







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisanahme.

10) U. n. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



IX, 5

Dok. 0. II, 1661

IX, 11

stufe und jeden Umfangs in einer für ministerielle Arbeiten erforderlichen Präzision zu fertigen. Der Beschuldigte forderte deshalb beim Referatsleiter

L i n d o w einen Ersatz für Frau D i r s c h l an, mit der er sich überworfen hatte. Er bekam etwa im Mai - Juni 1942 Frau M i c h l e r zugeteilt. Das erste von ihr beglaubigte Dokument trägt das Datum 6. Juli 1942 - IV A 1 c - B.Nr. 3655.42 -.

Sie arbeitete sich selbständig als bereits perfekteausgebildete Stenotypistin ein. Hierzu standen ihr die üblicherweise benutzten Verteiler, Muster für Erlasse und sonstige Unterlagen zur Verfügung, die ihr der Beschuldigte zur Einarbeitung ausgehändigt hatte.

Sie war zusammen mit den übrigen Schreibdamen, B e c k , G ü n t h e r und A r n d t sowie einem Fräulein Charlotte M ü l l e r (nicht ermittelt) in einem großen Schreibzimmer in der dritten Etage des hinteren Quergebäudes der Prinz-Albrecht-Str. 8 zur Parkseite des gleichnamigen Palais untergebracht. Als Durchgangszimmer angeordnet, befand sich rechts davon das kleine Arbeitszimmer des Beschuldigten, auf der linken Seite ein kleiner Raum, in dem der Polizeiinspektor E c k e r l e (IV A 1 d) tätig war. In einem weiteren Zimmer saß Polizeiinspektor H e r r o l d , der für IV A 1 c und den Beschuldigten K ö n i g s h a u s außer auf dem Gebiet des Abhörens von Feindsendern Vorarbeiten verrichtete.

Beistück 6



stute und jeden Umfangs in einer für mi-  
nisterielle Arbeiten erforderlichen Prä-  
station zu fertigen. Der Beschuldigte for-  
derete deshalb beim Referatsleiter  
L i n d o w einen Ersatz für Frau  
D i r s c h l a n, mit der er sich über-  
worfen hatte. Er bekam etwas im Mai - Juni  
1942 Frau M i c h e l e r zugestellt. Das  
erste von ihr beglaubigte Dokument trägt  
das Datum d. Juli 1942 - IV A 1 c -  
B.Nr. 3652.42 -.

IX, 2

Dok.O. II, 161

Sie arbeitete sich selbständig als bereits  
perfektausgebildete Stenotypistin ein.  
Hierzu standen ihr die üblicherweise be-  
nutzten Verteiler, Muster für Erlasse und  
sonstige Unterlagen zur Verfügung, die ihr  
der Beschuldigte zur Einarbeitung ausge-  
händigt hatte.

IX, 11

Sie war zusammen mit den übrigen Schreib-  
damen, B e c k, G ü n t h e r und  
A r n d t sowie einem Fräulein Charlotte  
M ü l l e r (nicht ermittelt) in einem  
großen Schreibzimmer in der dritten Etage  
des hinteren Quergebäudes der Prinz-  
Albrecht-Str. 8 zur Parkseite des gleich-  
namigen Palais untergebracht. Als Durch-  
gangszimmer angeordnet, befand sich rechts  
davon das kleine Arbeitszimmer des Be-  
schuldigten, auf der linken Seite ein  
kleiner Raum, in dem der Polizeinspektor  
E c k e r l e (IV A 1 d) tätig war. In  
einem weiteren Zimmer saß Polizeinspektor  
H e r o l d, der für IV A 1 c und den Be-  
schuldigten K ö n i g s h a u s außer  
auf dem Gebiet des Abhörens von Feindsen-  
dern Vorarbeiten verrichtete.

Beitrag 6







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisnahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung -

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



IX, 8

IX, 12

Frau M i c h l e r ist für die Zeit ihrer Tätigkeit in IV A 1 c von Mai-Juni 1942 bis Sommer 1943 als erste Schreibkraft des Beschuldigten anzusehen. Sie war hauptsächlich für die Anfertigung von Erlassen und Tötungsbefehlen gegen sowjetische Kriegsgefangene tätig. Schreiben dieser Art gegen polnische Kriegsgefangene wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen hatte dagegen vorwiegend Frau B e c k zu erledigen, während die übrigen Schreibkräfte G ü n t h e r und A r n d t sowie Charlotte M ü l l e r und W i n t e r auf beiden Gebieten zusätzliche Arbeiten verrichteten.

XII, 107

Nach ihrer Schweigeverpflichtung gab ihr der Beschuldigte zu verstehen, daß er ihr in seinem Sachgebiet manches zu diktieren habe, was sie schockieren werde, aber nicht zu umgehen sei. Wenn sie auf Diktat des Beschuldigten Exekutionsanordnungen oder KL-Überstellungen zu schreiben gehabt hätte, habe sie, wie sie bemerkte, ihm jeweils angesehen, daß er selbst von der Schwere der Entscheidung innerlich beeindruckt gewesen wäre und ihm die Folgen dieser Entscheidung stark berührt hätten. Sie habe ihn als einen sensiblen Menschen, nicht als einen typischen Vertreter der SS kennengelernt, der Exekutionsanordnungen als gewöhnliche Vorgänge hingenommen, sondern sie



IX, 8

IX, 12

XII, 107

Frau Michler ist für die Zeit ihrer Tätigkeit in IV A 1 c von Mai-Juni 1942 bis Sommer 1943 als erste Schreibkraft des Beschuldigten anzusehen. Sie war hauptsächlich für die Anfertigung von Erlässen und Tö- tungsbefehlen gegen sowjetische Kriegsgefangene tätig. Schreiben dieser Art gegen polnische Kriegsge- fangene wegen verbotenen Geschichts- verkehrs mit deutschen Frauen hatte dagegen vorwiegend Frau Beck zu erledigen, während die übrigen Schreibkräfte Günther und Arnoldt sowie Charlotte Müller und Winteler auf beiden Gebieten zusätzliche Arbeiten verrichteten.

Nach ihrer Schweigeverpflichtung gab ihr der Beschuldigte zu verstehen, daß er ihr in seinem Sachgebiet man- ches zu diktieren habe, was sie schockieren werde, aber nicht zu um- gehen sei. Wenn sie auf Diktat des Beschuldigten Exekutionsanordnungen oder KI-Überstellungen zu schreiben gehabt hätte, habe sie, wie sie be- merkte, ihm jeweils angesehen, daß er selbst von der Schwere der Ent- scheidung innerlich beeindruckt ge- wesen wäre und ihn die Folgen dieser Entscheidung stark berührt hätten. Sie habe ihn als einen sensiblen Men- schen, nicht als einen typischen Ver- treter der SS kennengelernt, der Exe- kutionsanordnungen als gewöhnliche Vorgänge hingenommen, sondern sie







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisnahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung -

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



<sup>auch</sup>  
~~jeweils~~ in ihrer schwerwiegenden Bedeutung jeweils mitempfundene habe. Soweit es sich bei den schwerwiegenden Entscheidungen um KL-Überstellungen gehandelt habe, habe ihr der Beschuldigte noch erläutert, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen zu sehr schweren Arbeiten in Steinbrüchen der KL verwendet werden würden.

XII, 141

Frau M i c h l e r blieb erste Schreibkraft des Beschuldigten bis Sommer 1943. Die Verlegung der Dienststelle von IV A 1 c zur Gruppe der Ostreferate bei IV D mit der Sachgebietsbezeichnung IV D 5 d , die ohne räumliche Änderung im Juni 1943 vollzogen wurde, hat sie nicht mehr mitgemacht. Zu dieser Zeit war sie bereits in das Referat IV A 2 (Sabotageabwehr) unter Kriminalrat K o p k o w versetzt worden.

ff) Für die Übergangszeit von Anfang Januar 1942 (Beginn der Erkrankung von Frau D i r s c h l , geborene W o l f e r t ) bis zur Arbeitsaufnahme von Frau M i c h l e r im Mai/Juni 1942 soll eine weitere Schreibkraft die Stellung der beiden genannten Damen in IV A 1 c eingenommen haben. Hierbei könnte es sich um Friedel W i n t e r handeln, die als Fräulein

Carolina W a s h i n g t o n ,  
geboren am 4. Juni 1904 in Leipzig,  
wohnhaft in Canon City/Colorado/  
81 212, 711 College Ave., USA,  
amerikanische Staatsangehörige,

ermittelt werden konnte. Die vorliegenden



würden.  
Steinbrücken der KL verwendet werden  
langenen zu sehr schweren Arbeiten in  
läutert, daß die sowjetischen Krieger-  
habe, habe ihr der Beschuldigte noch er-  
dungen um KL-Überstellungen gehandelt  
es sich bei den schwerwiegenden Entschei-  
tung jeweils mitempfinden habe. Soweit  
auch in ihrer schwerwiegenden Beden-

XII, 141

K o p k o w versetzt worden.  
(Sabotageabwehr) unter Kriminalrat  
war sie bereits in das Referat IV A 2  
nicht mehr mitgemacht. Zu dieser Zeit  
im Juni 1943 vollzogen wurde, hat sie  
IV D 5 d, die ohne räumliche Änderung  
IV D mit der Sachgebietsebene  
IV A 1 c zur Gruppe der Ostarbeiter bei  
Die Verlegung der Dienststelle von  
Kraft des Beschuldigten im Sommer 1943.  
Frau M i c h e l blieb erste Schreib-

Fräulein  
Friedel W i n t e r handeln, die als  
nommen haben. Hierbei könnte es sich um  
beiden genannten Damen in IV A 1 c einge-  
weitere Schreibkraft die Stellung der  
M i c h e l im Mai/Juni 1942 soll eine  
die zur Arbeitsaufnahme von Frau  
D i r a c h l, geborene W o l f e r t )  
1942 (Beginn der Erkrankung von Frau  
für die Übergangszeit von Anfang Januar

ermittelt werden konnte. Die vorliegenden  
amerikanische Staatsangehörige,  
81 212, 711 College Ave., USA,  
wohnhaft in Canon City\Colorado\  
geboren am 4. Juni 1904 in Leipzig,  
Carolina W a s h i n g t o n ,







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisnahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung -

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



und von ihr beglaubigten 15 Dokumente aus der Zeit vom 29. Dezember 1941 bis 14. September 1942, die polnische und sowjetische Kriegsgefangene in Erlassen und Einzelentscheidungen betreffen, geben hierfür sichere Anhaltspunkte. Fräulein W a s h i n g t o n wird auf bereits eingeleitetes Rechtshilfeersuchen ~~konsularisch~~ konsularisch ver-  
nommen und ihre Vernehmung nachge-  
reicht werden.

gg) Ferner soll in IV A 1 c eine Charlotte M ü l l e r Schreibkraft gewesen sein, wie auch zwei Dokumente vom 15. Juli 1942 ausweisen. Da ihre Personalien bisher nicht einwandfrei geklärt werden konnten, sind die Ermittlungen insoweit noch nicht abgeschlossen.

hh) Registratur

Die Registraturarbeiten wurden von den Schreibkräften in IV A 1 c miterledigt, in deren Schreibzimmer die Akten auch abgelegt wurden. Im Zimmer des Sachgebietsleiters befanden sich zur Zeit des T h i e d e k e in einem Panzerschrank die geheimen Reichssachen, soweit es sich um Er-  
lasse handelte. Während der Amtszeit des Beschädigten K ö n i g s h a u s sollen sich diese Geheimsachen im Arbeitszimmer des Gruppenleiters IV A, P a n z i n g e r , befunden haben. Der für IV A 1 zuständige Re-  
gistrator, Ministerialregistrator



und von ihr beglaubigten 15 Dokumente aus der Zeit vom 29. Dezember 1941 bis 14. September 1942, die polnische und sowjetische Kriegsgefangene in Erlassen und Einzelentscheidungen betreffen, geben hierfür sichere Anhaltspunkte. Früherhin war es nicht möglich, auf bereits eingeleitetes Rechtshilfeersuchen konsularisch vorzugehen und ihre Vernehmung nachgeprüft werden.

gg) Ferner soll in IV A 1 c eine Charlotte Müller Schriftkraft gewesen sein, wie auch zwei Dokumente vom 15. Juli 1942 ausweisen. Da ihre Personalien bisher nicht einwandfrei geklärt werden konnten, sind die Ermittlungen insoweit noch nicht abgeschlossen.

#### hh) Registratur

Die Registraturarbeiten wurden von den Schreibkräften in IV A 1 c mitgeführt, in deren Schreibzimmer die Akten auch abgelegt wurden. Im Zimmer des Sachgebietsleiters befanden sich zur Zeit des Thiebes in einem Panzerschrank die geheimen Reichssachen, soweit es sich um Erlasse handelte. Während der Amtszeit des Beschuldigten Könißgassner sollen sich diese Geheimsachen im Arbeitszimmer des Gruppenleiters IV A, Pansin, befinden haben. Der für IV A 1 zuständige Registrar, Ministerialregistrator







9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnissnahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung -

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Entwurf  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



II, 21

Waldemar W u t h e (verstorben),  
hatte zwar den allgemeinen Aktenumlauf  
für IV A 1 c mitzuverwalten, nicht jedoch  
die gerade dort sehr zahlreichen Geheim-  
sachen. Dieselbe Situation bestand im  
Nachfolgesachgebiet IV D 5 d/IV B 2 a,  
für das der

Pers.H. Ps 46

Polizeisekretär Gustav S i m o n ,  
geboren am 15. November 1900 in  
Elsterberg,  
wohnhaft in Sulzbach/Rosenberg,  
Uhlandstr. 25,

tätig war. Diese Tatsache macht es ver-  
ständlich, daß beide über die sachliche  
Arbeit in IV A 1 c/IV D 5 d/IV B 2 a hin-  
sichtlich der Sonderbehandlungen und son-  
stigen Exekutionsanordnungen keine genau-  
en Angaben machen konnten.

XXII, 58 ff

Nach Versetzung des Beschuldigten zum  
Referat IV F 5 (Sichtvermerkstelle),  
deren Zeitpunkt - vermutlich Juni 1944 -  
noch abschließend zu prüfen ist, übernahm  
wahrscheinlich

Pers.H. Pg 59

Polizeioberinspektor und SS-~~H~~ber-  
sturmführer Georg G r ü n d l i n g ,  
verstorben am 4. August 1963,

das Sachgebiet Kriegsgefangenenwesen, das  
bis zum April 1944 die Bezeichnung  
IV D 5 d, danach infolge Umorganisierung  
des gesamten RS~~HA~~ laut Geschäftsvertei-  
lungsplan von April 1944 die Bezeichnung  
IV B 2 a führte.



II, 21

Waldemar W u t h e (verstorben),  
hatte zwar den allgemeinen Aktenumlauf  
für IV A 1 c mitzuverwalten, nicht jedoch  
die gerade dort sehr zahlreichen Geheim-  
sachen. Dasselbe Situation bestand im  
Nachfolgesachgebiet IV D 5 d/IV B 2 a,  
für das der

Pers.H. Pa 46

Polizeisekretär Gustav S i m o n ,  
geboren am 15. November 1900 in  
Elsterberg,  
wohnhaft in Sulzbach/Rosenberg,  
Uhlendstr. 25,

tätig war. Diese Tatsache macht es ver-  
ständlich, daß beide über die sachliche  
Arbeit in IV A 1 c/IV D 5 d/IV B 2 a hin-  
sichtlich der Sonderbehandlungen und son-  
stigen Exekutionsanordnungen keine genau-  
en Angaben machen konnten.

XXII, 28 ff

Nach Versetzung des Beschuldigten zum  
Referat IV F 5 (Stichtvermerkstelle),  
deren Zeitpunkt - vermutlich Juni 1944 -  
noch abschließend zu prüfen ist, übernahm  
wahrscheinlich

Pers.H. Pa 59

Polizeioberinspektor und SS-Über-  
sturmführer Georg G r ü n d l i n g ,  
verstorben am 4. August 1963,

das Sachgebiet Kriegesgefangenenwesen, das  
bis zum April 1944 die Bezeichnung  
IV D 5 d, danach infolge Umorganisation  
des gesamten RSHA laut Geschäftsverteil-  
lungsplan von April 1944 die Bezeichnung  
IV B 2 a führte.



Obergeordneten.

II) eines Antrages auf Erlass eines Strafbefehls gegen den  
Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen die Abschrift  
Als Anlage überende ich unter Bezugnahme auf Nr. 28 der  
Anlage: 1 Schrittstück  
Strafsachen vom 15. Januar 1958  
Bezug: Nr. 28 der Anordnung über Mitteilungen in  
IV B 2 a,  
für das der

wegen.....  
Pers. H. Pg. 46.....  
Betrifft: Strafverfahren gegen.....  
geboren am 15. November 1900 in  
Elsterberg,  
wohnhaft in Sulzbach/Rosenberg,  
Ulrichstr. 25.

tätig war. Diese Tatsache macht es ver-  
ständlich, daß beide über die sachliche  
Arbeit in IV A 1 c/IV B 5 d/IV B 2 a hin-  
- jeweiligen - Strafbefehlentwurfs -  
8) Zu schreiben - unter Beteiligung einer Abschrift des  
en Angaben machen konnten.  
7) Zettel "Mittelungspflicht" anbringen.

10) (0) (0)  
bzw. erfordern (Hilfsstelle).  
6) Strafrechtsauszug in Hülle zu den Akten nehmen  
noch abschließend zu prüfen ist. Übernahme  
Handakten.  
5) Urschritt und je 1 Abschrift de Strafbefehl zu den

Pers. H. Pg. 59  
14) der 1. Übersuchung von Ziffer 3) fertigen.  
4. August 1953,  
3) Strafbefehl in Heinschritt fertigen.  
das Sachgebiet Kriegsgefangenen, das  
bis zum April 1944 die Bezeichnung  
2) Handakten anlegen.  
IV B 5 d. danach infolge Umorganisation  
des gesamten BSHA laut Geschäftsverteil-  
lungsplan von April 1944 die Bezeichnung  
1) Die Ermittlungen sind abgeschlossen.  
IV B 2 a führte.



9) Herrn AL. I zur gefälligen Kenntnisnahme.

10) U. m. A.

dem Amtsgericht Tiergarten  
- Abteilung -

mit dem Antrage, Strafbefehl nach anliegende Antwort  
zu erlassen. Die Bewährungsfrist bitte ich auf 3 Jahre  
festzusetzen.

Für den Fall des Einspruchs oder der Anordnung der Haupt-  
verhandlung beantrage ich,

die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht  
stattfinden zu lassen.

Berlin 21, den

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht Berlin

Im Auftrage

11) Frist:



#### IV. Grundlagen der Einzeltötungen polnischer Kriegs- gefangener

Bevor auf die Tätigkeit des Beschuldigten  
K ö n i g s h a u s in IV A 1 c - später  
IV D 5 d und IV B 2 a - eingegangen werden kann,  
müssen die historischen Grundlagen und die poli-  
tische Entwicklung auf beiden Teilgebieten - Einzel-  
tötungen polnischer und Massentötungen sowjetischer  
Kriegsgefangener - dargelegt werden.

##### 1. Allgemeine Grundlagen

###### a) Polenpolitik

Beistück XXVII

Die deutsche Polenpolitik geriet im Gegensatz  
zu dem bis dahin bestehenden deutsch-polni-  
schen Einvernehmen auf der Basis des Nicht-  
angriffspaktes vom 24. Januar 1934 vom Früh-  
jahr 1939 ab in zunehmendem Maße in den Sog  
hitlerischer Macht- und Expansionspolitik.  
Nach der Niederwerfung der Tschechoslowakei  
am 15. März 1939 wandte sich H i t l e r  
Polen zu, um das durch den Korridor bestehen-  
de deutsch-polnische Grenzproblem zu regeln.  
Es sollte jedoch nur als Vorwand für die  
wahre Absicht H i t l e r s dienen, dem  
deutschen Volk durch eine Beseitigung des  
polnischen Staates neuen "Lebensraum" zu ver-  
schaffen. Dabei war jedoch nicht nur an eine  
politische Beseitigung des polnischen Staates  
gedacht, sondern das polnische Volk selbst  
sollte zu existieren aufhören. In dem von  
H i t l e r den Oberbefehlshabern der Wehr-  
macht am 14. und 22. August 1939 für den  
Polenfeldzug erteilten Weisungen hieß es, daß  
nicht nur eine Ausschaltung der polnischen

Beistück XXVII S. 5



IV. Grundlagen der Einzelstörungen polnischer Kriege-  
gefangener

Bevor auf die Tätigkeit des Beschuldigten  
König a in IV A 1 c - später  
IV D 2 d und IV B 2 a - eingegangen werden kann,  
müssen die historischen Grundlagen und die poli-  
tische Entwicklung auf beiden Teilgebieten - Einzel-  
störungen polnischer und Massenstörungen sowjetischer  
Kriegsgefangener - dargelegt werden.

1. Allgemeine Grundlagen

a) Polenpolitik

Beitrag XXVII

Die deutsche Polenpolitik geriet im Gegensatz  
zu dem bis dahin bestehenden deutsch-polni-  
schen Einvernehmen auf der Basis des Nicht-  
angriffspaktes vom 24. Januar 1934 vom Früh-  
jahr 1939 ab in zunehmendem Maße in den sog.  
hitlerischer Macht- und Expansionspolitik.  
Nach der Niederwerfung der Tschechoslowakei  
am 15. März 1939 wandte sich H i t l e r  
Polen zu, um das durch den Korridor bestehende  
de deutsch-polnische Grenzproblem zu regeln.  
Es sollte jedoch nur als Vorwand für die  
wahre Absicht H i t l e r s dienen, dem  
deutschen Volk durch eine Beseitigung des  
polnischen Staates neuen "Lebensraum" zu ver-  
schaffen. Dabei war jedoch nicht nur an eine  
politische Beseitigung des polnischen Staates  
gedacht, sondern das polnische Volk selbst  
sollte zu existieren aufhören. In dem von  
H i t l e r den Oberbefehlshabern der Wehr-  
macht am 14. und 22. August 1939 für den  
Polenfeldzug erteilten Weisungen hieß es, daß  
nicht nur eine Ausschaltung der polnischen

Beitrag XXVII 2. 5



IV der Angeschuldigte sich los und schlug mit den Fäusten wild um sich. Beim erneuten Ergreifen des Angeschuldigten entstand ein Handgemenge, wobei der Angeschuldigte dem POM V o g e l die Dienstmütze vom Kopf schlug und mit den Beamten V o g e l und W e i ß zu Fall kam. Durch kam, den herbeigeeilten PM G u n k e l gelang es, den Angeschuldigten aufzurichten und gegen dessen Widerstand auf den Streifenwagen zu bringen. Beim Besteigen des Streifenwagens versuchte er erneut, sich loszureißen. POM V o g e l erlitt bei der Auseinandersetzung eine Verletzung am rechten Ringfinger. Nach der Zuführung zum Revier 192 verweigerte der Angeschuldigte dem wachhabenden PHM Z ü h l k e die Herausgabe seines Personalausweises. Als der Polizeibeamte Z ü h l k e den Personalausweis aus einer mitgeführten Einkaufstasche des Angeschuldigten nahm, wurde er von diesem durch Stoßen mit den Fäusten angegriffen. Als andere Beamte, PHM W e i ß, POM S t e i n b a c h und POM C h a r t o n, ihn festhielten, schlug der Angeschuldigte nach ihnen und versuchte, den PHM W e i ß ins Handgelenk zu beißen. Bei diesem Angriff erlitt PHM Z ü h l k e Hautabschürfungen am rechten Handgelenkknöchel. Der Aufforderung, in eine Zelle zu folgen, kam der Angeschuldigte nicht nach und widersetzte sich dem Wegführen am Arm mit aller Kraft und durch Umsichschlagen, so daß er gewaltsam in eine Zelle getragen werden mußte. Der Zuführung zur Polizeiklinik Spandau zwecks Blutentnahme widersetzte er sich, indem er mit aller Kraft um sich schlug, so daß er mit Handschellen gefesselt werden mußte.

- Vergehen, strafbar nach §§ 113, 223, 232, 73 StGB -. Die erforderlichen Strafanträge sind gestellt.



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht  
61 Js 41/70

Berlin 21, den 18. Juni 1970  
Turmstraße 91  
Fernruf: 35 01 11 App. 362

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
-Schöffengericht-

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13     Der Bernd Werner S a e g e r ;  
geboren am 18. August 1943 in Parchim/Mecklenburg,  
wohnhaft in Berlin 62 (Schöneberg), Bautzener Str. 18,  
Deutscher, ledig,  
- Strafreigsterauszug ist beigelegt -,

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
am 10. Oktober 1969

Beamten, welche zur Vollstreckung von Gesetzen,  
von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbe-  
hörden berufen sind, während der rechtmäßigen  
Ausübung ihres Amtes tätlich angegriffen und  
gleichzeitig vorsätzlich andere körperlich miß-  
handelt oder an der Gesundheit beschädigt zu  
haben.

Anlässlich eines Einschreitens wegen Trunkenheit  
im Straßenverkehr wurde der Angeschuldigte von  
den Polizeibeamten V o g e l und W e i ß auf-  
gefordert, den Streifenwagen zwecks Zuführung  
zum Revier 192 zu besteigen. Dieser Aufforderung  
kam der Angeschuldigte nicht nach. Daraufhin  
wurde er von den Polizeibeamten V o g e l und  
W e i ß am Arm gefaßt und zum Streifenwagen  
geführt. Kurz vor Besteigen des Fahrzeuges riß



Staats- und Militärmacht, sondern "die Beseitigung der lebendigen Kraft des polnischen Volkes" beabsichtigt war. In militärischen Vorbesprechungen sprach H i t l e r von einem "harten und rücksichtslosen" Volkstums-kampf, in dem sich auch die Wehrmacht "gegen alle Erwägungen des Mitleids hart machen" müsse.

Im Gegensatz zu den Vernichtungsmaßnahmen gegen große Teile der sowjetischen Kriegsgefangenen, denen lange vor Beginn des Rußlandfeldzuges minutiöse Vorbereitungen vorausgingen, wie auch der physischen Vernichtung der Juden durch die sogenannte "Endlösung", die durch eine langjährige antisemitische Propaganda vorbereitet worden war, schickten die NS-Machthaber ihren politischen Vernichtungszielen gegen das polnische Volk keine ns-ideologisch verbränten Propagandakampagnen voraus. Gleichwohl zog die NS-Führung zur Begründung ihrer Vernichtungsziele gegenüber Polen dieselben rassistisch-ideologischen NS-Anschauungen vom slawischen Untermenschentum heran, die sich aus den ab September 1939 ergangenen Erlassen deutlich ablesen lassen. Sie strebten systematisch die Beseitigung der lebendigen Kraft des polnischen Volkes an. Als tragender ideologischer Gesichtspunkt diente der rassentheoretische Begriff des "deutschen Herrtums" gegenüber der "minderwertigen slawischen Abstammung" der Polen. Nur die "nordisch wertvollen völkischen Bestandteile" der polnischen Nation sollten erhalten und germanisiert werden. Die arbeitende Bevölkerung der unteren Schichten sollte dagegen vernichtet werden.



Staats- und Militärmacht, sondern "die Beseitigung der lebendigen Kraft des polnischen Volkes" beabsichtigt war. In militärischen Vorbesprechungen sprach Hitler von einem "harten und rücksichtslosen" Volkstumskampf, in dem sich auch die Wehrmacht "gegen alle Erwägungen des Mittels hart machen" müsse.

Im Gegensatz zu den Vernichtungsmaßnahmen gegen große Teile der sowjetischen Kriegesgefangenen, denen lange vor Beginn des Russlandfeldzuges minutiöse Vorbereitungen vorausgingen, wie auch der physischen Vernichtung der Juden durch die sogenannte "Endlösung", die durch eine langjährige antisemitische Propaganda vorbereitet worden war, schickten die NS-Machthaber ihren politischen Vernichtungszielen gegen das polnische Volk keine nachsideologisch verbrämten Propagandakampagnen voraus. Gleichwohl zog die NS-Führung zur Begründung ihrer Vernichtungsziele gegenüber Polen dieselben rassistisch-ideologischen NS-Anschauungen vom alawischen Untermenschentum heran, die sich aus den ab September 1939 ergangenen Erlassen deutlich ablesen lassen. Sie strebten systematisch die Beseitigung der lebendigen Kraft des polnischen Volkes an. Als tragender ideologischer Gesichtspunkt diente der rassen-theoretische Begriff des "deutschen Herrtums" gegenüber der "minderwertigen alawischen Abartung" der Polen. Nur die "nordisch wertvollen völkischen Bestandteile" der polnischen Nation sollten erhalten und germanisiert werden. Die arbeitende Bevölkerung der unteren Schichten sollte dagegen nach Beseitigung der Führungs- und Mittel-



der Angeschuldigte sich los und schlug mit den Be-  
 Fäusten wild um sich. Beim erneuten Ergreifen  
 des Angeschuldigten entstand ein Handgemenge, chen  
 wobei der Angeschuldigte dem POM V o g e l von  
 die Dienstmütze vom Kopf schlug und mit den Beamten  
 V o g e l und W e i ß zu Fall kam. Durch "gegen  
 den herbeigeeilten PM G u n k e l gelang es,  
 den Angeschuldigten aufzurichten und gegen  
 dessen Widerstand auf den Streifenwagen zu  
 bringen. Beim Besteigen des Streifenwagens ver-  
 suchte er erneut, sich loszureißen. POM  
 V o g e l erlitt bei der Auseinandersetzung Ausland-  
 eine Verletzung am rechten Ringfinger. Nach  
 der Zuführung zum Revier 192 verweigerte der  
 Angeschuldigte dem wachhabenden PHM Z ü h l k e  
 die Herausgabe seines Personalausweises. Als Propa-  
 der Polizeibeamte Z ü h l k e den Personalaus-  
 weis aus einer mitgeführten Einkaufstasche des  
 Angeschuldigten nahm, wurde er von diesem durch  
 Stoßen mit den Fäusten angegriffen. Als andere  
 Beamte, PHM W e i ß, POM S t e i n b a c h Begrün-  
 und POM C h a r t o n, ihn festhielten, schlug  
 der Angeschuldigte nach ihnen und versuchte, nachau-  
 den PHM W e i ß ins Handgelenk zu beißen. Bei  
 diesem Angriff erlitt PHM Z ü h l k e Hautab-  
 schürfungen am rechten Handgelenkknöchel. Der  
 Aufforderung, in eine Zelle zu folgen, kam der  
 Angeschuldigte nicht nach und widersetzte sich tra-  
 dem Wegführen am Arm mit aller Kraft und durch  
 Umsichschlagen, so daß er gewaltsam in eine deutschen  
 Zelle getragen werden mußte. Der Zuführung zur  
 Polizeiklinik Spandau zwecks Blutentnahme wider-  
 setzte er sich, indem er mit aller Kraft um  
 sich schlug, so daß er mit Handschellen gefesselt  
 werden mußte. alert worden. Die arbeitende Bevölke-

- Vergehen, strafbar nach §§ 113, 223, 232, 73 StGB -.  
 nach Beseitigung der Führungs- und Mittel-  
 Die erforderlichen Strafanträge sind gestellt.



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

61 Js 41/70

Berlin 21, den 18. Juni 1970  
Turmstraße 91

Fernruf: 35 01 11 App. 362

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
-Schöffengericht-

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13     Der Bernd Werner S a e g e r ,  
geboren am 18. August 1943 in Parchim/Mecklenburg,  
wohnhaft in Berlin 62 (Schöneberg), Bautzener Str. 18,  
Deutscher, ledig,  
- Strafreigsterauszug ist beigelegt -,

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
am 10. Oktober 1969

Beamten, welche zur Vollstreckung von Gesetzen,  
von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbe-  
hörden berufen sind, während der rechtmäßigen  
Ausübung ihres Amtes tätlich angegriffen und  
gleichzeitig vorsätzlich andere körperlich miß-  
handelt oder an der Gesundheit beschädigt zu  
haben.

Anlässlich eines Einschreitens wegen Trunkenheit  
im Straßenverkehr wurde der Angeschuldigte von  
den Polizeibeamten V o g e l und W e i ß auf-  
gefordert, den Streifenwagen zwecks Zuführung  
zum Revier 192 zu besteigen. Dieser Aufforderung  
kam der Angeschuldigte nicht nach. Daraufhin  
wurde er von den Polizeibeamten V o g e l und  
W e i ß am Arm gefaßt und zum Streifenwagen  
geführt. Kurz vor Besteigen des Fahrzeuges riß



schicht dem Reich "als führerloses Arbeitsvolk (Heloten) zur Verfügung stehen".

Beistück XXVII S. 11

Dem OKW war H i t l e r s Plan der Vernichtung der polnischen Führungs- und Mittelschicht bekannt. In einem Vermerk vom 22. September 1939 nach einer Besprechung mit K e i t e l notierte Admiral C a n a r i s :

"Ich machte Gen.Ob. Keitel darauf aufmerksam, daß ich davon Kenntnis habe, daß umfangreiche Füsilierungen in Polen geplant seien und daß insbesondere der Adel und die Geistlichkeit ausgerottet werden sollten. Für diese Methoden wird die Welt schließlich doch auch die Wehrmacht ver~~antwort-~~\$lich machen... Generaloberst Keitel erwiderte darauf, daß diese Sache bereits vom Führer entschieden sei, der dem Ob.d.H. klar gemacht habe, daß wenn die Wehrmacht hiermit nichts zu tun haben wolle, sie es auch hinnehmen müsse, daß SS und Gestapo neben ihr in Erscheinung treten. Es werden daher in jedem Mil.-Bezirk neben den Militär- ~~and~~ Zivil-Befehlshaber eingesetzt werden, letzterem würde eben die "Volkstums-Ausrottung" zufallen (Bleistiftnotiz: Politische Flurbereinigung)".

Beistück XXVII S. 5

Nach dem überraschend schnellen und erfolgreichen Abschluß des Polenfeldzuges gab H i t l e r auch öffentlich in seinen Reden vom 20. September 1939 in Danzig und vom 6. Oktober 1939 vor dem Reichstag in Berlin seinen Vernichtungszielen gegenüber dem polnischen Volk mit den Worten Ausdruck, er gedenke, einem polnischen nationalen Staat und der polnischen Nation keine Existenzgrundlage mehr einzuräumen.



schicht dem Reich "als führerloses  
Arbeitsvolk (Heloten) zur Verfügung  
stehen".

Dem OKW war Hitler's Plan der Ver-  
nichtung der polnischen Führungs- und  
Mittelschicht bekannt. In einem Vermerk  
vom 12. September 1939 nach einer Be-  
sprechung mit Keitel notierte  
Admiral Canaris:

"Ich machte Gen.Ob. Keitel darauf auf-  
merksam, daß ich davon Kenntnis habe,  
daß umfangreiche Fälschungen in Po-  
len geplant seien und daß insbesondere  
der Adel und die Geistlichkeit ausge-  
rottet werden sollten. Für diese  
Methoden wird die Welt schließlich  
noch auch die Wehrmacht verantwort-  
lich machen... Generaloberst Keitel  
erwiderte darauf, daß diese Sache be-  
reits vom Führer entschieden sei, der  
dem Ob.d.H. klar gemacht habe, daß  
wenn die Wehrmacht hiermit nichts zu  
tun haben wolle, sie es auch hinneh-  
men müsse, daß SS und Gestapo neben  
ihr in Erscheinung treten. Es werden  
daher in jedem Mil.-Bezirk neben den  
Militär- auch Zivil-Befehlshaber ein-  
gesetzt werden, letzteren würde eben  
die "Volkssturm-Ausrottung" zufallen  
(Blattnotiz: Politische Flurb-  
reinigung)".

Nach dem überraschend schnellen und  
erfolgreichen Abschluss des Polenfeldzuges  
gab Hitler auch öffentlich in  
seinen Reden vom 20. September 1939 in  
Danzig und vom 6. Oktober 1939 vor dem  
Reichstag in Berlin seinen Vernichtungs-  
zielen gegenüber dem polnischen Volk mit  
den Worten Ausdruck, er gedenke, einem  
polnischen nationalen Staat und der pol-  
nischen Nation keine Existenzgrundlage  
mehr einzuräumen.

Beitrag XXVII 2. 11

Beitrag XXVII 2. 2



der Angeschuldigte sich los und schlug mit den Fäusten wild um sich. Beim erneuten Ergreifen des Angeschuldigten entstand ein Handgemenge, wobei der Angeschuldigte dem POM V o g e l die Dienstmütze vom Kopf schlug und mit den Beamten V o g e l und W e i ß zu Fall kam. Durch den herbeigeeilten PM G u n k e l gelang es, den Angeschuldigten aufzurichten und gegen dessen Widerstand auf den Streifenwagen zu bringen. Beim Besteigen des Streifenwagens versuchte er erneut, sich loszureißen. POM V o g e l erlitt bei der Auseinandersetzung eine Verletzung am rechten Ringfinger. Nach der Zuführung zum Revier 192 verweigerte der Angeschuldigte dem wachhabenden PHM Z ü h l k e die Herausgabe seines Personalausweises. Als der Polizeibeamte Z ü h l k e den Personalausweis aus einer mitgeführten Einkaufstasche des Angeschuldigten nahm, wurde er von diesem durch Stoßen mit den Fäusten angegriffen. Als andere Beamte, PHM W e i ß, POM S t e i n b a c h und POM C h a r t o n, ihn festhielten, schlug der Angeschuldigte nach ihnen und versuchte, den PHM W e i ß ins Handgelenk zu beißen. Bei diesem Angriff erlitt PHM Z ü h l k e Hautabschürfungen am rechten Handgelenkknöchel. Der Aufforderung, in eine Zelle zu folgen, kam der Angeschuldigte nicht nach und widersetzte sich dem Wegführen am Arm mit aller Kraft und durch Umsichschlagen, so daß er gewaltsam in eine Zelle getragen werden mußte. Der Zuführung zur Polizeiklinik Spandau zwecks Blutentnahme widersetzte er sich, indem er mit aller Kraft um sich schlug, so daß er mit Handschellen gefesselt werden mußte.

- Vergehen, strafbar nach §§ 113, 223, 232, 73 StGB -.

Die erforderlichen Strafanträge sind gestellt.



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

61 Js 41/70

Berlin 21, den 18. Juni 1970  
Turnstraße 91

Fernruf: 35 01 11 App. 362

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
-Schöffengericht-

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13     Der Bernd Werner S a e g e r ,  
geboren am 18. August 1943 in Parchim/Mecklenburg,  
wohnhaft in Berlin 62 (Schöneberg), Bautzener Str. 18,  
Deutscher, ledig,  
- Strafreigsterauszug ist beigelegt -,

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
am 10. Oktober 1969

Beamten, welche zur Vollstreckung von Gesetzen,  
von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbe-  
hörden berufen sind, während der rechtmäßigen  
Ausübung ihres Amtes tätlich angegriffen und  
gleichzeitig vorsätzlich andere körperlich miß-  
handelt oder an der Gesundheit beschädigt zu  
haben.

Anlässlich eines Einschreitens wegen Trunkenheit  
im Straßenverkehr wurde der Angeschuldigte von  
den Polizeibeamten V o g e l und W e i ß auf-  
gefordert, den Streifenwagen zwecks Zuführung  
zum Revier 192 zu besteigen. Dieser Aufforderung  
kam der Angeschuldigte nicht nach. Daraufhin  
wurde er von den Polizeibeamten V o g e l und  
W e i ß am Arm gefaßt und zum Streifenwagen  
geführt. Kurz vor Besteigen des Fahrzeuges riß



Beistück XXVII S. 16

H i t l e r s Vernichtungswille wurde sofort von volkstums- und rassepolitischen Experten-Stäben des Reichssicherheitshauptamtes und der NSDAP in die Tat umgesetzt. Die vom RSHA gelenkten Einzelgruppen der Sipo und des SD übernahmen ab Kriegsbeginn aufgrund besonderer Befehle von H e y d r i c h die systematische Vernichtung der polnischen Intelligenz, die Gegenstand des Komplexverfahrens

1 Js 12.65 (RSHA) gegen Dr. B e s t u.a. ist. Die "Ausrottungspläne" fanden ihren konkreten Niederschlag in vertraulichen Ausführungen, die H e y d r i c h am 21. September 1939 den Amtschefs des RSHA und den Leitern der Einsatzgruppen machte, wobei er offenbar in erster Linie H i t l e r s Überlegungen und Weisungen wiedergab.

Beistück XXVII  
S. 13-14

H e y d r i c h führte damals aus:

"Die Entwicklung im ehemaligen Polen ist zunächst so gedacht, daß die ehemaligen deutschen Provinzen deutsche Gaue werden, daneben ein Gau mit fremdsprachiger Bevölkerung mit der Hauptstadt Krakau geschaffen wird... Dieser fremdsprachige Gau soll außerhalb des neu zu schaffenden Ostwalls liegen. Der Ostwall umfaßt alle deutschen Provinzen und man hat praktisch als Niemandsland davor den deutschsprachigen Gau. Als Siedlungskommissar für den Osten wird RFSS eingesetzt. Die Judendeportation in den fremdsprachigen Gau, Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt. Jedoch soll der ganze Prozeß auf die Dauer eines Jahres verteilt werden. Die Lösung des Polen-Problems - wie schon mehrfach ausgeführt - unterschiedlich nach der Führerschicht (Intelligenz der Polen) und der unteren Arbeitsschicht des Polentums: Von dem politischen Führertum sind in den okkupierten Gebieten höchstens noch 3 % vorhanden. Auch diese 3 % müssen unschädlich gemacht werden und kommen in KZs. Die Einsatzgruppen haben Listen aufzustellen, in welchen die markanten Fälle erfaßt werden, daneben



Beitrag XXVII 2. 16

H i t l e r a Vernichtungswille wurde sofort von Volkstums- und rassepolitischen Experten Stäben des Reichsicherheitshauptamtes und der NSDAP in die Tat umgesetzt. Die vom RSHA gelenkten Einzelgruppen der SD und des SD übernahmen ab Kriegsbeginn aufgrund besonderer Befehle von H e y d r i c h die systematische Vernichtung der polnischen Intelligenz, die Gegenwart des Komplexverfahrens 1. 12. 1939 (RSHA) gegen Dr. B e t u. a. ist. Die "Ausrottungspläne" fanden ihren konkreten Niederschlag in vertraulichen Aufträgen, die H e y d r i c h am 21. September 1939 dem Amtschef des RSHA und den Leitern der Einsatzgruppen machte, wobei er offenbar in erster Linie H i t l e r a Überlegungen und Weisungen widergab. H e y d r i c h führte damals aus:

Beitrag XXVII  
2. 13-14

"Die Entwicklung im ehemaligen Polen ist zunächst so gedacht, daß die ehemaligen deutschen Provinzen deutsche Gauen werden, daneben ein Gau mit fremdsprachiger Bevölkerung mit der Hauptstadt Krakau geschaffen wird... Dieser fremdsprachige Gau soll außerhalb des neu zu schaffenden Ostwalls liegen. Der Ostwall umfaßt alle deutschen Provinzen und man hat praktisch als Niemandsland davor den deutschsprachigen Gau. Als Siedlungskommissar für den Osten wird RFS eingesetzt. Die Juden deportation in den fremdsprachigen Gau, Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt. Jedoch soll der ganze Prozeß auf die Dauer eines Jahres verteilt werden. Die Lösung des Polen-Problems - wie schon mehrfach ausgeführt - unterschiedlich nach der Führerschaft (Intelligenz der Polen) und der unteren Arbeitsschicht des Polentums: Von dem politischen Führertum sind in den okkupierten Gebieten höchstens noch 3 % vorhanden. Auch diese 3 % müssen unschädlich gemacht werden und kommen in KS. Die Einsatzgruppen haben Listen aufzustellen, in welchen die markanten Fälle erfaßt werden, daneben







Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970.  
Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigung  
betrug 1 Tag.

Volles Pensum für eine Halbtagskraft.

Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen.

Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden  
nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die  
Anregung, das formularmässige kleine Schreibwerk vermehrt  
in der Registratur zu erledigen.

Zu 7) Schlußbemerkungen:

Die Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation  
noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie  
hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale  
Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe  
des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Aus-  
wechselbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene  
Sachgebiete.

Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei  
einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 %  
und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 %  
die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste  
bei 649 pro Monat liegen.

Die Dezentralisation der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen  
Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Er-  
fahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden.

Allein mit der guten Organisation der Kanzlei des AG  
Schöneberg ist - bei sehr hoher Ausfallquote - der niedrige



Listen der Mittelschicht: Lehrer, Geistlichkeit, Adel, Legionäre, zurückkehrende Offiziere usw. Auch diese sind zu verhaften und in den Ostraum abzuschicken. Die seelsorgerische Betreuung der Polen soll durch katholische Geistlichkeit aus dem Westen durchgeführt werden, die aber nicht polnisch sprechen dürfen. Die primitiven Polen sind als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern und werden aus den deutschen Gauen also mithin in den fremdsprachigen Gau ausgesiedelt. Das Judentum ist in den Städten in Ghetto zusammenzufassen, um eine bessere Kontrollmöglichkeit und spätere Abschieb-Möglichkeit zu haben. Hierbei vordringlich ist, daß der Jude als Kleinsiedler vom Lande verschwindet. Diese Aktion muß innerhalb der nächsten 3 - 4 Wochen durchgeführt sein. Sofern der Jude auf dem Lande Händler ist, ist mit der Wehrmacht zu klären, wieweit diese jüdischen Händler zur Bedarfsdeckung der Truppe noch an Ort und Stelle verbleiben müssen. Folgende zusammenfassende Anordnung wurde erteilt:

1. Juden so schnell wie möglich in die Städte
2. Juden aus dem Reich nach Polen
3. die restlichen 30.000 Zigeuner auch nach Polen
4. systematische Verschiebung der Juden aus den deutschen Gebieten mit Güterzügen.

Die Einsatzgruppenleiter, insbesondere Schäfer für das Industriegebiet und Damzog für den Nordosten, haben Überlegungen anzustellen, wie man einerseits die Arbeitskraft der primitiven Polen in den Arbeitsprozeß eingliedert, andererseits sie aber auch gleichzeitig aussiedelt.

Sicher ist: Der Pole bleibt der ewige Saison- und Wanderarbeiter. Sein fester Wohnsitz muß in der Gegend von Krakau liegen."

Als Ergebnis dieser Entwicklung ist die Denkschrift des Rassepolitischen Amtes der Reichsleitung der NSDAP über die



Listen der Mittelschicht: Lehrer, Geistlichkeit, Adel, Legionäre, zurückkehrende Offiziere usw. Auch diese sind zu verhaften und in den Ostern abzuschieben. Die seelsorgliche Betreuung der Polen soll durch katholische Geistlichkeit aus dem Westen durchgeführt werden, die aber nicht polnisch sprechen dürfen. Die primitiven Polen sind als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozess einzugliedern und werden aus den deutschen Gauen also mitten in den fremdsprachigen Gauen ausgesiedelt. Das Judentum ist in den Städten in Ghetto zusammenzufassen, um eine bessere Kontrollmöglichkeit und spätere Abschiebemöglichkeit zu haben. Hierbei vorzuziehen ist, daß der Jude als Kleinhändler vom Lande verschwindet. Diese Aktion muß innerhalb der nächsten 3 - 4 Wochen durchgeführt sein. Sofern der Jude auf dem Lande Händler ist, ist mit der Wehrmacht zu klären, wie weit diese jüdischen Händler zur Bedarfsdeckung der Truppe noch an Ort und Stelle verbleiben müssen. Folgen der zusammenfassenden Anordnung wurde erteilt:

1. Juden so schnell wie möglich in die Städte
2. Juden aus dem Reich nach Polen
3. die restlichen 30.000 Zigeuner auch nach Polen
4. systematische Verschickung der Juden aus den deutschen Gebieten mit Güterzügen.

Die Einsatzgruppenleiter, insbesondere Schäfer für das Industriegebiet und Damzog für den Nordosten, haben Überlegungen anzustellen, wie man einerseits die Arbeitskraft der primitiven Polen in den Arbeitsprozess eingliedert, andererseits sie aber auch gleichzeitig aussiedelt. Sicher ist: Der Pole bleibt der ewige Saison- und Wanderarbeiter. Sein fester Wohnsitz muß in der Gegend von Krakau liegen."

Als Ergebnis dieser Entwicklung ist die Denkschrift des Rassepolitischen Amtes der Reichsleitung der NSDAP über die



Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970.  
Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigstellung  
betrug 1 Tag.

Volles Pensum für eine Halbtagskraft.

Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen.

Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden  
nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die  
Anregung, das formularmäßige kleine Schreibwerk vermehrt  
in der Registratur zu erledigen.

Zu 7) Schlußbemerkungen:

Die Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation  
noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie  
hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale  
Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe  
des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Aus-  
wechselbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene  
Sachgebiete.

Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei  
einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 %  
und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 %  
die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste  
bei 649 pro Monat liegen.

Die Dezentralisation der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen  
Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Er-  
fahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden.

Allein mit der guten Organisation der Kanzlei des AG  
Schöneberg ist - bei sehr hoher Ausfallquote - der niedrige



Restestand nicht zu erklären. Von 12 an verschiedenen Tagen geprüften Pensen waren 4 z.Teil weit unter dem Durchschnitt bemessen. Das lässt nur den Schluß zu, daß der Arbeitsanfall zu gering ist, um allen Kanzleikräften ein volles Arbeitspensum zuzuteilen. In der Zeit der vorgenommenen Prüfungen lag die Ausfallquote bei mindestens 25 % und Reste waren keine vorhanden. Auch die Zahl der zur Verwaltung abgestellten Kanzleikräfte ist im Vergleich zu anderen Gerichten sehr hoch.

Eine abschließende Untersuchung wird feststellen müssen, ob im Bereich der Kanzlei dem AG Schöneberg zu viel Kräfte zugewiesen sind.

Der Kanzleivorsteher ist zusätzlich noch eingeteilt für Materialbestellung und Materialausgabe für das AG Schöneberg. Er erledigt diese Aufgabe mit seinem Stellvertreter, der sich seit Jahren für das verantwortungsvolle Amt vorbereitet.

Berlin, den 29. Juni 1970



"Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassepolitischen Gesichtspunkten" vom 25. November 1939 anzusehen, in der als Grundsatz formuliert wurde:

Beistück XXVII S. 17

"Das Ziel der deutschen Politik in den neuen Reichsgebieten muß die Schaffung einer rassisch und damit geistig-seelisch wie völkisch-politisch einheitlichen deutschen Bevölkerung sein. Hieraus ergibt sich, daß alle nicht eindeutschbaren Elemente rücksichtslos beseitigt werden müssen."

Hierfür wurde als Begründung u.a. angeführt:

Jede bloß äußerliche sprachlich-Kulturelle Assimilierung, so betonten die Verfasser der Denkschrift (Dr. E. W e t z e l und Dr. G. H e c h t ), könne das Ziel dauerhafter Eindeutschung nicht erreichen. "Echte Umvolkung ist nur bei gleicher rassischer Anlage möglich". Die Bevölkerung Polens <sup>h</sup>unterscheide sich aber rassisch vom deutschen Volk erheblich". "Artverwandt" sei das polnische Volk nur insofern, als es ähnliche Rasseelemente (darunter auch nordische) wie das deutsche in sich vereine, "minderwertig" aber durch deren viel ungünstigeres "Mischungsverhältnis", den starken Anteil ostischer sowie teilweise auch asiatischer und orientalischer Rasseelemente, insbesondere aber infolge der "hochgradigen Verseuchung des polnischen Volkes durch jüdische Bluteinschläge".

Weiter heißt es in der Denkschrift:

"Der Grundgedanke unserer Politik gegenüber den eindeutschungsfähig Erscheinenden, also den umvolkbaren Schichten muß demnach der sein, diese Schichten mit allen Mitteln kulturell so niedrig ~~wie möglich zu halten~~ zu halten."



"Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassepolitischen Gesichtspunkten" vom 25. November 1939 angenommen, in der als Grundsatz formuliert wurde:

"Das Ziel der deutschen Politik in den neuen Reichsgebieten muß die Schaffung einer rassisch und damit geistig-seelisch wie völkisch-politisch einheitlichen deutschen Bevölkerung sein. Hieraus ergibt sich, daß alle nicht eindeutigen Elemente rücksichtslos beseitigt werden müssen."

Beilage XXVII 2. 17

Hierfür wurde als Begründung u. a. angeführt:

Jede bloß äußerliche sprachlich-kulturelle Assimilierung, so betonten die Verfasser der Denkschrift (Dr. E. W e t z e l und Dr. G. H e c h t), könne das Ziel dauerhafter Eindeutschung nicht erreichen. "Echte Umvolkung ist nur bei gleicher rassischer Anlage möglich". Die Bevölkerung Polens "unter-scheide sich aber rassisch vom deutschen Volk erheblich". "Artverwandt" sei das polnische Volk nur insofern, als es ähnliche Rasseelemente (darunter auch nordische) wie das deutsche in sich vereine, "minderwertig" aber durch deren viel ungünstigeres "Mischungsverhältnis", den starken Anteil ostischer sowie teilweise auch asiatischer und orientalischer Rasselemente, insbesondere aber infolge der "hochgradigen Versenkung des polnischen Volkes durch jüdische Bluteinschläge".

Weiter heißt es in der Denkschrift:

"Der Grundgedanke unserer Politik gegenüber den eindeutschungsfähigen Erscheinenden, also den unvolkbaren Schichten muß demnach der sein, diese Schichten mit allen Mitteln kulturell so niedrig wie möglich zu halten."



Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970.  
Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigstellung  
betrug 1 Tag.

Volles Pensum für eine Halbtagskraft.

Beistück XXVII S. 17

Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen.

Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden  
nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die  
Anregung, das formularmässige kleine Schreibwerk vermehrt  
in der Registratur zu erledigen.

Zu 7) Schlußbemerkungen:  
Die Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation  
noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie  
hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale  
Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe  
des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Aus-  
wechselbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene  
Sachgebiete.

Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei  
einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 %  
und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 %  
die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste  
bei 649 pro Monat liegen.

Die Dezentralisation der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen  
Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Er-  
fahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden.

Allein mit der guten Organisation der Kanzlei des AG  
Schöneberg ist - bei sehr hoher Ausfallquote - der niedrige



Restestand nicht zu erklären. Von 12 an verschiedenen Tagen geprüften Pensen waren 4 z.Teil weit unter dem Durchschnitt bemessen. Das lässt nur den Schluß zu, daß der Arbeitsanfall zu gering ist, um allen Kanzleikräften ein volles Arbeitspensum zuzuteilen. In der Zeit der vorgenommenen Prüfungen lag die Ausfallquote bei mindestens 25 % und Reste waren keine vorhanden. Auch die Zahl der zur Verwaltung abgestellten Kanzleikräfte ist im Vergleich zu anderen Gerichten sehr hoch.

Eine abschließende Untersuchung wird feststellen müssen, ob im Bereich der Kanzlei dem AG Schöneberg zu viel Kräfte zugewiesen sind.

Der Kanzleivorsteher ist zusätzlich noch eingeteilt für Materialbestellung und Materialausgabe für das AG Schöneberg. Er erledigt diese Aufgabe mit seinem Stellvertreter, der sich seit Jahren für das verantwortungsvolle Amt vorbereitet.

Berlin, den 29. Juni 1970



Dann werden die nordrassischen, zumeist ja deutschstämmigen Teile sich von selbst durch eigene Leistung ... hinaufarbeiten. Ihre Kinder können dann in die deutsche Schule aufgenommen werden; ihre späte endgültige Eindeutschung ist bei sozialem Aufstieg und Versetzung in das Altreich zu erwarten.

Unsere Eindeutschungspolitik verfolgt also das Ziel, die nordrassischen Schichten der verbleibenden Bevölkerung auszulaugen und einzudeutschen und den uns rassefremden Kern polnisch mit niederer Kultur zu belassen und von Fall zu Fall nach Kern-Polen abzuschieben."

Auszunehmen von jeder Eindeutschungsmöglichkeit sei die nationalpolnische Intelligenz. Obwohl diese vielfach "Träger germanischen Blutes" sei, bilde sie doch zugleich den Hauptträger der polnischen Nationalidee und müsse deshalb aus volkspolitischen Gründen eliminiert bzw. restlos und umgehend in das Restgebiet abgeschoben werden.

"Unter den Begriff der polnischen Intelligenz fallen in allererster Linie polnische Geistliche, Lehrer (einschließlich Hochschullehrer), Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Offiziere, höhere Beamte, Großkaufleute, Großgrundbesitzer, Schriftsteller, Redakteure sowie sämtliche Personen, die eine höhere oder mittlere Schulbildung erhalten haben."

Das "Fernziel" sei die "restlose Beseitigung" der gesamten polnischen Bevölkerung in den neuen Ostgebieten. Bis zur Realisierung dieses Zieles, die einen längeren Zeitraum erfordere, müßten die Polen in den eingegliederten Ostgebieten rechtlich und sozial streng von den Deutschstämmigen getrennt werden.



Dann werden die nordrassischen, zumeist ja deutschstämmigen Teile sich von selbst durch eigene Leistung ... hin- ausarbeiten. Ihre Kinder können dann in die deutsche Schule aufgenommen werden; ihre späte endgültige Ein- deutschung ist bei sozialem Aufstieg und Versetzung in das Altertum zu er- warten.

Unsere Eindutschungspolitik verfolgt also das Ziel, die nordrassischen Schichten der verbleibenden Bevölke- rung auszuwaschen und einwandischen und den uns rassiefremden Kern polnisch mit niederer Kultur zu belassen und von Fall zu Fall nach Kern-Polen ab- zuschieben."

Ausnahmen von jeder Eindutschungsmög- lichkeit sei die nationalpolnische In- telligenz. Obwohl diese vielfach "Träger germanischen Blutes" sei, bilde sie doch zugleich den Hauptträger der polni- schen Nationalidee und müsse deshalb aus volkpolitischen Gründen eliminiert bzw. restlos und umgehend in das Restgebiet abgeschieden werden.

"Unter den Begriff der polnischen In- telligenz fallen in allererster Linie polnische Gelehrte, Lehrer (ein- schließlich Hochschullehrer), Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Offiziere, höhe- re Beamte, Großkavalente, Großgrund- besitzer, Schriftsteller, Redakteure sowie sämtliche Personen, die eine höhere oder mittlere Schulbildung er- halten haben."

Das "Fernziel" sei die "restlose Besei- tigung" der gesamten polnischen Bevölke- rung in den neuen Ostgebieten. Bis zur Realisierung dieses Zieles, die einen längeren Zeitraum erfordere, müßten die Polen in den eingegliederten Ostgebieten rechtlich und sozial streng von den Deutschstämmigen getrennt werden.



Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970. Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigstellung betrug 1 Tag.

Volles Pensum für eine Halbtagskraft und gültige Eindeutschung ist bei sozialem Aufstieg und Versetzung in das Altreich zu erwarten.

Unsere Eindeutschungspolitik verfolgt also das Ziel, die nordrassischen Schichten der verbleibenden Bevölkerung auszulaugen und einsudeutschen und den uns rassefremden Kern polnisch von Fall zu Fall nach Kern-Polen abzuschieben."

- Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen
- Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die Anregung, das formularmässige kleine Schreibwerk vermehrt in der Registratur zu erledigen.

- Zu 7) Schlußbemerkungen: zugleich den Hauptträger der polnischen Nationalidee und müsse deshalb aus der Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Austauschbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene Sachgebiete.

Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 % und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 % die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste bei 649 pro Monat liegen.

Das "Fernziel" sei die "restlose Beseitigung" der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Erfahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden. Längeren Zeitraum erfordere, müßten die Allein mit der guten Organisation der neuen Ostgebiete Schöneberg ist bei sehr hoher Ausfallquote von der niedrigen Deutschstämmigen getrennt werden.



Restestand nicht zu erklären. Von 12 an verschiedenen Tagen geprüften Pensen waren 4 z.Teil weit unter dem Durchschnitt bemessen. Das lässt nur den Schluß zu, daß der Arbeitsanfall zu gering ist, um allen Kanzleikräften ein volles Arbeitspensum zuzuteilen. In der Zeit der vorgenommenen Prüfungen lag die Ausfallquote bei mindestens 25 % und Reste waren keine vorhanden. Auch die Zahl der zur Verwaltung abgestellten Kanzleikräfte ist im Vergleich zu anderen Gerichten sehr hoch.

Eine abschließende Untersuchung wird feststellen müssen, ob im Bereich der Kanzlei dem AG Schöneberg zu viel Kräfte zugewiesen sind.

Der Kanzleivorsteher ist zusätzlich noch eingeteilt für Materialbestellung und Materialausgabe für das AG Schöneberg. Er erledigt diese Aufgabe mit seinem Stellvertreter, der sich seit Jahren für das verantwortungsvolle Amt vorbereitet.

Berlin, den 29. Juni 1970



Bei der Verwirklichung dieser rassen-ideologischen NS-Ziele richteten sich die Ausrottungsmaßnahmen der NS-Führung des RSHA und der diesem unterstellten Einsatzgruppen in erster Linie gegen die polnische Zivilbevölkerung. Das polnische Militär war zunächst relativ ungefährdet, soweit es sich in deutscher Kriegsgefangenschaft und damit im Gewahrsam der Wehrmacht befand, da der internationale Rechtsschutz für Kriegsgefangene noch wirksam war, der in der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 (RGBl. 1934 Teil II, S. 207<sup>ff</sup>) statuiert worden war.

Dok.O. III, 1<sup>ff</sup>

Erst mit der im Laufe des Jahres 1940 einsetzenden Aushöhlung des Kriegsgefangenenstatus der polnischen Soldaten durch umfangreiche Entlassungsaktionen gerieten auch sie in unmittelbare Gefahr ~~politischer~~ Vernichtung. Die Entlassungsaktion hatte H i t l e r befohlen, um den großen Arbeitskräftebedarf in der Landwirtschaft, aber auch in der Rüstungsindustrie, zu beheben. In ~~seiner~~ Besprechung vom 20. Mai 1940 beim OKW/AWA - Abteilung Kriegsgefangenenwesen -, an der neben den zuständigen Ressortministerien maßgeblich das RSHA beteiligt war (vgl. Dok. OKW 2 f 24. 11 a Kriegsgef. I Nr. 1677/40 vom 15. Mai 1940), wurden die Grundsätze festgelegt, nach denen die Entlassungen stattfinden sollten. In einem umfangreichen Erlaß des OKW vom 22. Mai 1940 - OKW/ 2 f 24.11 AWA/ Kriegsgef. I c Nr. 1764.40, gezeichnet vom Chef des AWA, General R e i n e c k e, wurden die Entlassungen angeordnet, gleichzeitig jedoch bestimmte Personengruppen ausgenommen, und zwar:

Dok.O. I, 68<sup>ff</sup>

Dok.O. I, 87<sup>ff</sup>



Bei der Verwirklichung dieser rassen-ideolo-  
gischen NS-Ziele richteten sich die Ausrot-  
tungsmaßnahmen der NS-Führung des RSHA und  
der diesem unterstellten Einsatzgruppen in  
erster Linie gegen die polnische Zivilbevöl-  
kerung. Das polnische Militär war zunächst  
relativ ungefährdet, soweit es sich in deut-  
scher Kriegsgefangenschaft und damit im Ge-  
wahrsein der Wehrmacht befand, da der inter-  
nationale Rechtsschutz für Kriegsgefangene  
noch wirksam war, der in der Genfer Konven-  
tion vom 27. Juli 1929 (RGBl. 1934 Teil II,  
2. 207ff) statuiert worden war.

Dok.O.II, I ff

Erst mit der im Laufe des Jahres 1940 ein-  
setzenden Aushöhung des Kriegsgefangenen-  
status der polnischen Soldaten durch umfang-  
reiche Entlassungsaktionen gerieten auch sie  
in unmittelbare Gefahr politischer Vernichtung.  
Die Entlassungsaktion hatte H i t l e r be-  
fohlen, um den großen Arbeitskräftebedarf in  
der Landwirtschaft, aber auch in der Rüstungs-  
industrie, zu beheben. In einer Besprechung  
vom 20. Mai 1940 beim OKW/AWA - Abteilung  
Kriegsgefangenenwesen -, an der neben den zu-  
ständigen Ressortministern maßgeblich das  
RSHA beteiligt war (vgl. Dok. OKW 2 f 24.  
11 a Kriegesf. I Nr. 1677/40 vom 15. Mai  
1940), wurden die Grundsätze festgelegt, nach  
denen die Entlassungen stattfinden sollten.  
In einem umfangreichen Erlaß des OKW vom  
22. Mai 1940 - OKW/ 2 f 24.11 AWA/ Kriegesf.  
I c Nr. 1764.40, gezeichnet vom Chef des AWA,  
General R e i n e c k e, wurden die Entlas-  
sungen angeordnet, gleichzeitig jedoch be-  
stimmte Personengruppen ausgenommen, und zwar:

Dok.O.I, 68 ff

Dok.O.I, 81 ff



Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970.  
Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigstellung betrug 1 Tag.  
Volles Pensum für eine Halbtagskraft.

Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen.

Dok.O. Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die Anregung, das formularmässige kleine Schreibwerk vermehrt in der Registratur zu erledigen.

Zu 7) Schlußbemerkungen:

Die Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Austauschbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene Sachgebiete.

Dok.O. I; 65 ff. Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 % und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 % die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste bei 649 pro Monat liegen.

Dok.O. I; 81 ff. Die Dezentralisation der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Erfahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden.

Allein mit der guten Organisation der Kanzlei des AG Schöneberg ist - bei sehr hoher Ausfallquote - der niedrige



10 -

Restestand nicht zu erklären. Von 12 an verschiedenen Tagen geprüften Pensen waren 4 z.Teil weit unter dem Durchschnitt bemessen. Das lässt nur den Schluß zu, daß der Arbeitsanfall zu gering ist, um allen Kanzleikräften ein volles Arbeitspensum zuzuteilen. In der Zeit der vorgenommenen Prüfungen lag die Ausfallquote bei mindestens 25 % und Reste waren keine vorhanden. Auch die Zahl der zur Verwaltung abgestellten Kanzleikräfte ist im Vergleich zu anderen Gerichten sehr hoch.

Eine abschließende Untersuchung wird feststellen müssen, ob im Bereich der Kanzlei dem AG Schöneberg zu viel Kräfte zugewiesen sind.

Der Kanzleivorsteher ist zusätzlich noch eingeteilt für Materialbestellung und Materialausgabe für das AG Schöneberg. Er erledigt diese Aufgabe mit seinem Stellvertreter, der sich seit Jahren für das verantwortungsvolle Amt vorbereitet.

Berlin, den 29. Juni 1970



"In Ausführung des vom Führer gegebenen Befehls sind zunächst in den Wehrkreisen VII, IX, X, XI und XIII die polnischen Kriegsgefangenen nach folgenden Richtlinien freizulassen:

1. Es sind alle arbeitsfähigen polnischen Kr.Gef. zu entlassen, ausgenommen:
  - a) alle in der Grenzzone befindlichen Kr.Gef., soweit diese im Operationsgebiet liegt,
  - b) alle Offiziere, Fähnriche und Unteroffiziere, letztere soweit sie sich nicht zur Arbeit gemeldet oder solche bei Zuweisung willig aufgenommen haben,
  - c) die sogenannte Intelligenz,
  - d) Minderheiten (Ukrainer und Weissrussen pp), die noch nach ihrer Heimat abtransportiert werden, ferner evtl. noch vorhandene polnische Juden und Zivilpersonen,
  - e) nicht arbeitsfähige Kr. Gef.,
  - f) arbeitsscheue, bestrafte und unzuverlässige Elemente einschl. derjenigen, die beschuldigt werden Straftaten vor oder während ihrer Gefangennahme begangen zu haben, und
  - g) zunächst auch noch die zum Betrieb und Ausbau der Lager nötigen Kr. Gef. (insbesondere Bauhandwerker, Schuster, Schneider pp) sowie die für Heereszwecke (Strassenbau, Übungsplätze, Verpflegungsämter usw.) eingesetzten Kr. Gef.

Zur Zeit erkrankte Kr. Gef. sind erst nach ihrer Gesundung zu entlassen.

Entscheidung über Freilassung oder Nichtfreilassung trifft der Lagerkommandant, in Zweifelsfällen die W. Kdos., in grundsätzlichen Zweifelsfällen OKW. ..."

Dok. Ø. I, 95

Mit einem Schnellbrief vom 10. Juli 1940  
- IV D 2 - 3382.40 - brachte H e y d r i c h



"In Ausführung des vom Führer gegebenen Befehls sind zunächst in den Wehrkreisen VII, IX, X, XI und XII die polnischen Kriegsgefangenen nach folgenden Richtlinien freizulassen:

1. Es sind alle arbeitsfähigen polnischen Kr.Gef. zu entlassen, ausgenommen:

- a) alle in der Grenzzone befindlichen Kr.Gef., soweit diese im Operationsgebiet liegt,
- b) alle Offiziere, Fähnriche und Unteroffiziere, letztere soweit sie sich nicht zur Arbeit gemeldet oder solche bei Zuweisung willig aufgenommen haben,
- c) die sogenannte Intelligenz,
- d) Minderheiten (Ukrainer und Weissrussen pp), die noch nach ihrer Heimat abtransportiert werden, ferner evtl. noch vorhandene polnische Juden und Zivilpersonen,
- e) nicht arbeitsfähige Kr. Gef.,
- f) arbeitsunfähige, bestrafte und unzuverlässige Elemente einschließl. derjenigen, die beschuldigt werden, Straftaten vor oder während ihrer Gefangennahme begangen zu haben, und
- g) zunächst auch noch die zum Betrieb und Ausbau der Lager benötigten Kr. Gef. (insbesondere Bauhandwerker, Schuster, Schneider pp) sowie die für Heereszwecke (Straßenbau, Übungsgelände, Verpflegungsmittel usw.) eingesetzten Kr. Gef.

Zur Zeit erkrankte Kr. Gef. sind erst nach ihrer Gesundung zu entlassen.

Entscheidung über Freilassung oder Nichtfreilassung trifft der Lagerkommandant, in Zweifelsfällen die W. Kdos., in grundgesetzlichen Zweifelsfällen OKW. ..."

- IV D 2 - 3382.40 - brachte He y d rich  
Mit einem Schnellbrief vom 10. Juli 1940

Dok. O. I. 92



Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970. gegebene Befehle sind zunächst in den Wehr- Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigstellung betrug 1 Tag. polnischen Kriegsgefangenen nach folgenden Richtlinien freizulassen:

Volles Pensum für eine Halbtagskraft. arbeitsfähigen polnischen Kr.Gef. zu entlassen, ausgenommen:

a) alle in der Grenzzone befindlichen Kr.Gef., soweit diese im Operationsgebiet liegt,

b) alle Offiziere, Fähnriche und Unteroffiziere, letztere soweit sie sich nicht zur Arbeit gemeldet oder solche bei Zuweisung willig aufgenommen haben.

Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen.

Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die Anregung, das formularmässige kleine Schreibwerk vermehrt in der Registratur zu erledigen.

Zu 7) Schlußbemerkungen:

c) die sogenannte Intelligenz  
d) Minderheiten (Ukrainer und  
e) nicht arbeitsfähige Kr. Gef.,

Die Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Austauschbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene Sachgebiete.

Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 % und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 % die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste bei 649 pro Monat liegen.

Die Dezentralisation der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Erfahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden.

Dok. 0. I, 95

Allein mit der guten Organisation der Kanzlei des AG Schöneberg ist - bei sehr hoher Ausfallquote - der niedrige



Restestand nicht zu erklären. Von 12 an verschiedenen Tagen geprüften Pensen waren 4 z.Teil weit unter dem Durchschnitt bemessen. Das lässt nur den Schluß zu, daß der Arbeitsanfall zu gering ist, um allen Kanzleikräften ein volles Arbeitspensum zuzuteilen. In der Zeit der vorgenommenen Prüfungen lag die Ausfallquote bei mindestens 25 % und Reste waren keine vorhanden. Auch die Zahl der zur Verwaltung abgestellten Kanzleikräfte ist im Vergleich zu anderen Gerichten sehr hoch.

Eine abschließende Untersuchung wird feststellen müssen, ob im Bereich der Kanzlei dem AG Schöneberg zu viel Kräfte zugewiesen sind.

Der Kanzleivorsteher ist zusätzlich noch eingeteilt für Materialbestellung und Materialausgabe für das AG Schöneberg. Er erledigt diese Aufgabe mit seinem Stellvertreter, der sich seit Jahren für das verantwortungsvolle Amt vorbereitet.

Berlin, den 29. Juni 1970



in fast gleichlautendem Text die OKW-Entlassungsbestimmungen den ihm unterstellten Dienststellen zur Kenntnis. Bezeichnenderweise ließ H e y d r i c h diesen Erlaß nicht in dem für Kriegsgefangene zuständigen Referat IV A 1, sondern in IV D 2 bearbeiten, das für Angelegenheiten des Generalgouvernements und der zivilen Polen im Reich zuständig war. Die entlassenen Polen verloren dadurch einerseits ihren Status als Kriegsgefangene und damit den völkerrechtlichen Schutz der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929, andererseits wurde die Wehrmacht der Verantwortlichkeit ledig, die sich sonst auch für sie aus staatspolizeilichen - sic licet ungesetzlichen - Maßnahmen des RSHA gegen diese Polen ergeben hätten.

Von der Entlassung waren mithin neben anderen Personenkategorien Offiziere, Fähnriche, Unteroffiziere, polnische Soldaten jüdischer Abstammung und die Angehörigen der Intelligenz schlechthin ausgeschlossen, weil sie nach den NS-Plänen über die "Gewinnung von Lebensraum" im Osten sowieso das "Schicksal der Ausrottung" erleiden sollten, soweit einzelne von ihnen nicht nach später entwickelten Gesichtspunkten "eindeutschungsfähig" gewesen wären.

Zeitlich mit den Entlassungen zusammenfallend wurden Zivilpersonen aus Polen in großem Umfang zum kriegswichtigen Arbeitseinsatz nach Deutschland verpflichtet. Insgesamt kamen etwa eine Million Polen ab Frühjahr 1940 als "Zwangsarbeitsverpflichtete" nach Deutschland.



in fast gleichlautendem Text die OKW-Entlassungsbestimmungen den ihm unterstellten Dienststellen zur Kenntnis. Bezeichnenderweise ließ Heydrich diesen Erlass nicht in dem für Kriegseingekommene zuständigen Referat IV A 1, sondern in IV D 2 bearbeiten, das für Angelegenheiten des Generalgouvernements und der zivilen Polen im Reich zuständig war. Die entlassenen Polen verloren dadurch einerseits ihren Status als Kriegseingekommene und damit den völkerrechtlichen Schutz der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929, andererseits wurde die Wehrmacht der Verantwortlichkeit ledig, die sich sonst auch für sie aus staatspolizeilichen - sic licet ungesetzlichen - Maßnahmen des RSHA gegen diese Polen ergeben hätten.

Von der Entlassung waren mithin neben anderen Personenkategorien Offiziere, Fähnriche, Unteroffiziere, polnische Soldaten jüdischer Abstammung und die Angehörigen der Intelligenzschichtin ausgeschlossen, weil sie nach den NS-Plänen über die "Gewinnung von Lebensraum" im Osten sowieso das "Schicksal der Ausröschung" erleiden sollten, soweit einzelne von ihnen nicht nach später entwickelten Gesichtspunkten "eindeutschungsfähig" gewesen wären.

Zeitlich mit den Entlassungen zusammenfallend wurden Zivilpersonen aus Polen in großem Umfang zum kriegswichtigen Arbeitseinsatz nach Deutschland verpflichtet. Insgesamt kamen etwa eine Million Polen ab Frühjahr 1940 als "Zwangsarbeitsverpflichtete" nach Deutschland.



Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970. Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigstellung betrug 1 Tag.

Volles Pensum für eine Halbtagskraft.

Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen.

Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die Anregung, das formularmässige kleine Schreibwerk vermehrt in der Registratur zu erledigen.

Zu 7) Schlußbemerkungen:

Die Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Austauschbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene Sachgebiete.

Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 % und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 % die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste bei 649 pro Monat liegen.

Die Dezentralisation der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Erfahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden.

Allein mit der guten Organisation der Kanzlei des AG Schöneberg ist - bei sehr hoher Ausfallquote - der niedrige



Restestand nicht zu erklären. Von 12 an verschiedenen Tagen geprüften Pensen waren 4 z.Teil weit unter dem Durchschnitt bemessen. Das lässt nur den Schluß zu, daß der Arbeitsanfall zu gering ist, um allen Kanzleikräften ein volles Arbeitspensum zuzuteilen. In der Zeit der vorgenommenen Prüfungen lag die Ausfallquote bei mindestens 25 % und Reste waren keine vorhanden. Auch die Zahl der zur Verwaltung abgestellten Kanzleikräfte ist im Vergleich zu anderen Gerichten sehr hoch.

Eine abschließende Untersuchung wird feststellen müssen, ob im Bereich der Kanzlei dem AG Schöneberg zu viel Kräfte zugewiesen sind.

Der Kanzleivorsteher ist zusätzlich noch eingeteilt für Materialbestellung und Materialausgabe für das AG Schöneberg. Er erledigt diese Aufgabe mit seinem Stellvertreter, der sich seit Jahren für das verantwortungsvolle Amt vorbereitet.

Berlin, den 29. Juni 1970



Dok.O. I, 97

Hieraus ergaben sich für die NS-Führung neue Konsequenzen in der Behandlung der "Polenfrage". Schon mit einer Weisung des Stellvertreters des Führers an H i m m l e r vom 29. Januar 1940 - vgl. Dokument vom 14. Juni 1940 - S I A 1 Nr. 193 III/40 - 176 - verlangte H i t l e r Maßnahmen, die eine Vermischung von Deutschen ... und Polen ... ausschlossen. Im sogenannten "Polenreferat" des RSHA - IV D 2 - wurde daraufhin ein umfangreiches Erlasswerk ausgearbeitet, das unter dem Datum vom 8. März 1940 die "Lebensführung" der polnischen Zwangsarbeiter regelte.

Dok.O. I, 197 - 78

- In dem Sammel ~~Einzel~~erlaß vom 8. März 1940 - IV D 2 - 382/40 - des RFSS wurde unter Ziffer 2, Absatz 2, bei Geschlechtsverkehr zwischen polnischen Zivilarbeitern und Deutschen offiziell als Strafmaßnahme die "Sonderbehandlung" eingeführt. Der Erlass lautet hierzu:

"Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen polnischen Volkstums, die mit Deutschen Geschlechtsverkehr ausüben, oder sich sonstige unsittliche Handlungen zuschulden kommen lassen, sind sofort festzunehmen und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD zur Erwirkung einer Sonderbehandlung zu melden."

Unter Ziffer 7) eines beigefügten Merkblattes war ausserdem bestimmt:

"Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt, oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft."



Hieraus ergaben sich für die NS-Führung neue Konsequenzen in der Behandlung der "Polenfrage". Schon mit einer Weisung des Stellvertreters des Führers an Himmler vom 29. Januar 1940 - vgl. Dokument vom 14. Juni 1940 - 2 I A 1 Nr. 193 III\40 - 176 - verlangte Hitler Maßnahmen, die eine Vermischung von Deutschen ... und Polen ... ausschlossen. Im sogenannten "Polenreferat" des RSHA - IV D 2 - wurde daraufhin ein umfangreiches Erläuterungsgesamtes, das unter dem Datum vom 8. März 1940 die "Lebensführung" der polnischen Zwangsarbeiter regelte.

Dok.O.I., 91

In dem Sammelergas vom 8. März 1940 - IV D 2 - 382\40 - des RFS wurde unter Ziffer 2, Absatz 2, bei Geschlechtsverkehr zwischen polnischen Zivilarbeitern und Deutschen offiziell als Strafmaßnahme die "Sonderbehandlung" eingeführt. Der Erlas lautet hierzu:

Dok.O.I., 19 - 78

"Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen polnischen Volkstums, die mit Deutschen Geschlechtsverkehr ausüben, oder sich sonstige unzüchtige Handlungen zuschulden kommen lassen, sind sofort festzunehmen und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD zur Erwirkung einer Sonderbehandlung zu melden."

Unter Ziffer 7) eines beigefügten Merkblattes war ausserdem bestimmt:

"Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt, oder sich ihnen sonst unzüchtig nähert, wird mit dem Tode bestraft."



Dok.O.I, 91

Hieraus ergaben sich für die NS-Führung  
Die Verfügungen datierten vom 23. Juni 1970.  
Der Zeitraum zwischen Verfügung und Fertigstellung  
betrug 1 Tag.

Volles Pensum für eine Halbtagskraft.

- vgl. Dokument vom 14. Juni 1940

- S I A 1 Nr. 193 III/40 - 176 -

verlangte H i t l e r Maßnahmen, die  
eine Vermischung von Deutschen ... und  
Polen ... ausschlossen. Im sogenannten

Zu 5) s. Anlage Grundbuchsachen.

Zu 6) Vorschläge zur Verbesserung des Arbeitsablaufs wurden  
nicht gemacht. Lediglich vom Kanzleivorsteher kam die  
Anregung, das formularmässige kleine Schreibwerk vermehrt  
in der Registratur zu erledigen.

Dok.O.I, 19 - 78

In dem Sammelerlaß vom 8. März 1940

Zu 7) Schlußbemerkungen: - 382/40 - des RFSS wurde unter

Die Kanzlei des AG Schöneberg kann wegen ihrer Organisation  
noch am ehesten als Zentralkanzlei bezeichnet werden. Sie  
hat einen zentralen Aktenein- und -ausgang, zentrale  
Aufsicht, Zusammenfassung der Arbeitszimmer in der Nähe  
des Kanzleivorstehers, vergleichsweise größere Aus-  
wechselbarkeit der Kanzleiangestellten für verschiedene  
Sachgebiete.

Darin ist auch die Begründung dafür zu finden, daß bei  
einem durchschnittlichen Krankenstand 1969 von 15,13 %  
und einer durchschnittlichen Ausfallquote 1969 von 27,38 %  
die Durchschnittswerte der im Jahre 1969 gemeldeten Reste  
bei 649 pro Monat liegen.

Die Dezentralisation der vorhandenen Kräfte läßt bei hohen  
Ausfallquoten die Reste sprunghaft ansteigen. Diese Er-  
fahrungstatsache kann schon jetzt festgestellt werden.

Allein mit der guten Organisation der Kanzlei des AG  
Schöneberg ist - bei sehr hoher Ausfallquote - der niedrige



Restestand nicht zu erklären. Von 12 an verschiedenen Tagen geprüften Pensen waren 4 z.Teil weit unter dem Durchschnitt bemessen. Das lässt nur den Schluß zu, daß der Arbeitsanfall zu gering ist, um allen Kanzleikräften ein volles Arbeitspensum zuzuteilen. In der Zeit der vorgenommenen Prüfungen lag die Ausfallquote bei mindestens 25 % und Reste waren keine vorhanden. Auch die Zahl der zur Verwaltung abgestellten Kanzleikräfte ist im Vergleich zu anderen Gerichten sehr hoch.

Eine abschließende Untersuchung wird feststellen müssen, ob im Bereich der Kanzlei dem AG Schöneberg zu viel Kräfte zugewiesen sind.

Der Kanzleivorsteher ist zusätzlich noch eingeteilt für Materialbestellung und Materialausgabe für das AG Schöneberg. Er erledigt diese Aufgabe mit seinem Stellvertreter, der sich seit Jahren für das verantwortungsvolle Amt vorbereitet.

Berlin, den 29. Juni 1970



Dok.O. I, 799

Kurze Zeit später wurde bereits eine rassische Begutachtung in derartigen Sonderbehandlungsfällen durch den Amtsarzt eingeführt, wie sich aus dem FS-Erlaß vom 21. Mai 1940 - IV D 2 - 382/60 - ergibt.

Über weitere Einzelheiten der sogenannten "Polenerlasse" vom 8. März 1940 und ihre Ableitung von rassenideologischen NS-Gesichtspunkten mit dem Ziele einer Vernichtung des polnischen Volkes gibt der Ermittlungsvermerk 1 Js 4/64 (RSHA) im Komplexverfahren "Sonderbehandlung polnischer Zivilarbeiter" den erforderlichen Überblick.

b) Sonderbehandlung

Unmittelbar nach Kriegsbeginn am 1. September 1939 verschärften die nationalsozialistischen Machthaber ihre Methoden, Gegner des Regimes mit Gewalt "unschädlich zu machen". Während sie sich bis dahin noch begnügten, ihre "Feinde" durch Schutzhaft und KL-Einweisung zu isolieren, gingen sie nunmehr dazu über, sie auch physisch zu vernichten. Durch Ausschaltung der Justiz und jedes gerichtsförmigen Verfahrens sollten Gegner - ohne Urteil - im Verwaltungswege von den Instanzen des SS-Machthabers, d.h. des RSHA und der ihnen unterstellten Gestapo, heimlich beseitigt werden können. Unter dem Vorwand der Erhaltung der deutschen Wehrkraft wollten sie jedweder Zersetzungsgefahr mit dem staatspolizeilichen Machtmittel der Sonderbehandlung - Tötung ohne Gerichtsurteil - entgegentreten.



Dok.O.I, 79

- IV D 2 - 382/60 - ergibt.  
wie sich aus dem F2-Erlass vom 21. Mai 1940  
lungsfällen durch den Amtsarzt eingeführt,  
siche Begründung in derartigen Sonderbehand-  
Kürze Zeit später wurde bereits eine rassi-

erforderlichen Überblick.  
behandlung polnischer Zivilarbeiter" den  
1 Ja 4/64 (RSHA) im Komplexverfahren "Sonder-  
polnischen Volkes gibt der Ermittlungsvermerk  
punkten mit dem Ziele einer Vernichtung des  
leitung von rassen-ideologischen NS-Gesichts-  
"Polenerlasse" vom 8. März 1940 und ihre Ab-  
Über weitere Einzelheiten der sogenannten

#### b) Sonderbehandlung

teil - entgegenstehen.  
Sonderbehandlung - Tötung ohne Gerichts-  
dem staatspolizeilichen Machtmittel der  
wollten sie jedweder Zersetzungsgefahr mit  
Vorwand der Erhaltung der deutschen Wehrkraft  
heimlich beseitigt werden können. Unter dem  
des RSHA und der ihnen unterstellten Gestapo,  
von den Instanzen des SS-Machtparates, d.h.  
Gegner - ohne Urteil - im Verwaltungsverfahren  
jedes gerichtsförmigen Verfahrens sollten  
nichten. Durch Ausschaltung der Justiz und  
nunmehr dazu über, sie auch physisch zu ver-  
und KL-Einweisung zu isolieren, gingen sie  
begünstigen, ihre "Feinde" durch Schutzhaft  
zu machen". Während sie sich bis dahin noch  
Gegner des Regimes mit Gewalt "unschädlich  
sozialistischen Machthaber ihre Methoden,  
1. September 1939 verschärften die national-  
Unmittelbar nach Kriegsbeginn am



2. aus dem Pkw Alfa Romeo pol. Kennzeichen B-RK 36 die Fahrgestellnummer herauschnitt und in den Pkw Alfa Romeo, pol. Kennzeichen B-M 1148 einlötete, wie sich aus dem FS-Erlaß vom 21. Mai 1940 alsdann die Motornummer des Pkw Alfa Romeo pol. Kennzeichen B-M 1148 durch Bearbeiten mit einem Werkzeug unkenntlich machte und eine neue Nummer in den Motorblock einschlug.

-Vergehen, strafbar nach den §§ 242, 267, 74 StGB-

Beweismittel:

Bl. 13ff, 29, 30

I. Angaben des Angeschuldigten  
II. Zeugen:

Bl. 1

1. Bodo Z i c h e r t ,  
Berlin 44, Sonnenallee 186.

Bl. 11

2. Werkstattleiter H e c k e l ,  
zu laden: Fa. Herbert Schultze,  
Berlin 12, Kantstr. 126,

III. Urkunde:

Bl. 27

Untersuchungsbericht der KTU "unschädlich zu machen". Während sie sich bis dahin noch

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Bl. 15

Der Angeschuldigte ist als Autobastler, Eigentümer von verschiedenen Alfa Romeo- Karosserien und Motoren. Er erwarb diese Autoteile bei der Alfa Romeo-Vertretung Stöhr in Berlin 47, Jahnstr. 84, und lernte dort den

Bl. 15R

Justizbeamten Zichert kennen, der Eigentümer eines roten, d.h. Alfa Romeo, Baujahrs 1969, pol. Kennzeichen B-M 1148 war. Gestapo, In der Nacht zum 31. Dezember 1969 beschloß Kowalski, unter den in der Sonnenallee in Neukölln vor der Wohnung des Zeugen Zichert geparkten Alfa Romeo zu entwenden. Diesen mit

Bl. 11f

Entschluß setzte er in die Tat um. Am 16. März 1970 gab der Angeschuldigte den Wagen in die Autowerkstatt Herbert- teil - entgegen.



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 24. Juni 1970  
Turmstraße 91

57 Js 1379/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13

Der Elektriker Bernd K o w a l s k i ,  
geboren am 9. Februar 1947 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 47 (Neukölln), Zimmererweg 11,  
Deutscher, verheiratet,  
zweimal vorbestraft, davon einmal einschlägig,  
- Strafregisterauszug anbei -

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
in der Nacht zum 31. Dezember 1969  
und in der Zeit danach  
durch zwei selbständige Handlungen

1. eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen,
2. zur Täuschung im Rechtsverkehr eine echte Urkunde verfälscht zu haben,

indem er

1. in der Nacht zum 31. Dezember 1969 den in Neukölln, Sonnenallee 186, am Straßenrand geparkten und ordnungsgemäß verschlossenen Pkw Alfa Romeo, polizeiliches Kennzeichen B-M 1148 des Bodo Zichert entwendete,



Dok.O. I, 1 ff.

In dem von H e y d r i c h unterzeichneten Erlaß vom 3. September 1939 -  
- PP II - Nr. 223.39 g. - tritt deutlich die Brutalität hervor, mit der sich damals bereits die NS-Führung anschickte, die ihr ausgelieferten Menschen zu behandeln. Es heißt dort:

Dok.O. I, 1-2

"Betr.: Grundsätze der inneren Staats-sicherung während des Krieges.

- - - - -

Um den für die Verwirklichung der Ziele des Führers notwendigen einheitlichen Einsatz aller Kräfte des Volkes gegen jede Störung und Zersetzung zu sichern, werden für den Vollzug der Aufgabe der inneren Staats-sicherung die folgenden Grundsätze aufgestellt, nach denen die Tätigkeit der Sicherheitsorgane des Reiches sich zu richten hat.

1. Jeder Versuch, die Geschlossenheit und ~~und den Kampfwillen~~ des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken. Insbesondere ist gegen jede Person sofort durch Festnahme einzuschreiten, die in ihr ihren Äußerungen am Sieg des deutschen Volkes zweifelt oder das Recht des Krieges in Frage stellt.

2. und 3. pp.

4. Nach der Festnahme einer verdächtigen Person sind unverzüglich alle zur möglichst vollständigen Klärung des Falles erforderlichen Ermittlungen durchzuführen. Hierbei ist an Hand der bei den Staatspolizei-(leit)stellen und bei den SD-Unterabschnitten vorhandenen Unterlagen und durch Vernehmung geeigneter Gewährspersonen - auch durch Befragen der örtlichen Parteidiensstellen - möglichst gründlich festzustellen, aus welcher allgemeinen Einstellung und aus welchen besonderen Beweggründen die betreffenden



In dem von He y d r i c h unterzeich-  
neten Erlass vom 3. September 1939  
- PP II - Nr. 223.39 g. - tritt deutlich  
die Brutalität hervor, mit der sich da-  
mals bereits die NS-Führung anmaßte,  
die ihr ausgelieferten Menschen zu be-  
handeln. Es heißt dort:

Dok.O.I, I ff.

"Betr.: Grundsätze der inneren Staats-  
sicherung während des Krieges.

Dok.O.I, I-2

- - - - -

Um den für die Verwirklichung der  
Ziele des Führers notwendigen ein-  
heitlichen Einsatz aller Kräfte des  
Volkes gegen jede Störung und Zerset-  
zung zu sichern, werden für den Voll-  
zug der Aufgabe der inneren Staats-  
sicherung die folgenden Grundsätze  
aufgestellt, nach denen die Tätigkeit  
der Sicherheitsorgane des Reiches  
sich zu richten hat.

1. Jeder Versuch, die Geschlossenheit  
und den Kampfwillen des deutschen  
Volkes zu zersetzen, ist rücksichts-  
los zu unterdrücken. Insbesondere  
ist gegen jede Person sofort durch  
Festnahme einzuschreiten, die in  
ihren Äußerungen am Sieg des deut-  
schen Volkes zweifelt oder das  
Recht des Krieges in Frage stellt.

2. und 3. pp.

4. Nach der Festnahme einer verdäch-  
tigen Person sind unverzüglich alle  
zur möglichst vollständigen Klärung  
des Falles erforderlichen Ermitt-  
lungen durchzuführen. Hierbei ist  
an Hand der bei den Staatspolizei-  
(leit)stellen und bei den SD-Unter-  
abschnitten vorhandenen Unterlagen  
und durch Vernehmung geeigneter  
Gepährpersonen - auch durch Befra-  
gen der örtlichen Parteidienst-  
stellen - möglichst gründlich fest-  
zustellen, aus welcher allgemeinen  
Einstellung und aus welchen beson-  
deren Beweggründen die betreffenden



2. aus dem Pkw Alfa Romeo pol. Kennzeichen B-RK 36 die Fahrgestellnummer herauschnitt und in den Pkw Alfa Romeo, pol. Kennzeichen B-M 1148 einlötete, alsdann die Motornummer des Pkw Alfa Romeo pol. Kennzeichen B-M 1148 durch Bearbeiten mit einem Werkzeug unkenntlich machte und eine neue Nummer in den Motorblock einschlug.

-Vergehen, strafbar nach den §§ 242, 267, 74 StGB-

Beweismittel:

Bl. 13ff, 29, 30

I. Angaben des Angeschuldigten

II. Zeugen:

Bl. 1

1. Bodo Z i c h e r t, Berlin 44, Sonnenallee 186.

Bl. 11

2. Werkstattleiter H e c k e l, zu laden: Fa. Herbert Schultze, Berlin 12, Kantstr. 126.

III. Urkunde:

Bl. 27

Untersuchungsbericht der KTU.

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Bl. 15

Der Angeschuldigte ist als Autobastler Eigentümer von verschiedenen Alfa Romeo- Karosserien und -Motore. Er

Bl. 15R

erwarb diese Autoteile bei der Alfa Romeo-Vertretung Stöhr in Berlin 47, Jahnstr. 84, und lernte dort den Justizbeamten Zichert kennen, den Eigentümer eines roten Alfa Romeo, Baujahr 1969, pol. Kennzeichen B-M 1148 war.

Bl. 11f

In der Nacht zum 31. Dezember 1969 beschloß Kowalewski, den in der Sonnenallee in Neukölln vor der Wohnung des Zeugen Zichert geparkten Alfa Romeo zu entwenden. Diesen Entschluß setzte er in die Tat um. Am 16. März 1970 gab der Angeschuldigte den Wagen in die Autowerkstatt Herbert



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 24. Juni 1970  
Turmstraße 91

57 Js 1379/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -  

---

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13

Der Elektriker Bernd K o w a l s k i ,  
geboren am 9. Februar 1947 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 47 (Neukölln), Zimmererweg 11,  
Deutscher, verheiratet,  
zweimal vorbestraft, davon einmal einschlägig,  
- Strafregisterauszug anbei -

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
in der Nacht zum 31. Dezember 1969  
und in der Zeit danach  
durch zwei selbständige Handlungen

1. eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen,
2. zur Täuschung im Rechtsverkehr eine echte Urkunde verfälscht zu haben,

indem er

1. in der Nacht zum 31. Dezember 1969 den in Neukölln, Sonnenallee 186, am Straßenrand geparkten und ordnungsgemäß verschlossenen Pkw Alfa Romeo, polizeiliches Kennzeichen B-M 1148 des Bodo Zichert entwendete,



Personen gehandelt haben. Alsdann ist unverzüglich dem Chef der Sicherheitspolizei Bericht zu erstatten und um Entscheidung über die weitere Behandlung der festgenommenen Personen zu bitten, da gegebenenfalls auf höhere Weisung brutale Liquidierung solcher Elemente erfolgen wird. ...."

Dok. O. I, 4 455

In zwei weiteren Erlassen vom 7. und 15. September 1939 ergänzte H e y d r i c h seine "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges", rügte darin, daß "Personen entgegen seinen Weisungen dem Gericht überstellt worden sind wegen Sachverhalten, die eine Sonderbehandlung gefordert hätten" und bringt in einer Klammerdefinition im Erlaß vom 20. September 1939 - PP II 39 - unmißverständlich zum Ausdruck, daß unter Sonderbehandlung die Exekution der Betroffenen zu verstehen ist. In dem Erlaß heißt es hierzu:

Dok. O. I, 5-88

"Bei den Fällen zu Ziffer 1 ist zu unterscheiden zwischen solchen, die auf dem bisher üblichen Wege erledigt werden können und solchen, welche einer Sonderbehandlung zugeführt werden müssen. Im letzteren Falle handelt es sich um solche Sachverhalte, die hinsichtlich ihrer Verwerflichkeit, ihrer Gefährlichkeit oder ihrer propagandistischen Auswirkung geeignet sind, ohne Ansehung der Person durch rücksichtsloses Vorgehen (nämlich durch Exekution) ausgemerzt zu werden.

Solche Fälle sind z.B. Sabotageversuche, Aufwiegelung oder Zersetzung von Heeresangehörigen oder eines größeren Personenkreises, Hamsterei in großen Mengen, aktive kommunistische oder marxistische Betätigung usw.

Diese Fälle sind nur als Beispiel zu werten und haben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch hier muß es den Stapoleit- und Stapostellen überlassen bleiben, mit psychologischem und politischem Fingerspitzengefühl vorzuentcheiden, ob sich dieser oder jener Fall zu einer Sonderbehandlung eignet. - Glaubt die Stapoleit-



Personen gehandelt haben. Alsdann ist un-  
verzüglich dem Chef der Sicherheitspolizei  
Bericht zu erstatten und um Entscheidung  
über die weitere Behandlung der festgenom-  
menen Personen zu bitten, da gegebenenfalls  
auf höhere Weisung brutale Liquidierung  
solcher Elemente erfolgen wird. ...."

In zwei weiteren Erlassen vom 7. und  
15. September 1939 ergänzte Heydrich  
seine "Grundsätze der inneren Staatssicherung  
während des Krieges", fügte darin, daß "Perso-  
nen entgegen seinen Weisungen dem Gericht  
überstellt worden sind wegen Sachverhalten,  
die eine Sonderbehandlung gefordert hätten"  
und bringt in einer Klammerdefinition im  
Erlass vom 20. September 1939 - R II 39 -  
unmißverständlich zum Ausdruck, daß unter  
Sonderbehandlung die Exekution der Betref-  
fen den zu verstehen ist. In dem Erlass heißt es  
hierzu:

"Bei den Fällen zu Ziffer 1 ist zu unter-  
scheiden zwischen solchen, die auf dem dis-  
ziplinären Wege erledigt werden können  
und solchen, welche einer Sonderbehandlung  
zugeführt werden müssen. Im letzteren Falle  
handelt es sich um solche Sachverhalte,  
die hinsichtlich ihrer Verwertlichkeit,  
ihrer Gefährlichkeit oder ihrer propagan-  
distischen Auswirkung geeignet sind, ohne  
Ansehung der Person durch rückstandslos-  
es Vorgehen (nämlich durch Exekution)  
ausgemerzt zu werden.  
Solche Fälle sind z.B. Sabotageversuche,  
Aufwiegelung oder Zersetzung von Heeres-  
angehörigen oder eines größeren Personen-  
kreises, Hamsterung in großen Mengen, akti-  
ve kommunistische oder marxistische Betä-  
tigung usw.  
Diese Fälle sind nur als Beispiel zu wer-  
ten und haben keinen Anspruch auf Voll-  
ständigkeit. Auch hier muß es den Stapo-  
leit- und Stapostellen überlassen bleiben,  
mit psychologischem und politischem Finger-  
spitzengefühl vorzuentcheiden, ob sich  
dieser oder jener Fall zu einer Sonderbe-  
handlung eignet. - Glaubt die Stapo-

Dok.O.I. 4-2

Dok.O.I. 5-8



2. aus dem Pkw Alfa Romeo pol.Kennzeichen B-RK 36 die Fahrgestellnummer herausgeschnitten und in den Pkw Alfa Romeo, pol.Kennzeichen B-M 1148 einlötete, alsdann die Motornummer des Pkw Alfa Romeo pol.Kennzeichen B-M 1148 durch Bearbeiten mit einem Werkzeug unkenntlich machte und eine neue Nummer in den Motorblock einschlug.

Dok.O. I, 4-5

-Vergehen, strafbar nach den §§ 242, 267, 74 StGB -

Beweismittel:

Bl. 13ff, 29, 30

I. Angaben des Angeeschuldigten Sachverhalten,

II. Zeugen:

Bl. 1

Dok.O. I, 5-8

Bl. 11

1. Bodo Zichert, Berlin 44, Sonnenallee 186, unmissverständlich zum Ausdruck, daß unter Sonderbehandlung der Angehörigen der Betreffenden zu verstehen ist es

III. Urkunde:

Bl. 27

Untersuchungsbericht der KTU. Unterscheiden zwischen solchen, die auf dem bisherigen üblichen Wege erledigt werden können und solchen, welche einer Sonderbehandlung bedürftig sind. In letzterem Falle handelt es sich um solche Sachverhalte,

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Bl. 15

Der Angeeschuldigte ist als Autobastler Eigentümer von verschiedenen Alfa Romeo- Karosserien und -Motoren. Er erwarb diese Autoteile bei der Alfa Romeo-Vertretung Stöhr in Berlin 47, Jahnstr. 84, und lernte dort den

Bl. 15R

Justizbeamten Zichert kennen, der Eigentümer eines roten Alfa Romeo, Baujahr 1969, pol.Kennzeichen B-M 1148 war. In der Nacht zum 31. Dezember 1969 beschloß Kowalski, aktiv in der Sonnenallee in Neukölln vor der Wohnung des

Bl. 11f

Zeugen Zichert geparkten Alfa Romeo zu entwenden. Diesen Entschluß setzte er in die Tat um. Am 16. März 1970 gab der Angeeschuldigte den Wagen in die Autowerkstatt Herbertiben, mit psychologischen und politischem Fingerspitzengefühl vorzuentschenden, ob sich dieser oder jener Fall zu einer Sonderbehandlung eignet. - Glaubt die Stapoleit-



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 24. Juni 1970  
Turmstraße 91

57 Js 1379/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -  

---

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13

Der Elektriker Bernd K o w a l s k i ,  
geboren am 9. Februar 1947 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 47 (Neukölln), Zimmererweg 11,  
Deutscher, verheiratet,  
zweimal vorbestraft, davon einmal einschlägig,  
- Strafregisterauszug anbei -

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
in der Nacht zum 31. Dezember 1969  
und in der Zeit danach  
durch zwei selbständige Handlungen

1. eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen,
2. zur Täuschung im Rechtsverkehr eine echte Urkunde verfälscht zu haben,

indem er

1. in der Nacht zum 31. Dezember 1969 den in Neukölln, Sonnenallee 186, am Straßenrand geparkten und ordnungsgemäß verschlossenen Pkw Alfa Romeo, polizeiliches Kennzeichen B-M 1148 des Bodo Zichert entwendete,



und Stapostelle in einem Fall, daß sich dieser zur Sonderbehandlung eignet, ist sofort Schutzhaft zu verhängen und schnellstens (Blitz-Fs) an hier zu berichten. ...

Jene Fälle, welche sich aufgrund des Sachverhalts zu einer Sonderbehandlung nicht eignen, sind, wie bisher, in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten, d.h. es ist ggf. mit Schutzhaft, mit Erstattung einer Strafanzeige, mit Verwarnung usw. vorzugehen. ...

Es ist Vorsorge zu treffen, daß die Kreis- und Ortspolizeibehörden besonders schwere Fälle sofort an die zuständige Stapoleit- und Stapostelle melden, sodaß durch entsprechende Anordnung die Überstellung der festgenommenen Personen an den Ermittlungsrichter bis zum Eintreffen der Endentscheidung vermieden wird. ..."

~~Dok.O.~~

Dok.Ø. I, 9-1010

In dem für Kriegsgefangene zuständigen Referat II A, später IV A 1, des RSHA legte der damalige Referatsleiter H e l l e r , Vorgänger des späteren Referatsleiters IV A 1 V o g t , nach einer Referentenbesprechung in einem Vermerk vom 26. September 1939 die Richtlinien dar, nach denen die sogenannten Kriegsdelikte zu bearbeiten waren. Eingehend wird hier die Anwendung der "Sonderbehandlung" erörtert und gleichzeitig deren Bedeutung als einer Umschreibung für Exekution unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Es heißt dort:

Dok.O. I, 9-1115

"In der heutigen Referentenbesprechung legte Abteilungsleiter II nochmals die Richtlinien dar, nach denen die sogenannten Kriegsdelikte zu bearbeiten sind:

- a) Sonderbehandlung (~~Exekution~~):  
Sonderbehandlungen werden grundsätzlich bei II A bearbeitet mit Ausnahme von Fällen, der Sonder-



und Stabsstelle in einem Fall, das sich dieser zur Sonderbehandlung eignet, ist sofort Schutzhaft zu verhängen und schnellstens (Blitz-Fs) an hier zu berichten. ... jene Fälle, welche sich aufgrund des Sachverhalts zu einer Sonderbehandlung nicht eignen, sind, wie bisher, in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten, d.h. es ist ggf. mit Schutzhaft, mit Erstattung einer Strafanzeige, mit Verwarnung usw. vorzugehen. ... Es ist Vorsorge zu treffen, daß die Kreis- und Ortspolizeibehörden besonders schwere Fälle sofort an die zuständigen Stabs- und Stabsstelle melden, sodas durch entsprechende Anordnung die Überstellung der festgenommenen Personen an den Ermittlungsrichter bis zum Eintreffen der Entscheidung vermieden wird. ..."

In dem für Kriegesgefangene zuständigen Referat II A, später IV A 1, des RSHA legte der damalige Referatsleiter Heiler, Vorgänger des späteren Referatsleiters IV A 1 Vogt, nach einer Referentenbesprechung in einem Vermerk vom 26. September 1939 die Richtlinien dar, nach denen die sogenannten Kriegesdelikte zu bearbeiten waren. Eingehend wird hier die Anwendung der "Sonderbehandlung" erörtert und gleichzeitig deren Bedeutung als einer Umschreibung für Exekution unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Es heißt dort:

"In der heutigen Referentenbesprechung legte Abteilungsleiter II nochmals die Richtlinien dar, nach denen die sogenannten Kriegesdelikte zu bearbeiten sind:

a) Sonderbehandlung (Exekution): Sonderbehandlungen werden grundsätzlich bei II A bearbeitet mit Ausnahme von Fällen, der Sonder-

Dok.O.I. 9 - 10

Dok.O.I. 9



2. aus dem Pkw Alfa Romeo pol. Kennzeichen B-RK 36 die Fahrgestellnummer herauschnitt und in den Pkw Alfa Romeo, pol. Kennzeichen B-M 1148 einlötete, alsdann die Motornummer des Pkw Alfa Romeo pol. Kennzeichen B-M 1148 durch Bearbeiten mit einem Werkzeug unkenntlich machte und eine neue Nummer in den Motorblock einschlug.

-Vergehen, strafbar nach den §§ 242, 267, 74 StGB-

Beweismittel:

Bl. 13ff, 29, 30

I. Angaben des Angeschuldigten

II. Zeugen:

Bl. 1

1. Bodo Z i c h e r t ,  
Berlin 44, Sonnenallee 186,

Bl. 11

2. Werkstattleiter H e c k e l ,  
zu laden: Fa. Herbert Schultze,  
Berlin 12, Kantstr. 126,

III. Urkunde:

Bl. 27

Untersuchungsbericht der KTU.

Dok. 01, 12, 9 - 10

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Bl. 15

Der Angeschuldigte ist als Autobastler Eigentümer von verschiedenen Alfa Romeo-Karosserien und -Motoren. Er erwarb diese Autoteile bei der Alfa Romeo-Vertretung Stöhr in Berlin 47, Jahnstr. 84, und lernte dort den Justizbeamten Zichert kennen, der Eigentümer eines roten Alfa Romeo, Baujahr 1969, pol. Kennzeichen B-M 1148 war.

Bl. 15R

In der Nacht zum 31. Dezember 1969 beschloß Kowalski, den in der Sonnenallee in Neukölln vor der Wohnung des Zeugen Zichert geparkten Alfa Romeo zu entwenden. Diesen

Bl. 11f

Entschluß setzte er in die Tat um. Am 16. März 1970 gab der Angeschuldigte den Wagen in die Autowerkstatt Herbert



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 24. Juni 1970  
Turmstraße 91

57 Js 1379/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -  

---

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13

Der Elektriker Bernd K o w a l s k i ,  
geboren am 9. Februar 1947 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 47 (Neukölln), Zimmererweg 11,  
Deutscher, verheiratet,  
zweimal vorbestraft, davon einmal einschlägig,  
- Strafregisterauszug anbei -

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
in der Nacht zum 31. Dezember 1969  
und in der Zeit danach  
durch zwei selbständige Handlungen

1. eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen,
2. zur Täuschung im Rechtsverkehr eine echte Urkunde verfälscht zu haben,

indem er

1. in der Nacht zum 31. Dezember 1969 den in Neukölln, Sonnenallee 186, am Straßenrand geparkten und ordnungsgemäß verschlossenen Pkw Alfa Romeo, polizeiliches Kennzeichen B-M 1148 des Bodo Zichert entwendete,



behandlung gegen Geistliche, Theologen und Bibelforscher, für die II B zuständig ist.

In der Vorlage an den Reichsführer SS soll nun nicht etwa der Bericht der Stapo(leit)-stellen wörtlich verwandt werden, sondern es soll eigener Stil (möglichst Telegrammstil) zur Anwendung kommen. Der Bericht muß enthalten:

Die wirtschaftliche Lage, persönliche Verhältnisse, Sachverhalt, Würdigung.

Es ist ein Vorschlag zu machen entweder lautend auf Exekution, oder es ist die Bitte um Weisung, was geschehen soll, auszusprechen.

Darüber hinaus sollen dem Reichsführer SS auch Fälle vorgelegt werden, die besonders gelagert sind und besonderes Interesse beanspruchen, ohne daß Sonderbehandlungen (Exekution) erforderlich ist. Hier kann der Zusatz gemacht werden: "Eignet sich nicht zur Sonderbehandlung".

Zur Zuständigkeit von II A gehören auch Sonderfälle der Hamsterei, in denen es auch denkbar ist, daß Exekutionemorgeschlagen wird. ..."

Fortan wurde im Sprachgebrauch des RSHA, der Gestapo, der KL's und des WVHA für Tötungen der Begriff "Sonderbehandlung" zur Tarnbezeichnung für die physische Vernichtung des Gegners - unter Ausschluß der Justiz oder eines justizförmigen Verfahrens - im "Verwaltungswege" durch den Machtapparat der SS verwendet. Voraussetzungen waren 1. ein Verstoß gegen - meistens geheime - diskriminierende Anordnungen des RSHA, ohne daß ein krimineller Tatbestand mit gesetzlicher Strafandrohung verwirklicht zu sein brauchte, 2. eine auf Sonderbehandlung lautende Anordnung des RFSS oder CdS - bzw. dem ab 27. September 1939 errichteten RSHA <sup>Daß</sup> die Anordnung einer Sonderbehandlung <sup>nur</sup> vorbehalten war, ist eindeutig in dem Erlaß vom 20. September 1939 niedergelegt und ohne Einschränkung bis kurz vor Kriegsende streng beachtet worden. Er wird wieder-



ende streng beachtet worden. Er wird wieder-  
und ohne Einschränkung bis kurz vor Kriegs-  
dem Erlaß vom 20. September 1939 niedergelegt  
behandelt worden war, ist eindeutig in  
richteten RSHA - die Anordnung einer Sonder-  
oder GdS - bzw. dem ab 27. September 1939 er-  
Sonderbehandlung lautende Anordnung des RFS  
verwirklicht zu sein bräuchte, z. eine auf  
Tatbestand mit gesetzlicher Strafandrohung  
Anordnungen des RSHA, ohne daß ein kriminelles  
gegen - meistens geheime - diskriminierende  
wendet. Voraussetzungen waren 1. ein Verstoß  
tungswege" durch den Machtpaparat der SS ver-  
eines Justizförmigen Verfahrens - im "Verwal-  
Gegners - unter Ausschluß der Justiz oder  
zeichnung für die physische Vernichtung des  
der Begriff "Sonderbehandlung" zur Tarnbe-  
der KL's und des WVHA für Tötungen  
Fortan wurde im Sprachgebrauch des RSHA, der

gen wird. ..."

Sonderfälle der Hamstererei, in denen es  
zur Zuständigkeit von II A gehören auch  
nicht zur Sonderbehandlung".  
der Zusatz gemacht werden: "Eignet sich  
(Exekution) erforderlich ist. Hier kann  
ansprechen, ohne daß Sonderbehandlung  
gelagert sind und besonderes Interesse be-  
auch Fälle vorgelegt werden, die besonders  
Darüber hinaus sollen dem Reichsführer SS  
zusprechen.  
Bitten um Weisung, was geschehen soll, aus-  
lautend auf Exekution, oder es ist die  
Es ist ein Vorschlag zu machen entweder  
Häufnisse, Sachverhalt, Würdigung.  
Die wirtschaftliche Lage, persönliche Ver-  
muß enthalten:  
stil) zur Anwendung kommen. Der Bericht  
es soll eigener Stil (möglichst Telegramm-  
stellen wörtlich verwendet werden, sondern  
nun nicht etwa der Bericht der Stapo(Leit)-  
In der Vorlage an den Reichsführer SS soll  
ist.

und Bibelforscher, für die II B zuständig  
behandlung gegen Geistliche, Theologen



2. aus dem Pkw Alfa Romeo pol.Kennzeichen B-RK 36 die Fahrgestellnummer herausgeschnitten und in den Pkw Alfa Romeo, pol.Kennzeichen B-M 1148 einlötete, alsdann die Motornummer des Pkw Alfa Romeo pol.Kennzeichen B-M 1148 durch Bearbeiten mit einem Werkzeug unkenntlich machte und eine neue Nummer in den Motorblock einschlug.

-Vergehen, strafbar nach den §§ 242, 267, 74 StGB- Es ist die Bitte um Weisung, was geschehen soll, auszusprechen.

Beweismittel:

Bl.13ff,29,30 I. Angaben des Angeschuldigten

II. Zeugen:

Bl.1 1. Bodo Zichert, Berlin 44, Sonnenallee 186.

Bl.11 2. Werkstattleiter Heckerl, zu laden: Fa. Herbert Schultze, Berlin 12, Kantstr.126,

III. Urkunde:

Bl.27 Untersuchungsbericht der KTU. der Begriff "Sonderbehandlung" zur Tarnbe-

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen

Bl.15 Der Angeschuldigte ist als Autobastler Eigentümer von verschiedenen Alfa Romeo Karosserien und Motoren. Er erwarb diese Autoteile bei der Alfa Romeo-Vertretung Stöhr in Berlin 47, Jahnstr.84, und lernte dort den Justizbeamten Zichert kennen, der Eigentümer eines roten

Bl.15R Alfa Romeo, Baujahr 1969, pol.Kennzeichen B-M 1148 war. In der Nacht zum 31. Dezember 1969 beschloß Kowalski, den in der Sonnenallee in Neukölln vor der Wohnung des RFSS Zeugen Zichert geparkten Alfa Romeo zu entwenden. Diesen

Bl.11f Entschluß setzte er in die Tat um. Am 16. März 1970 gab Sonder- der Angeschuldigte den Wagen in die Autowerkstatt Herbertig in

Dok.9. I, 5 - 8 dem Erlaß vom 20. September 1939 niedergelegt und ohne Einschränkung bis kurz vor Kriegs- ende streng beachtet worden. Er wird wieder-



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 24. Juni 1970  
Turmstraße 91

57 Js 1379/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Schöffengericht -  

---

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 13

Der Elektriker Bernd K o w a l s k i ,  
geboren am 9. Februar 1947 in Berlin,  
wohnhaft in Berlin 47 (Neukölln), Zimmererweg 11,  
Deutscher, verheiratet,  
zweimal vorbestraft, davon einmal einschlägig,  
- Strafregistrauszug anbei -

wird a n g e k l a g t ,

in B e r l i n  
in der Nacht zum 31. Dezember 1969  
und in der Zeit danach  
durch zwei selbständige Handlungen

1. eine fremde bewegliche Sache einem anderen in der Absicht weggenommen zu haben, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen,
2. zur Täuschung im Rechtsverkehr eine echte Urkunde verfälscht zu haben,

indem er

1. in der Nacht zum 31. Dezember 1969 den in Neukölln, Sonnenallee 186, am Straßenrand geparkten und ordnungsgemäß verschlossenen Pkw Alfa Romeo, polizeiliches Kennzeichen B-M 1148 des Bodo Zichert entwendete,



Dok.O. II, 1599

holt in dem Erlaß des WVHA vom 17. März 1942 - D I/1 Az: 14 f I/Ot. H -, in dem Geheim Tgb.Nr. 160.42

es ausdrücklich heißt:

"Auf Anfrage teilt das RSHA mit, daß Exekutionsanweisungen für Polen und Juden aus dem Generalgouvernement nach wie vor vom Chef der Sicherheitspolizei bzw. Reichssicherheitshauptamt und von keiner anderen Stelle an die <sup>8</sup>Konzentrationslager gegeben werden können."

Letztmalig wurde dieser Grundsatz in dem Erlaß des RFSS vom 6. Januar 1943 - S IV D 2 - 450/42 g - 81 - bekanntgegeben, wobei gleichzeitig die Durchführung der Exekutionen in allen Einzelheiten festgelegt wurden. Zum generellen Vorbehalt der Anordnungsbefugnis einer Exekution nur durch das RSHA heißt es dort:

Dok.O. III, 1700-47272

"... Die Anordnung der Exekution erfolgt mittels Schnellbriefes oder FS an die zuständige Staatspolizei-leitstelle bzw. den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. Diese Dienststelle hat von der Anordnung zu verständigigen:

1. den Höheren SS- und Polizeiführer,
2. den Befehlshaber bzw. den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD.

Die Anordnung wird gezeichnet vom Chef des Amtes IV des RSHA oder von einem besonders Beauftragten. ..."

Dok.O. III, 281

Erst mit Erlaß des RFSS vom 1. November 1944 - S IV B 2 - 816/44 geh. Rs. - wurde dieser Grundsatz durchbrochen und den HSSPf, BdS, IdS oder Leitern von



1942 - D I/1 Aa: 14 f I/Ot. H - , in dem  
Geheim Tgb.Nr. 160.42

es ausdrücklich heißt:

"Auf Anfrage teilt das RSHA mit, daß Exekutionsanweisungen für Polen und Juden aus dem Generalgouvernement nach wie vor vom Chef der Sicherheitspolizei bzw. Reichssicherheitshauptamt und von keiner anderen Stelle an die Konzentrationslager gegeben werden können."

Letztmalig wurde dieser Grundsatz in dem Erlaß des RFSS vom 6. Januar 1943  
- 2 IV D 2 - 450/42 & - 81 - bekanntgegeben, wobei gleichzeitig die Durchführung der Exekutionen in allen Einzelheiten festgelegt wurden. Zum generellen Vorbehalt der Anordnungsbedeutung einer Exekution nur durch das RSHA heißt es dort:

"... Die Anordnung der Exekution erfolgt mittels Schnellbriefes oder FS an die zuständige Staatspolizei-Stelle bzw. den Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. Diese Dienststelle hat von der Anordnung zu veranlassen:  
1. den Höheren SS- und Polizeiführer,  
2. den Befehlshaber bzw. den Inspektur der Sicherheitspolizei und des SD.  
Die Anordnung wird gezeichnet vom Chef des Amtes IV des RSHA oder von einem besonders Beauftragten. ..."

Erst mit Erlaß des RFSS vom 1. November 1944 - 2 IV B 2 - 816/44 keh. Ra. -  
wurde dieser Grundsatz durchbrochen und den HSSPf, BdS, IdS oder Leitern von



Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 30. Juni 1970  
Turmstraße 91

52 KLa 16/69

Fernruf: 35 01 11

G e g e n a n k l a r u n g

Bd.III auf die Revisionsbegründung des Rechtsanwalts  
Bl.96 d.A. Sachwahr vom 18. Juni 1970:

Die Revision rügt Verletzung der Aufklärungspflicht des  
Gerichts in folgenden Punkten:

Bd.III 1) Das Gericht habe es aufgrund der Hauptverhandlung zu  
Bl.96 Unrecht als festgestellt erachtet, daß der Angeklagte  
C i c h o s der Zeugin K ü h n zumindest einen  
Harten Schlag mit einem Ledergürtel versetzt habe.  
Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. März 1970:

Bd.III a) Aussage des Angeklagten Cichos:  
Bl.3

"Ich habe die Doris Kühn weder mit der Hand noch  
mit einem Gürtel geschlagen."

Bd.III b) Vernehmung der Zeugin Erika S c h m i d t :  
Bl.4

Das Bild aus Hülle Bl.28 d.A. wurde der Zeugin  
vorgelegt. Die Prozeßbeteiligten nahmen das Bild  
in Augenschein. Die Zeugin erklärte:

"Doris Kühn sah nicht so aus, als sie mein Lokal  
verließ. Sie kam aber so wieder, wie sie auf dem  
Bild aussieht und erzählte, daß sie verhaun  
worden sei. Mehrere Personen hätten mit ihr den  
Geschlechtsverkehr ausüben wollen."

Bd.III c) Vernehmung des Sachverständigen Professor  
Bl.7 Dr. Gerhard Rommeney:

Der Sachverständige erstattete sein Gutachten.



Das Bild aus Hülle Bl.28 d.A. wurde ihm vorgelegt. Der Sachverständige nannte und erläuterte die festgestellten Verletzungsspuren und erklärte:

"Doris Kühn wurde am 28. Februar 1969 vormittags in unserem Institut auf Ersuchen der Kriminalpolizei untersucht. Die Frau ist eine gewohnheitsmäßige Trinkerin. U.a. sind die Verletzungen am Auge, am Mund und am Hals mit Sicherheit frische Verletzungen, die durch dumpfe Gewalteinwirkung, z.B. Faustschläge, entstanden."

Protokoll der Fortsetzung der Hauptverhandlung vom 20. März 1970:

Bd.III  
Bl.21R, 22R

d) Aussage der Zeugin Doris Kühn:

"Der eine Mann, nicht der Angeklagte, forderte mich zum Geschlechtsverkehr auf. Weil ich dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde ich von den beiden Männern geschlagen. Der Angeklagte schlug mich mit einem Ledergürtel auf den Rücken und ins Gesicht, der andere Mann schlug nur mit der Hand. Zum Geschlechtsverkehr ist es aber nicht gekommen."

"Ein Mann hat versucht, seinen Geschlechtsteil bei mir einzuführen. Der andere Mann war auf jeden Fall im Zimmer. Ich kann aber nicht sagen, daß mich einer unmittelbar bei dem Versuch der Ausübung des Geschlechtsverkehrs schlug, wohl aber vorher und nachher. Mit Sicherheit kann ich nur sagen, daß ich einen Schlag mit dem Gürtelriemen erhalten habe."

Bd.III  
Bl.97

2) Das Gericht hätte im Zusammenhang damit aufklären müssen, was die Zeugin Kühn dem Bekannten, den sie anschließend aufsuchte, erklärt hatte.



Staatspolizei-leit-stellen die Befugnis übertragen, in Ausnahmesituationen (Störung der Befehlswege durch Kriegssereignisse) selbständig Exekutionen anzuordnen, die sie später nach Wegfall des Ausnahmegrundes dem RSHA zu melden hatten.

Dok.O. III, 287

Zur Zeit des sich anbahnenden endgültigen Zusammenbruchs übertrug der CdS schließlich mit FS-Erlass vom 6. Februar 1945 die Entscheidung über die Anordnung einer Sonderbehandlung allgemein dem <sup>n</sup>nach-geordneten örtlichen Dienststellen.

## 2. Grundlagen für Sonderbehandlungen gegen polnische Kriegsgefangene

### a) Allgemeine Grundlagen

Parallel zur Entwicklung rasse-theoretischer Grundlagen für die physische Vernichtung des polnischen Volkes und ihrer Anwendung durch die zuvor besprochenen Erlasse des Polenreferats IV D 2 wurde vom RSHA konsequent das Ziel verfolgt, Kriegsgefangene in bestimmten Fällen dem Schutz der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 und dem Gewahrsam der Wehrmacht zu entziehen.

Der Einbruch in den Schutzbereich der Wehrmacht für die polnischen Kriegsgefangenen gelang H i m m l e r anlässlich mehrerer Unterredungen mit H i t l e r im November 1939. Während noch das Rassepolitische Amt der Reichsleitung der NSDAP die Grundsätze über die "Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassepolitischen



Staatspolizei-leit-stellen die Befehle über-  
tragen, in Ausnahmestellungen (Störung der  
Befehlswege durch Kriegsergebnisse) selbstän-  
dig Exekutionen anzuordnen, die sie später  
nach Wegfall des Ausnahmegrundes dem RSHA zu  
melden hatten.

Zur Zeit des sich anbahnenden endgültigen Zu-  
sammenbruchs übergab der GdS schließlich mit  
F2-Erlass vom 6. Februar 1945 die Entscheidung  
über die Anordnung einer Sonderbehandlung  
allgemein den nach-geordneten örtlichen  
Dienststellen.

Dok.O.II, 237

2. Grundlagen für Sonderbehandlungen gegen polni-  
sche Kriegseingesessene

a) Allgemeine Grundlagen

Parallel zur Entwicklung rasse-theoretischer  
Grundlagen für die physische Vernichtung des  
polnischen Volkes und ihrer Anwendung durch  
die zuvor besprochenen Erlasse des Polenreife-  
rats IV D 2 wurde vom RSHA konsequent das  
Ziel verfolgt, Kriegseingesessene in bestimmten  
Fällen dem Schutz der Genfer Konvention vom  
27. Juli 1929 und dem Gewissens der Wehrmacht  
zu entziehen.

Der Einbruch in den Schutzbereich der Wehr-  
macht für die polnischen Kriegseingesessenen ge-  
lang H i m m l e r anlässlich mehrerer Unter-  
redungen mit H i t l e r im November 1939.  
Während noch das Rassepolitische Amt der  
Reichsleitung der NSDAP die Grundsätze über  
die "Behandlung der Bevölkerung der ehemali-  
gen polnischen Gebiete nach rassepolitischen



Protokoll der Fortsetzung der Hauptverhandlung  
vom 20. März 1970:

a) Aussage der Zeugin Doris Kühn:

Bd.III  
Bl.22

"Am nächsten Morgen ging ich mit den Männern zu einem Kumpel, den ich nicht kannte. Dort blieb ich ein paar Stunden. Die beiden anderen waren nicht lange geblieben."

b) Nach der Vernehmung eines jeden Zeugen und des Sachverständigen sowie nach der Verlesung eines jeden Schriftstücks wurde der Angeklagte befragt, ob er etwas zu erklären habe. Weitere Beweisanträge wurden auf ausdrückliches Befragen nicht gestellt.

Bd.III

Bl.97

3) Das Gericht hätte sich mit dem Ausbleiben der Zeugin K a l l u p nicht einfach abfinden dürfen, wenn es zu einer Verurteilung des Angeklagten Cichos wegen versuchter gemeinschaftlicher Notzucht kommen wollte.

a) Protokoll der Hauptverhandlung vom 17. März 1970

Bd.III

Bl.4

Der Zeuge K a l l u p erklärte, daß seine Frau an Magenkrämpfen leide und deswegen heute nicht erscheinen konnte. Ein Attest werde er nachreichen.

Bd.III

Bl.10

B. u. v.

122, 277

1. Die Hauptverhandlung wird unterbrochen.
2. Fortsetzungstermin am 20. März 1970, 09.15 Uhr, Saal 618.
3. Zu diesem Termin wird der Zeuge Kallup und seine Ehefrau, und zwar die Ehefrau durch Ersteren hiermit mündlich geladen.



Bd.III  
Bl.23R

b) Protokoll der Hauptverhandlung vom 20. März 1970:

Der Zeuge Kallup wurde in den Sitzungssaal gerufen und von dem vorstehenden Beschluß in Kenntnis gesetzt. Er überreichte ein ärztliches Attest, das als Anlage 1) zum Protokoll genommen wurde. Der Vorsitzende verlas den wesentlichen Inhalt des Attestes. Die Zeugin Kallup ist durch das Attest entschuldigt.

Bd.III  
Bl.28

c) Anlage 1) zum Protokoll vom 20. März 1970:

"Ärztliches Attest zur Vorlage bei dem  
Landgericht Berlin

.....

Frau Evelyn Kallup ist seit dem 17. März 1970 an  
Oberbauchkoliken erkrankt und konnte deshalb  
der Ladung als Zeugin nicht Folge leisten.

Berlin 27, den 19. 3. 70

gestempelt und gezeichnet

Dr. med. H. Wüstkamp."

Im Auftrage

Günther

Oberstaatsanwalt

Beglaubigt

Justizangestellte

Ro



Gesichtspunkten" ausarbeitete, sah H i m m l e r bereits den Zeitpunkt für gekommen an, sich von H i t l e r als der höchsten Befehls- und Gesetzgebungsgewalt die Befugnis geben zu lassen, polnische Kriegsgefangene bei Umgang mit deutschen Frauen töten zu lassen. H i m m l e r brauchte Hierfür eine "Legitimation" durch H i t l e r , um diese polnischen Kriegsgefangenen aus dem Schutzbereich der Wehrmacht herauszulösen und sie dem RSHA und der Gestapo auszuliefern. Am 10., 11. und 12. November 1939 trug H i m m l e r seine Mordpläne H i t l e r vor. Unter dem 20. November 1939 konnte er das Ergebnis seiner Bemühungen in folgendem Aktenvermerk niederlegen:

Dok.O. II, 141

"A k t e n v e r m e r k .

Ich habe in den Tagen 10., 11. oder 12.11.39 den Führer über die Frage der Behandlung von Fällen, in denen Kriegsgefangene mit deutschen Frauen und Mädeln freundschaftlich oder gar geschlechtlich verkehren und deutsche Frauen und Mädeln sich mit Kriegsgefangenen einlassen, um seine Meinung gebeten. Der Führer hat angeordnet, daß in jedem Falle ein Kriegsgefangener, der sich mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mädeln eingelassen hat, erschossen wird und dass die Frau bzw. das Mädeln in irgendeiner Form öffentlich angeprangert werden soll und zwar durch Abscheren der Haare und Verbringung in ein Konzentrationslager. Bei der erzieherischen Auswirkung solcher Massnahmen muss die Partei weitestgehend eingeschaltet werden.

Der Reichsführer-SS:

H. Himmler  
Berlin, den 20.11.39"



niederlegen:  
seiner Bemühungen in folgendem Aktenvermerk  
20. November 1939 konnte er das Ergebnis  
pläne Hitler vor. Unter dem  
vember 1939 trug Hitler seine Mord-  
Gestapo auszuliefern. Am 10., 11. und 12. No-  
herauszulösen und sie dem RSHA und der  
langenen aus dem Schutzbereich der Wehrmacht  
Hitler, um diese polnischen Kriega-  
brauchte hierfür eine "Legitimation" durch  
Frauen töten zu lassen. Hitler  
Kriegsgefangene bei Umgang mit deutschen  
die Befugnis geben zu lassen, polnische  
höchsten Befehls- und Gesetzgebungsgewalt  
kommen an, sich von Hitler als der  
Hitler bereits den Zeitpunkt für ge-  
Gesichtspunkten" ausarbeitete, sah

Dok.O. I, II

"Aktenerk."

werden.  
muss die Partei weitestgehend eingeschaltet  
sicherischen Auswirkung solcher Massnahmen  
in ein Konzentrationslager. Bei der er-  
durch Abscheren der Haare und Verbrühung  
lich angeprangert werden soll und zwar  
bzw. das Mädel in irgendeiner Form öffent-  
sen hat, erschossen wird und dass die Frau  
Frau oder einem deutschen Mädel eingelä-  
fangener, der sich mit einer deutschen  
geordnet, das in jedem Falle ein Kriega-  
seine Meinung gebeten. Der Führer hat an-  
sich mit Kriegsgefangenen einlassen, um  
verkehren und deutsche Frauen und Mädel  
freundschaftlich oder gar geschlechtlich  
gene mit deutschen Frauen und Mädeln  
handlung von Fällen, in denen Kriegsgefan-  
12.11.39 den Führer über die Frage der Be-  
Ich habe in den Tagen 10., 11. oder

Der Reichsführer-SS:

Berlin, den 20.11.39  
H. Himmler







Damit hatte sich H i m m l e r die Hand-  
habe verschafft, seine rassepolitischen Ver-  
nichtungspläne, die er im besetzten Polen be-  
reits durch die Einsatzgruppen der Sipo und  
des SD seit Kriegsbeginn ausführen ließ, auch  
auf das Reichsgebiet auszudehnen. H i t l e r s  
Entscheidung vom November 1939, "daß in jedem  
Falle ein - polnischer - Kriegsgefangener,  
der sich mit einer deutschen Frau ... einge-  
lassen hat, erschossen wird", war auch Grund-  
lage für die spätere Anordnung in dem Merk-  
blatt zu den allgemeinen Polenerlassen vom  
— 8. März 1940, Ziff. 7, wonach Polen, "die mit  
einer deutschen Frau ... geschlechtlich ver-  
kehren oder sich ihnen sonst unsittlich  
— nähern", mit dem Tode zu bestrafen sind, wie  
die Parallelentwicklung auf beiden Gebieten  
politischer Verfolgungen gegen Polen, Zivil-  
arbeiter und Kriegsgefangene, zeigte.

Erst zwei Monate später war H i m m l e r  
und H e y d r i c h der Einbruch in die  
bis dahin konkrete Amtsführung der Dienst-  
stelle Kriegsgefangenenwesen des Allgemeinen  
Wehrmachtsamtes beim OKW gelungen.

Unter dem 8. Januar 1940 verkündete  
H e y d r i c h in dem Erlaß - B.Nr. IV  
98/49 geheim - an alle Staatspolizei-leit-  
stellen und Kriminalpolizei(leit)stellen  
folgenden Inhalts *früher drückte*

Dok.O. I, 42

"Gemäss einer am 6.I.40 zwischen mir und  
dem OKW getroffenen Vereinbarung werden  
in Zukunft jene polnischen Kriegsgefange-  
nen, welche sich mit deutschen Frauen ein-  
gelassen haben, als Kriegsgefangene ent-  
lassen und der örtlich zuständigen Staats-  
polizei ( leit ) stelle überstellt.



Damit hatte sich H i m m l e r die Hand-  
habe verschafft, seine rassenpolitischen Ver-  
nichtungspläne, die er im besetzten Polen be-  
reits durch die Einsatzgruppen der Sipo und  
des SD seit Kriegsbeginn ausführen ließ, auch  
auf das Reichsgebiet auszuweiten. H i t l e r  
Entscheidung vom November 1939, "daß in jedem  
Falle ein - polnischer - Kriegsgefangener,  
der sich mit einer deutschen Frau ... einge-  
lassen hat, erschossen wird", war auch Grund-  
lage für die spätere Anordnung in dem Merk-  
blatt zu den allgemeinen Polenverlassen vom  
8. März 1940, Ziff. 7, wonach Polen, "die mit  
einer deutschen Frau ... geschlechtlich ver-  
kehren oder sich ihnen sonst unzüchtig  
nähern", mit dem Tode zu bestrafen sind, wie  
die Parallelentwicklung auf beiden Gebieten  
politischer Verfolgungen gegen Polen, Zivil-  
arbeiter und Kriegsgefangene, zeigte.

Erst zwei Monate später war H i m m l e r  
und H e y d r i c h der Einbruch in die  
bis dahin korrekte Amtsführung der Dienst-  
stelle Kriegsgefangenenwesen des Allgemeinen  
Wehrmachtsamtes beim OKW gelungen.

Unter dem 8. Januar 1940 verkündete  
H e y d r i c h in dem Erlaß - B.Nr. IV  
98/40 Geheim - an alle Staatspolizei-Leit-  
stellen und Kriminalpolizei (Leit)stellen  
folgende Grundsätze:

"Gemäß einer am 6.1.40 zwischen mir und  
dem OKW getroffenen Vereinbarung werden  
in Zukunft jene polnischen Kriegsgefangene-  
nen, welche sich mit deutschen Frauen ein-  
gelassen haben, als Kriegsgefangene ent-  
lassen und der örtlich zuständigen Staats-  
polizei (Leit) stelle überstellt.

Dok.O.I, 12







Die auf diesem Wege überstellten Kriegsgefangenen sind zunächst in Schutzhaft zu nehmen. Die Tatsache dieser Inschutzhaftnahme ist mit einer eingehenden Schilderung des Sachverhalts mittels FS ohne Verzug an mich zu berichten; weitere Weisung ist ~~dadann~~ abzuwarten."

Hervorzuheben verdient der Umstand, daß H e y d r i c h ausdrücklich von einer am 6. Januar 1940 zwischen ihm und dem OKW getroffenen Vereinbarung spricht, es also deutlich werden läßt, daß er im Auftrage von H i t l e r und H i m m l e r das OKW veranlaßt hat, den internationalen - auf Gegenseitigkeit beruhenden - Kriegsgefangenschutz flagrant zu verletzen und ohne Rücksicht auf eventuelle Repressalien gegen deutsche Kriegsgefangene oder Deutsche im Ausland herkömmliche Grundsätze des Völkerrechts zu verletzen.

Dok.O. II, 12

Die Wendung: "weitere Weisung ist sodann abzuwarten" bedeutete, daß eine Entscheidung des zuständigen Sachbearbeiters des RSHA mit Gegen- und Abzeichnung seiner Vorgesetzten über die Vornahme oder Nichtvornahme einer Sonderbehandlung ergehen und der den Einzelfall bearbeitenden Stapo-leit-stelle zur weiteren Veranlassung, gegebenenfalls zur Vornahme der Sonderbehandlung, übersandt werden wird.

Dok.O. II, 13

Nur äußerlich scheint der zwei Tage später ergangene OKW-Erlass vom 10. Januar 1940 - 2 f. 24 11a AWA/Kriegsgef. I c - der Vereinbarung vom 6./8. Januar 1940 mit dem RSHA zu widersprechen, wenn es dort heißt:



Die auf diesem Wege überstellten Kriegs-  
gefangenen sind zunächst in Schutzhaft zu  
nehmen. Die Tatsache dieser Inhaftierung  
nahme ist mit einer eingehenden Schilder-  
ung des Sachverhalts mittels F2 ohne Ver-  
zug an mich zu berichten; weitere Weisung  
ist sodann abzuwarten."

Hervorzuheben verdient der Umstand, daß  
H e y d r i c h ausdrücklich von einer am  
6. Januar 1940 zwischen ihm und dem OKW ge-  
troffenen Vereinbarung spricht, es also deut-  
lich werden läßt, daß er im Auftrage von  
H i t l e r und H i m m l e r das OKW  
veranlaßt hat, den internationalen - auf  
Gegenseitigkeit beruhenden - Kriegsgefangenen-  
schutz flüchtig zu verletzen und ohne Rück-  
sicht auf eventuelle Repressalien gegen deut-  
sche Kriegsgefangene oder Deutsche im Ausland  
herkömmliche Grundsätze des Völkerrechts zu  
verletzen.

Dok.O.I, 12

Die Wendung: "weitere Weisung ist sodann ab-  
zuwarten" bedeutete, daß eine Entscheidung  
des zuständigen Sachbearbeiters des RSHA mit  
Gegen- und Abzeichnung seiner Vorgesetzten  
über die Vornahme oder Nichtvornahme einer  
Sonderbehandlung ergehen und der den Einzel-  
fall bearbeitenden Stapo-Leit-stelle zur wei-  
teren Veranlassung, gegebenenfalls zur Vor-  
nahme der Sonderbehandlung, übersandt werden  
wird.

Dok.O.I, 13

Nur äußerlich scheint der zwei Tage später  
ergangene OKW-Erlaß vom 10. Januar 1940  
- 2 f. 24 11a AWA/Kriegsgef. I c - der Ver-  
einbarung vom 6./8. Januar 1940 mit dem RSHA  
zu widersprechen, wenn es dort heißt:







"Sämtliche Kr.Gef. sind sofort über nachstehenden Befehl eingehend zu unterrichten:

"Den Kriegsgefangenen wird strengstens verboten, unbefugt sich deutschen Frauen oder Mädchen irgendwie zu nähern oder mit ihnen in Verkehr zu treten."

Die Kr.Gef. sind darauf hinzuweisen, daß Zuwiderhandlungen dagegen als Ungehorsam mit Gefängnis bis zu 10 Jahren, unter Umständen nach § 5 a der 1. Ergänzungsverordnung vom 1.11.1939 zur Kriegssonderstrafrechtsverordnung (RGBl. I S. 2131) mit dem Tode bestraft werden.

Bei allen nicht ganz leichten Zuwiderhandlungen ist Tatbericht einzureichen, insbesondere bei Geschlechtsverkehr."

Zwar ist das Verbot des Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen späterhin Kriegsgefangenen aller Nationen mit den zitierten Strafandrohungen bekanntgegeben worden, letztere kamen jedoch nicht zur Anwendung, ganz abgesehen von der Frage, ob § 5 a der 1. ErgänzungsVO vom 1. November 1939 zur Kriegssonderstrafrechtsverordnung überhaupt auf GV-Fälle hätte angewandt werden dürfen. Mit diesem Erlaß hat das OKW/AWA offenbar den - unhaltbaren - Versuch unternommen, seiner mit dem RSHA am 6./8. Januar 1940 getroffenen Regelung der Entlassung polnischer Kriegsgefangener aus der Kriegsgefangenschaft bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen eine gesetzliche Grundlage zu geben.

Das RSHA hatte eine solche Scheinlegitimation dagegen nicht nötig. Im Sachgebiet IV A 1 c regelte es durch die Hand des Vorgängers des Beschuldigten K ö n i g s h a u s , des Amtsrats T h i e d e k e , eingehend den einzuhaltenden Weg der Sachbearbeitung in GV-Fällen polnischer Kriegsgefangener mit Erlaß vom 12. Februar 1940 - B-Nr. 98/40 g -, in dem es lapidar heißt:



in dem es lapidar heißt:

Erlaß vom 12. Februar 1940 - B.Nr. 98/40 g. -  
 GV-Fällen polnischer Kriegsgefangener mit  
 einzuhaltenen Weg der Sachbearbeitung in  
 Amtsrats T h i e d e k e , eingehend den  
 Beschuldigten K ö n i g s h a u s , des  
 regelte es durch die Hand des Vorgängers des  
 dargegen nicht nötig. Im Sachgebiet IV A 1 c  
 Das RSHA hatte eine solche Scheinlegitimation

Grundlage zu geben.

verkehr mit deutschen Frauen eine gesetzliche  
 aus der Kriegsgefangenschaft bei Geschlechts-  
 der Entlassung polnischer Kriegsgefangener

RSHA am 6./8. Januar 1940 getroffenen Regelung  
 baren - Versuch unternommen, seiner mit dem  
 Erlaß hat das OKW/AWA offenbar den - unhal-  
 hätte angewandt werden dürfen. Mit diesem

strafrechtsverordnung überhaupt auf GV-Fälle  
 zungsgVO vom 1. November 1939 zur Kriegsgefangen-  
 sehen von der Frage, ob § 2 a der 1. Ergän-

kamen jedoch nicht zur Anwendung, ganz abge-  
 androhungen bekanntgegeben worden, letztere  
 nen aller Nationen mit den zitierten Straf-  
 mit deutschen Frauen späterhin Kriegsgefangen-

Zwar ist das Verbot des Geschlechtsverkehrs

sondere bei Geschlechtsverkehr."  
 lungen ist Tatbericht einzureichen, insbe-  
 Bei allen nicht ganz leichten Zuwiderhand-  
 mit dem Tode bestraft werden.  
 strafrechtsverordnung (RGBl. I S. 2131)  
 ordnung vom 1.11.1939 zur Kriegsgefangen-  
 ständen nach § 2 a der 1. Ergänzungsver-  
 mit Gefängnis bis zu 10 Jahren, unter Um-  
 Zuwiderhandlungen dagegen als Ungehorsam  
 Die Kr.Gef. sind darauf hinzuweisen, daß  
 ihnen in Verkehr zu treten."  
 oder Mädchen irgendwie zu nähern oder mit  
 boten, unbefugt sich deutschen Frauen  
 "Den Kriegsgefangenen wird strengstens ver-  
 stehenden Befehl eingehend zu unterrichten:  
 "Sämtliche Kr.Gef. sind sofort über nach-







Poln. O. I., 177-18

"Betrifft: Polnische Kriegsgefangene

----

Mein Erlaß vom 8.1.40 IV 98/40g wurde vielfach dahin ausgelegt, daß diejenigen polnischen Kriegsgefangenen, die sich mit deutschen Frauen eingelassen haben, sofort von den Kriegsgefangenenlagern freizugeben wären bzw. abzuholen sind.

Die Kriegsgefangenenlager haben jedoch nicht das Recht, von sich aus einen Kriegsgefangenen freizugeben; vielmehr bedarf es in jedem Einzelfall einer Weisung des OKW. an den Lagerkommandanten.

Der Sachbearbeitungsweg ist also folgender:

- 1) Die Staatspolizei (leit) und Kripo (leit) stellen sowie die SD (leit) Abschnitte berichten anher von jedem Einzelfall.
- 2) Das Reichssicherheitshauptamt setzt sich mit dem OKW. (gegebenenfalls auch mit dem Reichsjustizministerium) in Verbindung.
- 3) Das OKW erteilt dem zuständigen Kommandanten des Lagers die Weisung, den Gefangenen an die örtlich zuständige Staatspolizei (leit) stelle zu überstellen.
- 4) Die Staatspolizei (leit) stelle berichtet an das Reichssicherheitshauptamt von der erfolgten Überstellung und legt eine Vernehmung des Gefangenen und, falls noch erforderlich, eine Schilderung des Sachverhalts bei.
- 5) Weitere Weisung ist sodann abzuwarten.

gez. H e y d r i c h .

Siegel

Beglaubigt:

Wolfert.

Kanzleiangeestellte."

Hauptpunkt dieses Erlasses sind die Ziffern 2) und 3). Es sollte nach dieser Regelung vermieden werden, einen Kriegsgefangenen polnischen Soldaten ohne ausdrückliche formelle Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft der Stapo zwecks Sonderbehandlung zu übergeben.



Dok.O. I, 17 - 18

"Betrifft: Polnische Kriegsgefangene

----

Mein Erlass vom 8.1.40 IV 98/40g wurde vielfach dahin ausgelegt, daß diejenigen polnischen Kriegsgefangenen, die sich mit deutschen Frauen eingelassen haben, sofort von den Kriegsgefangenenlagern freizugeben wären bzw. abzuholen sind. Die Kriegsgefangenenlager haben jedoch nicht das Recht, von sich aus einen Kriegsgefangenen freizugeben; vielmehr bedarf es in jedem Einzelfall einer Weisung des OKW. an den Lagerkommandanten.

Der Sachbearbeitungsweg ist also folgender:

- 1) Die Staatspolizei (leit) und Kripo (leit) stellen sowie die SD (leit) Abschnitte berichten anher von jedem Einzelfall.
- 2) Das Reichssicherheitshauptamt setzt sich mit dem OKW. (gegebenfalls auch mit dem Reichsjustizministerium) in Verbindung.
- 3) Das OKW erteilt dem zuständigen Kommandanten des Lagers die Weisung, den Gefangenen an die örtlich zuständigen Staatspolizei (leit) stelle zu überstellen.
- 4) Die Staatspolizei (leit) stelle berichtet an das Reichssicherheitshauptamt von der erfolgten Überstellung und legt eine Vernehmung des Gefangenen und, falls noch erforderlich, eine Schilderung des Sachverhalts bei.
- 5) Weitere Weisung ist sodann abzuwarten.

gez. H e y d r i c h .

Siegel Beglaubigt:

Wolfer.

Kanzleigestelle."

Hauptpunkt dieses Erlasses sind die Ziffern 2) und 3). Es sollte nach dieser Regelung vermieden werden, einen Kriegsgefangenen polnischen Soldaten ohne ausdrückliche formelle Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft der Stapo zwecks Sonderbehandlung zu übergeben.







Offenbar fürchtete man doch Widerstände oder eventuelle Konsequenzen, das internationale Abkommen vom 27. Juli 1929 sehenden Auges zu verletzen und glaubte, auf dem Umweg einer formalen Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft diesem Völkerrechtsbruch begegnen zu können. Es war deshalb vorgesehen, in jedem einzelnen Berichtsfall durch den zuständigen Sachbearbeiter in IV A 1 c, der mit dem Sachgebietsleiter IV A 1 c identisch war, die Überstellung des betreffenden Kriegsgefangenen an die örtliche zuständige Stapo-leit-stelle beim OKW/AWA Kriegsgefangenenwesen zu beantragen. Mit der Überstellung war die formelle Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft gemeint. Erst nachdem das OKW/AWA Kriegsgef. die Entlassung formell verfügt und sie dem Kommandanten des Wehrmachtskriegsgefangenenlagers (Stalag, Oflag) und dem RSHA mitgeteilt hatte, konnte der Sachbearbeiter IV A 1 c des RSHA die Anordnung über die Sonderbehandlung gegen den polnischen Kriegsgefangenen vorverfügen und von seinem Vorgesetzten abzeichnen lassen.

Dok.O. I, 64-65

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang ~~und~~ dem Erlaß des RFSS vom 7. Mai 1940 - S I A 1 Nr. 197 II/40 - 176-7 - zu, der die GV-Fälle mit Kriegsgefangenen in die alleinige Zuständigkeit des Referates IV A 1 verweist und außerdem die Berichtspflicht der Stapo-leit-stellen an IV A 1 regelt.

Dok.O. II, 59-63

In der Anordnung des Stabsleiters B o r m a n n vom 15. März 1940 - A 33/40 - wurde der rassische Gesichtspunkt des Verbotes des Geschlechtsverkehrs zwischen Polen und



Offenbar fürchtete man doch Widerstände oder eventuelle Konsequenzen, das internationale Abkommen vom 27. Juli 1929 sehenden Auges zu verletzen und glaubte, auf dem Umweg einer formalen Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft diesem Völkerrechtsbruch begegnen zu können. Es war deshalb vorgesehen, in jedem einzelnen Berichtsfall durch den zuständigen Sachbearbeiter in IV A 1 c, der mit dem Stabschefleiter IV A 1 c identisch war, die Überstellung des betreffenden Kriegsgefangenen an die örtlich zuständige Stabsleit-stelle beim OKW\AWA Kriegsgefangenenwesen zu beantragen. Mit der Überstellung war die formelle Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft gemeint. Erst nachdem das OKW\AWA Kriegsgef. die Entlassung formell verfügt und sie dem Kommandanten des Wehrmachtskriegsgefangenenlagers (Stalag, Oflag) und dem RSHA mitgeteilt hatte, konnte der Sachbearbeiter IV A 1 c des RSHA die Anordnung über die Sonderbehandlung gegen den polnischen Kriegsgefangenen vorverfügen und von seinem Vorgesetzten abzeichnen lassen.

Besonderere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang noch dem Erlass des RFS vom 7. Mai 1940 - 2 I A 1 Nr. 197 II\40 - 176-7 - zu, der die GV-Fälle mit Kriegsgefangenen in die alleinige Zuständigkeit des Referates IV A 1 verweist und außerdem die Berichtspflicht der Stabsleit-stellen in IV A 1 regelt.

In der Anordnung des Stabschefs  
B o r m a n n vom 12. März 1940 - A 33\40 -  
wurde der russische Gesichtspunkt des Verbotes des Geschlechtsverkehrs zwischen Polen und

Dok.O.I., 64-65

Dok.O.I., 59-63







Deutschen in unverhüllter Offenheit mit einer für den damaligen Parteijargon der obersten NS-Führungskreise bezeichnenden Ausdrucksweise nochmals betont, wenn es dort heißt:

"Haltet das deutsche Blut rein!

Das gilt für Männer und Frauen!

So wie es als größte Schande gilt, sich mit einem Juden einzulassen, so versündigt sich jeder Deutsche, der mit einem Polen oder mit einer Polin intime Beziehungen unterhält. Verachtet die tierische Triebhaftigkeit dieser Rasse! Seid rassenbewußt und schützt Eure Kinder. Ihr verliert sonst Euer höchstes Gut: Eure Ehre."

und weiter:

"Größte Vorsicht im Umgang mit Kriegsgefangenen!

... Für den Umgang mit Kriegsgefangenen gilt deshalb alles, was schon gesagt ist, in verschärftem Maße."

Dok.O. II, 91-93

Von denselben rassischen Gesichtspunkten ging H e y d r i c h auch in einem Schreiben vom 14. Juni 1940 - S I A 1 Nr. 193 III/40 - 176 - an das Auswärtige Amt aus, in welchem er gleichzeitig feststellte, daß die Verhinderung der Vermischung mit Polen sichergestellt ist. Er führte dort u.a. aus:

"Betrifft: Maßnahmen zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Vorgang: Dortiges Schreiben vom 29.1.40.  
- Bo/Si -.

--- --

Die vom Führer angeordnete Verhinderung der Vermischung mit Polen ist mittlerweile insoweit durchgeführt, als eine außereheliche Vermischung von zum Arbeitseinsatz kommenden Polen mit Deutschen in Frage steht. Eine eheliche Vermischung von Deutschen mit Polen soll durch eine zur Zeit



Deutschchen in unverhüllter Offenheit mit  
einer für den damaligen Parteitagon der  
obersten NS-Führungskreise bezeichnenden  
Ausdruckweise nochmals betont, wenn es dort  
heißt:

"Halbet das deutsche Blut rein!"

Das gilt für Männer und Frauen!

So wie es als größte Schande gilt, sich  
mit einem Juden einzulassen, so versündigt  
sich jeder Deutsche, der mit einem Polen  
oder mit einer Polin intime Beziehungen  
unterhält. Verschütet die tierische Trieb-  
haftigkeit dieser Rasse! Seid rassenbewußt  
und schützt Eure Kinder. Ihr verliert  
sonst Euer höchstes Gut: Eure Ehre."

und weiter:

"Größte Vorsicht im Umgang mit Kriesske-  
fängern!"

... Für den Umgang mit Kriegsgefangenen  
gilt deshalb alles, was schon gesagt ist,  
in verschärftem Maße."

Von denselben rassistischen Gesichtspunkten ging

H e y d r i c h auch in einem Schreiben

vom 14. Juni 1940 - 2 I A 1 Nr. 193 III/40

- 176 - an das Auswärtige Amt aus, in welchem

er gleichzeitig feststellte, daß die Verhin-

derung der Vermischung mit Polen sicherge-

stellt ist. Er führte dort u. a. aus:

"Betrifft: Maßnahmen zum Schutze des deut-  
schen Blutes und der deutschen  
Ehre."

Vorank: Dortiges Schreiben vom 29.1.40.  
- Bo/21 -

-----

Die vom Führer angeordnete Verhinderung  
der Vermischung mit Polen ist mittlerweile  
insoweit durchgeführt, als eine außeror-  
dentliche Vermischung von zum Arbeitseinsatz  
kommandierten Polen mit Deutschen in Frage  
steht. Eine eheliche Vermischung von Deut-  
schen mit Polen soll durch eine zur Zeit

Dok.0.1, 91-93







bei der Abteilung I des Reichsministeriums des Innern vorbereitete Verordnung über die Abschließung von Deutschen mit S Tschechen und Polen verhindert werden. ..."

Abschließend muß daher festgestellt werden, daß die im einzelnen noch ~~darzulegenden~~ Anordnungen von Sonderbehandlungen gegen polnische Kriegsgefangene wegen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen ihren Grund nicht in kriegsbedingten Abwehrzwecken, insbesondere nicht in dem, typisch nationalsozialistisches Gedankengut enthaltenden Zweck einer zu bekämpfenden Wehrkraftzersetzung finden, sondern allein in dem NS-Anspruch einer höherwertigen Rasse gegenüber den minderwertigen Slawen, mithin in der nationalsozialistischen Rassenlehre, wobei die Polen als Angehörige der slawischen Rasse Menschen jüdischer Abstammung gleichgestellt wurden.

b) Ergänzende Grundlagen

Die bisher besprochenen Erlasse sind in weiteren Anordnungen aus den Jahren 1940 - 1941 noch ergänzt worden. Sie vertieften zusätzlich die Auffassung, aus rassistischen Gesichtspunkten mit unnachgiebiger Schärfe gegen jene Polen vorzugehen, die die NS-Grundsätze der "Reinerhaltung deutschen Blutes" verletzten. Um die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen zentral überwachen und steuern zu können, enthielt der Erlaß des RFSS vom 7. Mai 1940 - S I A 1 Nr. 97 II/40 - 176 - 7 - unter III folgende Bestimmung:

"... Die Staatspolizei(leit)stellen haben über die von ihnen und den Gerichten angeordneten Maßnahmen jeweils unter eingehender Darstellung des Sachverhalts dem Amt

Dok.O.I, 665



bei der Abteilung I des Reichsministeriums  
des Innern vorbereitete Verordnung über  
die Erschließung von Deutschen mit  
Tschechen und Polen verhindert werden.  
..."

Abschließend muß daher festgestellt werden,  
daß die im einzelnen noch darzulegenden An-  
ordnungen von Sonderbehandlungen gegen pol-  
nische Kriegsgefangene wegen Geschlechtsver-  
kehrs mit deutschen Frauen ihren Grund nicht  
in kriegsbedingten Abwehrzwecken, insbesonde-  
re nicht in dem, typisch nationalsozialisti-  
sches Gedankengut enthaltenden Zweck einer zu  
bekämpfenden Wehrkraftersetzung finden, son-  
dern allein in dem NS-Anspruch einer höher-  
wertigen Rasse gegenüber den minderwertigen  
Slawen, mithin in der nationalsozialistischen  
Rassenlehre, wobei die Polen als Angehörige  
der slawischen Rasse Menschen jüdischer Ab-  
stammung gleichgestellt wurden.

b) Ergänzende Grundlagen

Die bisher besprochenen Erlasse sind in wei-  
teren Anordnungen aus den Jahren 1940 - 1941  
noch ergänzt worden. Sie vertieften zusätz-  
lich die Auffassung, aus rassischen Gesichts-  
punkten mit unnachgiebiger Schärfe gegen jene  
Rassen vorzugehen, die die NS-Grundsätze der  
"Reinerhaltung deutschen Blutes" verletzten.  
Um die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen  
zentral überwachen und steuern zu können,  
enthält der Erlaß des RFSS vom 7. Mai 1940  
- 2 I A 1 Nr. 27 II/40 - 176 - 7 - unter III  
folgende Bestimmung:

"... Die Staatspolizei(leit)stellen haben  
über die von ihnen und den Gerichten ange-  
ordneten Maßnahmen jeweils unter eingehender  
Darstellung des Sachverhalts dem Amt

Dok.O.I. 65



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das Jugendlicher  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendschöffengericht -

Anklageschrift

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r ,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregistrauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,

Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen







IV des Reichssicherheitshauptamtes (Referat IV A 1) zu berichten. In den Berichten ist insbesondere unter Beifügung von Lichtbildern eine Darstellung des politischen und sonstigen Vorlebens des Beschuldigten zu geben. ..."

Hier wurde die bis dahin schon geübte Praxis bestätigt, daß Kriegsgefangenenangelegenheiten als "Gegnerbekämpfung" aufzufassen waren. Folglich war hierfür das Referat IV A 1 zuständig, an das alle Berichte "unter eingehender Darstellung des Sachverhalts" zu richten waren. Innerhalb des Referates hatte allein der Sachgebietsleiter IV A 1 c - T h i e d e k e , später ab 1. April 1942 der Beschuldigte K ö n i g s h a u s - die eingehenden Berichte zu prüfen, eventuelle Ergänzungen anzufordern und dann die abschließende Entscheidung vorzuverfügen, die in der Regel auf Sonderbehandlung lautete.

Die Prüfungspflicht des Sachgebietes IV A 1 c erstreckte sich nach dem Erlaß vom 7. Mai 1940 außer auf die Sonderbehandlungsentscheidung gegen den polnischen Kriegsgefangenen auch auf die - vorläufigen - Maßnahmen der Stapo (leit) stellen selbst und auf die von den Gerichten gegen die deutsche Frau angeordneten Maßnahmen, wobei vorgesehen war, gegen sie Schutzhaft für den Fall zu verhängen, daß das Gericht den Erlaß eines Haftbefehls ablehnen sollte. In dem hierzu vorausgegangenen Erlaß vom 31. Januar 1940 - S I V 1 Nr. 861 VI/39 - 176 - 7 - Sdb. StGB - war die Schutzhaftfrist auf mindestens ein Jahr festgesetzt.

Dok.O. I, 116

Dok.O. I, 64 = 65

Der Erlaß vom 7. Mai 1940 läßt die Haßeinstellung deutlich werden, von der die NS-Führung



Der Erlaß vom 7. Mai 1940 läßt die Habsburger-  
lung deutlich werden, von der die NS-Führung

Jahr festgesetzt.  
war die Schutzhaft auf mindestens ein  
- 2 I V 1 Nr. 861 VI/39 - 176 - 7 - 24b. StGB -  
gegangenen Erlaß vom 31. Januar 1940

fehls ablehnen sollte. In dem hierzu voraus-  
gen, daß das Gericht den Erlaß eines Haftbe-  
gegen die Schutzhaft für den Fall zu verhö-  
ordneten Maßnahmen, wobei vorgesehen war,  
den Gerichten gegen die deutsche Frau ange-  
Stapo (leit) stellen selbst und auf die von  
auch auf die - vorläufigen - Maßnahmen der  
dung gegen den polnischen Kriegseingenen  
1940 außer auf die Sonderbehandlungsentschei-  
erstreckte sich nach dem Erlaß vom 7. Mai  
Die Prüfungspflicht des Sachgebietes IV A 1 c

Sonderbehandlung lautete.  
dung vorzuvorlegen, die in der Regel auf  
aufordern und dann die abschließende Entschai-  
richte zu prüfen, eventuelle Ergänzungen an-  
te K ö n i g a u s - die eingehenden Be-  
ke, später ab 1. April 1942 der Beschuldig-  
der Sachgebietsleiter IV A 1 c - T h i e d e -  
waren. Innerhalb des Referates hatte allein  
der Darstellung des Sachverhalts" zu richten  
ständig, an das alle Berichte "unter eingehen-  
Folglich war hierfür das Referat IV A 1 zu-  
ten als "Gegnerbekämpfung" aufzuweisen waren.  
bestätigt, daß Kriegseingenenangelegenheit-  
Hier wurde die bis dahin schon geübte Praxis

schuldigten zu geben. ..."  
litischen und sonstigen Vorlebens des Be-  
von Lichtbildern eine Darstellung des po-  
richten ist insbesondere unter Beifügung  
(Referat IV A 1) zu berichten. In den Be-  
IV des Reichsausschusses



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das Jugendlicher

Amtsgericht Tiergarten

Jugendschöffengericht

Anklageschrift

Bl. 5, 38. Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r ,

geboren am 14. August 1952 in Teterow,

wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,

(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),

Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 49. gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,

wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,

Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäuden bzw. unschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wesentlich Hilfe geleistet zu haben.

Bl. 13

1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Bösche und Zimmermann der Zigarettenautomaten im Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der den Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.

Bl. 14

2. Anschließend brachen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpölte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Büppens Run einen Hkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.

Bl. 3, 4, 7

3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Bösche und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Cetax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



beherrscht war. Sie richtete sich nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen deutsche Frauen, die mit polnischen Kriegsgefangenen in intimer Verbindung standen. Berücksichtigt man, daß solche Verbindungen häufig schon vor dem Überfall auf Polen zu sog. Volksdeutschen bestanden haben und erst durch die deutsche Besetzung sowie die ihr nachfolgende geheime Erlaßgebung des RSHA - gegen jede Vernunft - verboten und mit dem Tod bedroht wurden, so folgt daraus klar und erschreckend die Menschenverachtung, von der das NS-Regime beseelt war. Gegen die deutsche Frau sollte sogar zu diffamierenden, öffentlichen Entehrungen geschritten werden, die H i m m l e r in dem Erlaß vom 7. Mai 1940 zu IV ausdrücklich zuläßt:

Dok.O. I, 65

"... Beabsichtigen die Frauen und Mädchen eines Ortes, eine Frau vor ihrer Überführung in ein Konzentrationslager öffentlich anzuprangern oder ihr die Haare abzuschneiden, so ist dies polizeilich nicht zu verhindern, sofern es sich nicht um offensichtlich körperschädigende Übergriffe handelt. Über Vorkommnisse der vorstehenden Art ist dem Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes (Ref. IV A 1) jeweils zu berichten."

Auch diese Fälle hatten die Stapo(leit)stellen an IV A 1 zu berichten und der Sachbearbeiter IV A 1 c in seine Prüfungspflicht einzubeziehen. Erst mit Erlaß vom 31. Oktober 1941 - IV A 1 c Nr. 9663/41 - verbot H i t l e r die öffentliche Anprangerung deutscher Frauen unter Aufhebung von Absatz IV des Erlasses vom 7. Mai 1940.

Dok.O. II, 184-185

Rassenpolitische Gesichtspunkte standen auch im Vordergrund, als H e y d r i c h durch



beherrscht war. Sie richtete sich nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen deutsche Frauen, die mit polnischen Kriegsgefangenen in intimer Verbindung standen. Berücksichtigt man, daß solche Verbindungen häufig schon vor dem Überfall auf Polen zu sog. Volksdeutschen bestanden haben und erst durch die deutsche Besetzung sowie die ihr nachfolgende geheime Erlaßgebung des RSHA - gegen jede Vernunft - verboten und mit dem Tod bedroht wurden, so folgt daraus klar und erschreckend die Menschenverachtung, von der das NS-Regime besetzt war. Gegen die deutsche Frau sollte sogar zu diffamierenden, öffentlichen Entehrungen geschritten werden, die ihm in dem Erlass vom 7. Mai 1940 zu IV ausdrücklich zuzulassen:

"... Beabsichtigen die Frauen und Mädchen eines Ortes, eine Frau vor ihrer Überführung in ein Konzentrationslager öffentlich anzuprangern oder ihr die Haare abzuschneiden, so ist dies polizeilich nicht zu verhindern, sofern es sich nicht um offensichtlich körperbeschädigende Übergriffe handelt. Über Vorkommnisse der vorstehenden Art ist dem Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes (Ref. IV A 1) jeweils zu berichten."

Dok.O.I, 62

Auch diese Fälle hatten die Stapo(Leit)stellen an IV A 1 zu berichten und der Sachbearbeiter IV A 1 c in seine Prüfungspflicht einzubeziehen. Erst mit Erlass vom 31. Oktober 1941 - IV A 1 c Nr. 9663/41 - verbot Hitler die öffentliche Anprangerung deutscher Frauen unter Aufhebung von Absatz IV des Erlasses vom 7. Mai 1940.

Dok.O.I, 184-185

Rassenpolitische Gesichtspunkte standen auch im Vordergrund, als Heydrich durch



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das Jugendlicher  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendschöffengericht -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r ,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,

Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

wird angeklagt,

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene -- Handlungen



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäude bzw. unschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wesentlich Hilfe geleistet zu haben.

Bl. 13

1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Bösche und Zimmermann den Zigarettenautomaten am Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der der Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.

Bl. 14

2. Anschließend brachen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpaßte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Höpkens Ruh einen Pkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.

Bl. 3, 4, 7

3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Bösche und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Cetax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



Dok.O. I, ~~105-1006~~

Erlaß vom 5. August 1940 - B.Nr. 3642.40g  
- IV A 1 c - das Verbot des Geschlechtsver-  
kehrs mit deutschen Frauen auf kriegsgefange-  
ne Franzosen, Engländer und Belgier ausdehnte  
und bestimmte, daß diese "genau so mit dem  
Tode zu bestrafen sind wie polnische Kriegs-  
gefangene". Der Erlaß beruht offenbar auf  
einer Weisung H i t l e r s , die  
B o r m a n n in folgendem Aktenvermerk der  
Parteikanzlei vom 20. Juni/5. Juli 1940 II  
B-Hu. niederlegte:

Dok.O. I, 84

"Gen. Reinecke richtete heute die Frage an  
mich, wie der Geschlechtsverkehr von Fran-  
zosen und Engländern mit deutschen Frauen  
behandelt werden solle. Ich erwiderte, er  
sei genau so anzusehen und zu bestrafen,  
wie bei Polen! Gen. Reinecke wird entspre-  
chend verfahren und die betr. Gefangenen  
an Gestapo zur Erschießung abgeben.

gez. M. Bormann  
20.6.40."

Dok.O. I, 107-118

Ein kurze Zeit später ergangenes Rundschrei-  
ben B o r m a n n s vom 14. August 1940,  
mit dem eine Denkschrift des Gauleiters  
E g g e l i n g über die Frage der "Beschäf-  
tigung Fremdvölkischer" vom 3. August 1940  
an alle Reichsleiter und Gauleiter mitgeteilt  
wurde, enthält nur rassische Gesichtspunkte  
als Begründung für die notwendig angesehene  
Trennung Deutscher von Ausländern einschließ-  
lich der Westalliierten.

Dok.O. I, 169-172

Ebenfalls waren rassianpolitische Gründe für  
den Erlaß des OKW vom 5. Juni 1941  
- 14 n 19 Mob WR (II/6a) Nr. 1163.41 - maß-  
gebend, mit dem das allgemeine Verbot des Um-  
gangs mit deutschen Frauen allen Kriegsgefan-  
genen bekannt zu geben waren. ~~Dort heisst es~~ u.a.:  
~~u.a.:~~



Dok.O.I, 105-106

Erlaß vom 5. August 1940 - B.Nr. 3642.40g

- IV A 1 c - das Verbot des Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen auf Kriegesgefangene Franzosen, Engländer und Belgier ausdehnte und bestimmte, daß diese "genau so mit dem Tode zu bestrafen sind wie polnische Kriegsgefangene". Der Erlaß beruht offenbar auf einer Weisung H i t l e r s , die

Dok.O.I, 94

Parteikanzlei vom 20. Juni 5. Juli 1940 II

B-Hm. niederlegte:

"Gen. Reincke richtete heute die Frage an mich, wie der Geschlechtsverkehr von Franzosen und Engländern mit deutschen Frauen behandelt werden sollte. Ich erwiderte, er sei genau so anzusehen und zu bestrafen, wie bei Polen! Gen. Reincke wird entsprechend verfahren und die betr. Gefangenen an Gestapo zur Erschießung abgeben.

Ges. M. Bormann

20.6.40."

Dok.O.I, 107-118

Ein kurze Zeit später ergangenes Rundschreiben B o r m a n n s vom 14. August 1940, mit dem eine Denkschrift des Gauleiters E g e l i n g über die Frage der "Beschäftigung Fremdvölkischer" vom 3. August 1940 an alle Reichsleiter und Gauleiter mitgeteilt wurde, enthält nur rassistische Gesichtspunkte als Begründung für die notwendig angesehene Trennung Deutscher von Ausländern einschließlich der Westalliierten.

Dok.O.I, 169-172

Ebenfalls waren rassenpolitische Gründe für den Erlaß des OKW vom 5. Juni 1941

- 14 n 19 Mob WR (II\6a) Nr. 1163.41 - maß-

gebend, mit dem das allgemeine Verbot des Umgangs mit deutschen Frauen allen Kriegesgefangenen bekannt zu geben war. Dort heißt es u.a.:



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das Jugendlicher  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendschöffengericht -

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r ,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,

Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäude bzw. umschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wesentlich Hilfe geleistet zu haben.

- Bl. 13      1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Bösche und Zimmermann den Zigarettensautomaten am Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.
- Bl. 14      2. Anschließend brechen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpaßte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Höpkens Ruh einen Pkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.
- Bl. 3,4,7    3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Bösche und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Cetax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



"Betr.: Bestrafung Kriegsgefangener wegen  
verbotenen Umgangs mit deutschen  
Frauen

Sämtlichen Kriegsgefangenen ist auf Grund  
des Befehls vom 10. Januar 1940 (2 f 24 ~~44a~~  
AWA Krg. Gef. Ic 69/40) folgendes bekannt  
gemacht worden:

"Den Kriegsgefangenen wird strengstens  
verboten, unbefugt sich deutschen  
Frauen oder Mädchen irgendwie zu nähern  
oder mit ihnen in Verkehr zu treten."

Dieser Befehl ist ergangen, um die Rein-  
heit des deutschen Blutes zu schützen und  
um Angriffe auf die Widerstandskraft des  
deutschen Volkes in dem ihm aufgewungenen  
Kampf unmöglich zu machen. ...."

Tatsächlich ist das Sonderbehandlungsverfahren  
in GV-Fällen nicht auf westalliierte Kriegs-  
gefangene ausgedehnt worden. Intensive Archiv-  
auswertungen haben bei westalliierten Kriegs-  
gefangenen nur GV-Fälle erbracht, die von  
Militärgerichten der Wehrmacht abgeurteilt  
worden sind. Fälle, in denen Todesstrafen  
gegen westalliierte Kriegsgefangene wegen  
verbotenen Geschlechtsverkehrs verhängt wor-  
den sind, sind nicht bekannt geworden. Hinzu-  
kommt, daß eine Vereinbarung des RSHA mit dem  
OKW über die Entlassung westalliiertter Kriegs-  
gefangener aus der Kriegsgefangenschaft wegen  
verbotenem Geschlechtsverkehrs entsprechend  
derjenigen vom 6. Januar 1940 für polnische  
Kriegsgefangene nicht getroffen worden ist.  
Ein Nachtrag zum Dienstbefehl Nr. 7 der Kripo-  
(leit)stelle Linz vom 20. September 1940 be-  
zieht sich auf den Erlaß des RSHA vom  
4. September 1940 - V (richtig: IV) A 1  
Nr. 4177/40 - mit der Weisung:

Dok.O. I, 2455

"Das Reichsicherheitsamt hat mit Erlaß  
V A 1 Nr. 4177/40 vom 4. 9. 1940 folgendes  
verfügt:



ДОК.О. I<sup>а</sup> 142

Август:  
А. В. Д. ИЛ. 4111\40 Аом 4. 3. 1440 101кендез  
«Дас Бейспатсепелпейтсэмт паст мит ЕЛТЭБ

ИЛ. 4111\40 - мит дег метану:

4. Зейтсепел 1440 - А (ЛТСПТК: 1А) В 1  
зтэрт зтср ант дег ЕЛТЭБ дег ВЗНУ Аом  
(Тейт)зетте ттун Аом 50. Зейтсепел 1440 ре-  
Етн Иасртлэ злтн Дтентрепелт ИЛ. 1 дег КЛТБО-  
КЛТЭЗЗейтнКене нтсрт Зейтлэтен молден тат.  
дешенткен Аом 9. 1туннал 1440 тнл боутасче  
Аелрофенен ГесртсептсАелкерлэ ентсАелсепену  
ЗейтнКенел ант дег КЛТЭЗЗейтнКенеласртлэ мекен  
ОКМ прел дте Ентсззтнл мезсАтлтелт КЛТЭЗ-  
Коммт' дсз етне Аелетнрэлтнл дег ВЗНУ мит дег  
дгн зтн' зтн нтсрт рехтнл демолден. Нтун-  
Аелрофенен ГесртсептсАелкерлэ Аелрнл дт  
Зейтн мезсАтлтелт КЛТЭЗЗейтнКене мекен  
молден зтн. Ентте' тн деген 10дсзсАелтн  
НтлтсАелтсрт дег меплсарт сргентселт  
ЗейтнКенел ннл ГА-Ентте елрлсарт' дте Аом  
зтмелсннл дег рет мезсАтлтелт КЛТЭЗ-  
ЗейтнКене зтсдгерт молден. 1тснтале АЛСРТА-  
тн ГА-Енттн нтсрт ант мезсАтлтелт КЛТЭЗ-  
1сАсртлсрт тат дсз 2онделрехснл1тнлАелтнл

Кэмбт нтнорлсрт зт мсрн. ...»  
дентсрн Аоткэ тн дег тнл знтсАтннКенел  
нн Антлтэ ант дте мтсдсАснлсАелт дег  
рет дег дентсрн Бнтс зт сртлсн нн  
Дтсэл Бейрт тат елснл' нн дте Бейт-  
одел мит тннл тн Аелкерл зт дтсн.»  
Елснел одел мсдсрн тлснлмтэ зт ннрелн  
Аелрофен' ннрелл дтср дентсрн  
«Дег КЛТЭЗЗейтнКенел мтл дтснлсАснл

дентсрт молден:

ВМУ КЛЭ. Дел. 1с ед\40) 101кендез рехтнл  
дгн Бейртлэ Аом 10. 1туннал 1440 (5 1 54 44)  
2сАтлтсрн КЛТЭЗЗейтнКенел тат ант дтнл

Елснел

Аелрофенел нтснлс мит дентсрн  
«Бейт»: БейтсАтнл КЛТЭЗЗейтнКенел мекен



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendschöffengericht -

Jugendlicher

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r ,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,

Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäude bzw. umschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wesentlich Hilfe geleistet zu haben.

Bl. 13

1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Böschke und Zimmermann den Zigarettenautomaten am Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.

Bl. 14

2. Anschließend brachen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpaßte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Höpken's Ruh einen Pkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.

Bl. 3, 4, 7

3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Böschke und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Cetax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



"In allen Fällen, in denen polnische Zivilarbeiter und -arbeiterinnen bzw. die als Zivilarbeiter weiter verwendeten ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen, die strafbare Handlungen insbesondere auf sittlichem Gebiete begangen haben, sind die Vorgänge nach Abschluß der Vorermittlungen nicht der Staatsanwaltschaft, sondern sofort der zuständigen Staatspolizei zu übergeben, die nach den Bestimmungen zweier Erlässe des RFSSuChdDtPol. im RMdJ. vom 8. 3. 1940 und 3. 9. 1940 verfahren wird."

"Je nach dem Sachverhalt wird die Staatspolizeistelle die Einleitung eines Strafverfahrens veranlassen oder staatspolizeiliche Maßnahmen ergreifen." "

Offensichtlich betraf die Entlassung und Übergabe von Kriegsgefangenen an die Gestapo wegen verbotenen Geschlechtsverkehrs nach wie vor nur polnische Staatsangehörige aus dem<sup>27</sup> bereits dargelegten rassistischen Gesichtspunkten, die schlechthin ausschlaggebend für das GV-Verbot und die Anordnung der Sonderbehandlung überhaupt gewesen sind. Dieser Gesichtspunkt tritt mit voller Schärfe in dem sogenannten Westarbeitererlaß vom 14. Januar 1941 - S - IV D 6 - 489/40 - hervor.

Dok.O. I, 146-168

In diesem Erlaß wurde zunächst das allgemeine Verbot des Geschlechtsverkehrs ausländischer Arbeitskräfte mit Deutschen wiederholt. Es heißt dort auf Seite 5:

"...

2. Es muß sichergestellt werden, daß ein Geschlechtsverkehr dieser ausländischen Arbeitskräfte mit deutschen Volksgenossen nicht stattfindet; sie unterliegen außerdem der verschärften polizeilichen Meldepflicht.

3. Von weiteren Maßnahmen gegenüber den ausländischen Arbeitskräften ist abzu-  
sehen."







Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01, 11

An das

Jugendlicher

Amtsgericht Tiergarten

- Jugendschöffengericht -

Anklageschrift

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregistrauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,

Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäude bzw. umschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wesentlich Hilfe geleistet zu haben.

Bl. 13

1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Bösche und Zimmermann den Zigarettensautomaten am Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.

Bl. 14

2. Anschließend brachen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpaßte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Höpkens Ruh einen Pkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.

Bl. 3, 4, 7

3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Bösche und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Cetax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



Auf Seite 9 desselben Erlasses wird die Frage des Geschlechtsverkehrs ausländischer Arbeitnehmer mit Deutschen noch besonders behandelt und hervorgehoben, daß eine grundsätzliche Regelung dieser Frage noch zu erwarten ist, weshalb Durchführungsbestimmungen noch zurückgestellt werden. Danach fährt der Erlaß auf Seite 10 fort:

Dok.O.I, 155

"Für die aus den besetzten Gebieten westlich und nördlich des Reiches kommenden polnischen Arbeitnehmer muss das Verbot des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen allerdings sofort durchgeführt werden. Den Polen, die meist geschlossen untergebracht sind, ist das Verbot mündlich zu eröffnen. Bei Zuwiderhandlung gegen das Verbot muss, wenn auch grundsätzlich die Bestimmungen über die Behandlung der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter- und arbeiterinnen polnischen Volkstums nicht auf die aus den besetzten Gebieten kommenden Polen anzuwenden sind, ausnahmsweise nach meinen bisher zur Verhinderung des Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und Polen herausgegebenen Anordnungen verfahren werden."

Der Erlaß enthält zwar keine ausdrückliche Bezugnahme auf frühere, den Geschlechtsverkehr zwischen Polen und Deutschen betreffende Erlasse. Aus seinem weiteren Text auf Seite 10 unten geht aber unmißverständlich hervor, daß mit den "herausgegebenen Anordnungen" nur die Erlasse vom 8. März 1940 - IV D 2 - 382/40 - und der FS-Erlaß vom 21. Mai 1940 gemeint waren. Dadurch bleiben die Erlasse vom 8. und 12. ~~Februar~~ <sup>Januar</sup> 1940 unberührt, nach denen polnische Kriegsgefangene in GV-Fällen nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft der Gestapo zu überstellen und gegen sie vom RSHA Sonderbehandlungen anzuordnen waren. Die betreffende Textstelle auf Seite 10 unten lautet hierzu:

Dok.O.I, 78

Dok.O.I, 79

Dok.O.I, 112, 117



lautet hierzu:  
Die betreffende Textstelle auf Seite 10 unten  
RSHA Sonderbehandlungen anzuordnen waren.  
der Gestapo zu überstellen und gegen sie vom  
nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft  
denen polnische Kriegsgefangene in GV-Fällen  
vom 8. und 12. Februar 1940 unberührt, nach  
gemeint waren. Dadurch bleiben die Erlasse  
382/40 - und der F2-Erlass vom 21. Mai 1940  
die Erlasse vom 8. März 1940 - IV D 2 -  
das mit den "herausgegebenen Anordnungen" nur  
10 unten geht aber unmissverständlich hervor,  
Erlasse. Aus seinem weiteren Text auf Seite  
kehr zwischen Polen und Deutschen betreffende  
Bezugnahme auf frühere, den Geschlechtsver-  
Der Erlass enthält zwar keine ausdrückliche

Dok.O.I, 12, 17  
Dok.O.I, 79  
Dok.O.I, 19 - 78

fahren werden."  
und Polen herausgegebenen Anordnungen ver-  
Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen  
nach meinen bisher zur Verhinderung des  
den Polen anzuwenden sind, ausnahmsweise  
auf die aus den besetzten Gebieten kommen-  
beitrinnen polnischen Volkstums nicht  
Reich eingesetzten Zivilarbeiter- und ar-  
Bestimmungen über die Behandlung der im  
Verbot muss, wenn auch grundsätzlich die  
eröffnen. Bei Zuwiderhandlung gegen das  
bracht sind, ist das Verbot mündlich zu  
Den Polen, die meist geschlossen unterge-  
allerdings sofort durchgeführt werden.  
des Geschlechtsverkehrs mit Deutschen  
polnischen Arbeitnehmer muss das Verbot  
lich und nördlich des Reiches kommenden  
Für die aus den besetzten Gebieten west-

Dok.O.I, 122

auf Seite 10 fort:  
rückgestellt werden. Danach führt der Erlass  
wehalb Durchführungsbestimmungen noch zu-  
Regelung dieser Frage noch zu erwarten ist,  
und hervorgehoben, daß eine grundsätzliche  
nehmer mit Deutschen noch besonders behandelt  
des Geschlechtsverkehrs ausländischer Arbeit-  
Auf Seite 9 desselben Erlasses wird die Frage



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendschöffengericht -

Jugendlicher

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling **M a n f r e d L i n d n e r**,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn **H ö r r**,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,

Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann **A h r e n s**,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäude bzw. unschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben.

Bl. 13

1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Bösche und Zimmermann den Zigarettensautomaten am Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.

Bl. 14

2. Anschließend brachen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpaßte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Höpkens Ruh einen Pkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.

Bl. 3, 4, 7

3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Bösche und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Cetax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



Dok.O. I, 155

"Bei den aus dem Westen kommenden Polen wird daher im allgemeinen Überführung in ein Konzentrationslager und nur in besonders schwerwiegenden Fällen Sonderbehandlung vorzuschlagen sein."

Dok.O. I, 183

Schließlich beweist eine Verfügung des Sachbearbeiters IV A 1 c de ~~F~~ ~~Morgandersk~~ e , des Vorgängers des Beschuldigten, vom 16. Oktober 1941 - IV A 1 c B.Nr. 9290/41 -, daß die in dem Erlaß vom 5. August 1940 - B.Nr. 3642.40g - IV A 1 c - vorgesehen gewesene Ausdehnung der Sonderbehandlung bei Geschlechtsverkehr auf westalliierte Kriegsgefangene auch ohne ausdrückliche Aufhebung nicht praktiziert worden ist. In der Verfügung vom 16. Oktober 1941 wird angeordnet, drei französische Kriegsgefangene wegen Geschlechtsverkehrs dem zuständigen Wehrmichtsgericht zur Strafverfolgung zu übergeben. Gegen sie ist offenbar nach der in dem OKW-Erlaß vom 10. Januar 1940 - 2 f 24 11a AWA/Kriegsgef. I c - zitierten 1. Ergänzungsverordnung vom 1. November 1939 zur Kriegssonderstrafrechtsverordnung (RGBl. I, S. 2131) in einem Verfahren der Wehrmichtsgerichte unter Beachtung der Art. 60 - 67 der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 vorgegangen worden.

Dok.O. I, 143

Dok.O. II, 40-41

Dok.O. II, 114-118

Letzteres ergibt sich auch aus dem von K e i t e l gezeichneten OKW-Erlaß vom 19. Februar 1942 - 14 n 19 Mob WR (II/5/5 b) Nr. 8/42g, Kdos., in dem gegen alle sonstigen Kriegsgefangenen in Fällen verbotenen Geschlechtsverkehrs ein ordentliches Militärgerichtsverfahren vorgesehen war, für das dieser Erlaß die Auslegung des anzuwendenden Tatbestandes des militärischen Ungehorsams im Sinne des § 92 MStGB und seine im Urteil



"Bei den aus dem Westen kommenden Polen wird daher im allgemeinen Überführung in ein Konzentrationslager und nur in besonders schwerwiegenden Fällen Sonderbehandlung vorzuschlagen sein."

Dok.O.I, 155

Schließlich beweist eine Verfügung des Sachbearbeiters IV A 1 c die Überführung, des Vorgängers des Beschuldigten, vom 16. Oktober 1941 - IV A 1 c B.Nr. 9290/41 -, daß die in dem Erlaß vom 2. August 1940 - B.Nr. 3642.40g - IV A 1 c - vorgesehen gewesene Ausdehnung der Sonderbehandlung bei Geschäftsverkehr auf westalliierte Kriegsgefangene auch ohne ausdrückliche Aufhebung nicht praktiziert worden ist. In der Verfügung vom 16. Oktober 1941 wird angeordnet, drei französische Kriegsgefangene wegen Geschäftsverkehrs dem zuständigen Wehrmachtgericht zur Strafverfolgung zu übergeben. Gegen sie ist offenbar nach der in dem OKW-Erlaß vom 10. Januar 1940 - 2 f 24 11a AWA/Kriegsgef. I c - zitierten 1. Ergänzungsverordnung vom 1. November 1939 zur Kriegssonderstrafrechtsverordnung (RGBl. I, 2. 2131) in einem Verfahren der Wehrmachtgerichte unter Beachtung der Art. 60 - 67 der Genfer Konvention vom 27. Juli 1929 vorgegangen worden.

Dok.O.I, 183

Dok.O. I, 13

Dok.O.II, 40-41

Letzteres ergibt sich auch aus dem von Keitel gezeichneten OKW-Erlaß vom 19. Februar 1942 - 14 n 19 Mob WR (II/5) p Nr. 8/42g, Kdos.-, in dem gegen alle sonstigen Kriegsgefangenen in Fällen verbotenen Geschäftsverkehrs ein ordentliches Militärgerichtungsverfahren vorgesehen war, für das dieser Erlaß die Auslegung des anzuwendenden Tatbestandes des militärischen Ungehorsams im Sinne des § 92 MStGB und seine im Urteil

Dok.O.II, 114-118



Dok. O. II, 155

"Bei den aus den Westen kommenden Polen wird daher in allgemeinen Überführung in ein Konzentrationslager in besonders begünstigten Fällen Sonderbehandlung durch sieben selbständige - zum Teil mit Mitteln

- als Jugendlicher mit Verantwortungsstelle -

bearbeiters IV A 1 c - P h i e d o k e , des

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

Dok. O. II, 155

in Bremen 16. Oktober 1941 - IV A 1 c - 9290/41 -

daß die in dem Erlaß vom 5. August 1940

- wird angelegt, IV A 1 c - vorgesehen ge-

wesene Ausprägung der Sonderbehandlung bei

Pflichter: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

Illster Str. 11,

wohnhaft 694 Weimeln/Bergstraße,

Gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,

von 16. Oktober 1941 wird angeordnet, daß

- Strafregisterauszug folgt -

Deutscher, ledig, vorbelastet,

(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),

wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,

geboren am 14. August 1952 in Teterow,

Bl. 5, 38 Der Kiz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d e r ,

Verfahren (S. 1, S. 2, S. 3) in dem Verfa-

Anklageschrift

Dok. O. II, 40-41

den Art. 66 - 67 der Genfer Konvention von

27. Juli 1949 vorgesehen, unter

- Jugendstrafgericht -

An das

Letzteres ergibt sich auch aus dem von

19. Februar 1944 - 14 B 19 Mob. Nr. (II/5/5. B)

Nr. 8/42g. Exos. - in dem gegen alle sonsti-

gen Kriegsgefangenen in Militärverwaltungen Ge-

schlechtsverfahren ein ordentliches Militär-

gerichtungsverfahren vorgesehen war, für das

bei dem Landgericht

Der Generalstaatsanwalt

Berlin 21, den 13. Juli 1970

Turmstraße 91

Fernruf 35 01 11

Abschrift



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäude bzw. unschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben.

Bl. 13

1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Bösche und Zimmermann den Zigarettensautomaten am Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.

Bl. 14

2. Anschließend brachen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpaßte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Höpkens Ruh einen Pkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.

Bl. 3,4,7

3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Bösche und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Cetax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



anzuführende Begründung gleich mitliefert, wenn dort vorgeschrieben wird:

Dok.O. III, 145-117

"1. Den breitesten Raum in den Strafverfahren gegen Kriegsgefangene nimmt zur Zeit der erschwerte militärische Ungehorsam ein. Sämtlichen Kriegsgefangenen ist der Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht vom 10. Januar 1940 (2 f 24 11a AWA Krg.Gef. Ic 69/40) bekanntgegeben worden:

"Den Kriegsgefangenen wird strengstens verboten, unbefugt sich deutschen Frauen oder Mädchen irgendwie zu nähern oder mit ihnen in Verkehr zu treten."

Dieser Befehl muß mit allen gebotenen Mitteln durchgesetzt werden. Jede Zuwiderhandlung ist als ein schwerer Verstoß gegen die Disziplin der Kriegsgefangenen anzusehen und kann als militärischer Ungehorsam im Sinne des § 92 MStGB nur gerichtlich geahndet werden. Der vom Tatbestand des § 92 MStGB geforderte erhebliche Nachteil ist in dem Fall gegeben. Er ist in folgendem zu erblicken:

a) Gefährdung der Kampf-moral der Fronttruppe.

Es ist für den deutschen Soldaten, der unter unvorstellbaren Strapazen und Entbehrungen täglich seine Gesundheit, seine körperliche Unversehrtheit und sein Leben für die Freihaltung der Heimat vom Feinde einsetzt, eine unerträgliche Vorstellung, daß der geschlagene und gefangene Feind in geborgener Sicherheit sich an deutschen Frauen vergeht.

b) Verletzung der Würde des deutschen Volkes.

Es ist eine schwere Beleidigung des deutschen Volkes und ein Angriff auf die Ehre der deutschen Frau im allgemeinen, wenn während des Kampfes um Sein oder Nichtsein gefangene Angehörige der Feindstaaten, die uns diesen Existenzkampf aufgezwungen haben, ihren Sexualtrieb an deutschen Frauen zu befriedigen suchen.



anzuführende Begründung gleich mitliefert,  
wenn dort vorgeschrieben wird:

Dok.O.II, 115-117

"1. Den pretesten Raum in den Strafverfah-  
ren gegen Kriegesgefangene nimmt zur  
Zeit der erschwerte militärische Unge-  
horsam ein. Sämtlichen Kriegesgefan-  
gen ist der Befehl des Oberkommandos  
der Wehrmacht vom 10. Januar 1940  
(2 f 24 11a AWA Krg.Gef. Ic 69/40) be-  
kanntgegeben worden:

"Den Kriegesgefangenen wird strengstens  
verboten, unbefugt sich deutschen  
Frauen oder Mädchen irgendwie zu  
nähern oder mit ihnen in Verkehr zu  
treten."

Dieser Befehl muß mit allen gebotenen  
Mitteln durchgesetzt werden. Jede Zu-  
widerhandlung ist als ein schwerer Ver-  
stoß gegen die Disziplin der Kriegesge-  
fangenen anzusehen und kann als militä-  
rischer Ungehorsam im Sinne des  
§ 92 MStGB nur gerichtlich geahndet  
werden. Der vom Tatbestand des  
§ 92 MStGB geforderte erhebliche Nach-  
teil ist in dem Fall gegeben. Er ist  
in folgendem zu erblicken:

a) Geistbrück der Kampfmoral der Front-  
truppe.

Es ist für den deutschen Soldaten,  
der unter unvorstellbaren Strapazen  
und Entbehrungen täglich seine Ge-  
sundheit, seine körperliche Unver-  
wundbarkeit und sein Leben für die  
Freihaltung der Heimat vom Feinde  
einsetzt, eine unerträgliche Vorstel-  
lung, daß der geschlagene und gefan-  
gene Feind in gebotener Sicherheit  
sich an deutschen Frauen vergelt.

b) Verletzung der Würde des deutschen  
Volkes.

Es ist eine schwere Beleidigung des  
deutschen Volkes und ein Angriff auf  
die Ehre der deutschen Frau im all-  
gemeinen, wenn während des Kampfes  
um Sein oder Nichtsein gefangene An-  
gehörige der Feindstaaten, die uns  
diesen Existenzkampf aufzuzwingen  
haben, ihren Sexualtrieb an deut-  
schen Frauen zu befriedigen suchen.



I. in sechs Fällen

fremde bewegliche Sachen anderen in rechtswidriger Zueignungsabsicht weggenommen bzw. wegzunehmen versucht zu haben,

wobei zur Ausführung der Taten zum Teil in Gebäude bzw. unschlossene Räume eingebrochen und eingestiegen wurde,

II. in einem Fall

zur Begehung eines Diebstahls den Tätern durch Rat und Tat wissentlich Hilfe geleistet zu haben.

Bl. 13 1. Im Oktober 1967 schlugen die gesondert verfolgten Böttcher, Bösche und Zimmermann den Zigarettenautomaten am Lebensmittelgeschäft des Heinz Rasch in der Oberneulander Straße in Bremen ein. Lindner, der Aufpasserdienste leistete, erhielt später ca. acht Schachteln von der Beute.

Bl. 14 2. Anschließend brachen die Vorbenannten, während Lindner wiederum aufpaßte, auf dem Parkplatz der Gaststätte Höpkens Ruh einen Pkw Opel-Rekord auf, aus dem sie eine Tabak-Pfeife entwendeten.

Bl. 3, 4, 7 3. In der Nacht zum 21. November 1969 öffneten Böttcher, Bösche und Lindner mittels eines Schlüssels, den ihnen Lindner zur Verfügung stellte, das Ersatzteillager der Firma Autohaus Lohmann. Sie entwendeten den dort stehenden BMW 2000 Tilux der Firma Metax mit Oldenburger Kennzeichen und nahmen außerdem aus dem Lager der Firma Lohmann mindestens 2 Radiogeräte, 6 Halogenscheinwerfer und 3 Antennen mit.



Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendschöffengericht -

Jugendlicher

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r ,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,  
Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen



c) Entehrung der betroffenen deutschen Frau.

Die deutsche Frau, die sich während des Existenzkampfes ihres Volkes mit dem Feind einläßt, wird durch diese Handlungsweise vor der Volksgemeinschaft entehrt. Sie zieht sich schwerste Bestrafung zu und bringt\$ in zahlreichen Fällen tiefstes Leid über ihre Angehörigen.

d) Begünstigung der Flucht der Kriegsgefangenen.

Zahlreiche Fälle zeigen, daß jeder Umgang von Frauen mit Kriegsgefangenen die Fluchtgefahr unter den Gefangenen erhöht. Abgesehen von den Fällen, in denen die Frauen durch ein sexuelles Hörigkeitsverhältnis zu willenslosen Werkzeugen in der Hand der Kriegsgefangenen werden, unterstützen sie durch ihren Umgang teils bewußt, teils aus mangelnder Übersicht Fluchtmöglichkeiten.

2. Diese regelmäßigen Nachteile bedürfen im Einzelfall keiner ausdrücklichen Feststellung im Urteil. Für die Regel wird es vielmehr genügen, wenn das Urteil folgende Schlußfeststellungen trifft:

"Der Angeklagte hat gegen das ihm durch Dienstbefehl bekannt gegebene Verbot, sich unbefugt deutschen Frauen oder Mädchen zu nähern oder mit ihnen in Verkehr zu treten, verstoßen. Er hat so die Würde des deutschen Volkes verletzt und damit einen erheblichen Nachteil herbeigeführt. Er ist deshalb wegen erschwerten militärischen Ungehorsams nach § 92 MStGB zu bestrafen."

3. ..."

c) Spezielle Erlasse bezüglich polnischer Kriegsgefangener

Die seit Mai 1940 vorgenommenen umfangreichen Entlassungen polnischer Kriegsgefangener aus der Kriegsgefangenschaft in den Zivilstand unter gleichzeitiger Verpflichtung zum Arbeitseinsatz in Deutschland bewirkten, daß



ALBRECHTSBERG IN DEUTSCHLAND BEWILKTEN, DAS  
NURSEL BEZUGNEHENDEN ABLÄUFEN UND  
DER KLEBERBEIHEBUNGEN IN DEN STÄTTEN  
EINGEGANGEN BOJNASCHE KLEBERBEIHEBUNGEN  
DIE SEIT MIT 1940 AUFGEKOMMENEN NUTZENBEZUGEN

### KLEBERBEIHEBUNGEN

#### c) ZWEITEILIGE EINGANG BEZUGEN BOJNASCHE

2. ...

WOLGANG NACH § 25 WZGB AN BEZUGEN. „  
MEINER EINGANGEN MITTLENDEN NUTZEN-  
BEZUGEN BEZUGEN. ER IST BEZUGEN  
JEDER NACH DEM EINEN EINER  
SO DIE MITTE DER BEZUGEN AUF DER ABL-  
LAUFEN AN FÜR DEN, ABLAUFEN. ER NACH  
WZGB AN NUTZEN ODER MITTLENDEN IN  
STICH NUTZEN BEZUGEN EINGANG ODER  
DIE BEZUGEN BEZUGEN BEZUGEN ABLAUF.“  
„DER NUTZENBEZUG NACH BEZUGEN DAS NUTZEN

FÜR:

NUTZEN BEZUGEN BEZUGEN BEZUGEN  
MITTLENDEN ABLAUFEN BEZUGEN, MEINER DAS  
BEZUGEN BEZUGEN IN NUTZEN. EIN DIE BEZUGEN  
IN EINGANGEN KEINER NUTZENBEZUGEN

#### 5. DIESE BEZUGEN BEZUGEN BEZUGEN

STICH EINGANGEN BEZUGEN.

BEZUGEN, SEIT AN NUTZENBEZUGEN NUTZEN-  
BEZUGEN DIE NUTZEN NUTZEN SEIT  
DER KLEBERBEIHEBUNGEN MEINER, NUTZEN-  
BEZUGEN MEINER IN DER NUTZEN  
BEZUGEN NUTZENBEZUGEN AN  
JEDER, IN DEN DIE EINGANG NUTZEN EIN  
BEZUGEN EINER. NUTZENBEZUGEN ABLAUFEN DER NUTZEN-  
BEZUGEN NUTZENBEZUGEN NUTZEN DER BEZUGEN-  
BEZUGEN NUTZENBEZUGEN NUTZENBEZUGEN  
BEZUGEN.

#### g) BEZUGEN BEZUGEN DER EINGANG DER KLEBER-

NUTZEN NUTZENBEZUGEN.

IN NUTZENBEZUGEN NUTZENBEZUGEN NUTZEN  
BEZUGEN BEZUGEN AN NUTZEN NUTZEN  
BEZUGEN NUTZEN. DIE SEIT STICH  
NUTZENBEZUGEN ABLAUFEN DER ABLAUFEN-  
BEZUGEN EINER, MITTLENDEN DIESE  
DER EINGANGEN NUTZENBEZUGEN NUTZEN NUTZEN  
DIE BEZUGEN EINGANG, DIE STICH NUTZEN  
EINGANG.

#### c) EINGANG DER BEZUGEN BEZUGEN







Abschrift

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Landgericht

Berlin 21, den 13. Juli 1970  
Turmstraße 91

3 Ju Js 677/70

Fernruf 35 01 11

An das  
Amtsgericht Tiergarten  
- Jugendschöffengericht -

Jugendlicher

A n k l a g e s c h r i f t

Bl. 5,38 Der Kfz-Mechanikerlehrling Manfred L i n d n e r ,  
geboren am 14. August 1952 in Teterow,  
wohnhaft in Berlin 20, Schönwalder Allee,  
(Evangelisches Johannesstift, Lehrlingsheim Ulmenhof),  
Deutscher, ledig, vorbelastet,

- Strafregisterauszug folgt -

Bl. 49 gesetzliche Vertreterin: Mutter Evelyn H ö r r ,  
wohnhaft 694 Weinheim/Bergstraße,  
Tilsiter Str. 11,  
Pfleger: Jugendamt Bremen, Amtmann A h r e n s ,

wird angeklagt,

in Bremen

zwischen Oktober 1969 und dem 3. März 1970

- als Jugendlicher mit Verantwortungsreife -

durch sieben selbständige - zum Teil mit Mittätern  
begangene - Handlungen